

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Russische Revolution

*Ivan Krastev*

ANALOGIE ZUM JAHR 1917?  
WAS UNS DIE RUSSISCHE  
REVOLUTION ÜBER DONALD  
TRUMP SAGEN KANN

*Manfred Hildermeier*

DIE RUSSISCHE REVOLUTION  
UND IHRE FOLGEN

*Gerd Koenen*

SPIEL UM WELTMACHT.  
DEUTSCHLAND UND DIE  
RUSSISCHE REVOLUTION

*Tobias Rupprecht*

DIE RUSSISCHE REVOLUTION  
UND DER GLOBALE SÜDEN

*Ekaterina Makhotina*

ERINNERUNG AN DIE  
RUSSISCHE REVOLUTION  
IM HEUTIGEN RUSSLAND

*Jan Kusber*

FURCHT VOR DEM  
BOLSCHEWISMUS. RUSSLAND  
UND DER WESTEN NACH  
DER RUSSISCHEN REVOLUTION

*Brigitte Studer*

GLEICHBERECHTIGUNG  
NACH 1917? FRAUEN IN  
DER KOMMUNISTISCHEN  
INTERNATIONALE

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

# Russische Revolution

## APuZ 34–36/2017

**IVAN KRASTEV**

**ANALOGIE ZUM JAHR 1917?  
WAS UNS DIE RUSSISCHE REVOLUTION  
ÜBER DONALD TRUMP SAGEN KANN**

Nicht wenige Menschen halten Donald Trumps Sieg bei der Präsidentschaftswahl in den USA für das Ergebnis eines russischen Komplotts. Und so liegt hundert Jahre nach der Oktoberrevolution die Analogie zur deutsch-bolschewistischen Zusammenarbeit auf der Hand.

**Seite 04–08**

**MANFRED HILDERMEIER**

**DIE RUSSISCHE REVOLUTION  
UND IHRE FOLGEN**

Russland erlebte 1917 zwei Umstürze: den Februaraufstand, dem die Autokratie zum Opfer fiel, und den Oktobercoup, der zur Alleinherrschaft der Bolschewiki führte. Die Ereignisse vom Oktober sind nicht ohne das Februarregime und seine Probleme denkbar.

**Seite 09–14**

**GERD KOENEN**

**SPIEL UM WELTMACHT. DEUTSCHLAND  
UND DIE RUSSISCHE REVOLUTION**

Das Deutsche Reich hat den Bolschewiki im Oktober 1917 zur Machteroberung verholfen und sie in einer entscheidenden ersten Phase aktiv gestützt. Durch die Überdehnung seiner Besatzungsgebiete im Osten trug es jedoch entscheidend zur eigenen Niederlage bei.

**Seite 15–20**

**TOBIAS RUPPRECHT**

**DIE RUSSISCHE REVOLUTION  
UND DER GLOBALE SÜDEN**

Kolonialherrschaft, wirtschaftliche Unterentwicklung und soziale Ungleichheit nährten auch in weiten Teilen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eine verklärende Sicht auf den russischen Herbst 1917. Kaum ein Land des globalen Südens blieb davon unberührt.

**Seite 21–26**

**EKATERINA MAKHOTINA**

**ERINNERUNG AN DIE RUSSISCHE  
REVOLUTION IM HEUTIGEN RUSSLAND**

Wie wird Russland die historische Zäsur von 1917 feiern? Zum hundertsten Jubiläum erscheint die Russische Revolution vor allem als ein geschichtspolitisches Instrument, mit dem Putin und seine Administration nationalen Konsens beschwören wollen.

**Seite 27–32**

**JAN KUSBER**

**FURCHT VOR DEM BOLSCHEWISMUS.  
RUSSLAND UND DER WESTEN NACH  
DER RUSSISCHEN REVOLUTION**

Russland und der Westen sind ein begriffliches Gegensatzpaar, das eine lange Tradition hat und älter ist als die Oktoberrevolution 1917. Es erhielt mit der Russischen Revolution jedoch aufgrund der Furcht vor dem Kommunismus im Westen eine neue Qualität.

**Seite 33–38**

**BRIGITTE STUDER**

**GLEICHBERECHTIGUNG NACH 1917?  
FRAUEN IN DER KOMMUNISTISCHEN  
INTERNATIONALE**

Die Russische Revolution verankerte gesetzlich die Gleichstellung der Geschlechter. Doch trotz der verkündeten Emanzipation waren Frauen in der Sowjetunion immer wieder mit schwierigen Entscheidungen zwischen politischen und familiären Pflichten konfrontiert.

**Seite 39–44**

# EDITORIAL

Am 23. Februar 1917 des julianischen Kalenders kam es in Petrograd, dem heutigen St. Petersburg, zu einer schicksalhaften Demonstration, bei der sich die Wut über die sozialen Verhältnisse, die anhaltende politische und ökonomische Krise sowie die enormen Kriegslasten im Zarenreich Bahn brach. Es waren vor allem streikende Arbeiterinnen und Soldatenmütter, die beim Protestmarsch den Ton angaben und gegen die Brotknappheit aufbegehrten. Die Unruhen markierten den ersten Tag der Februarrevolution, die die autokratische Herrschaft des Zaren beendete. Wenige Monate später folgte die Oktoberrevolution, im Zuge derer Lenin und die Bolschewiki die Staatsmacht an sich rissen.

Die Geschehnisse von 1917, die zusammengefasst auch als „Russische Revolution“ bezeichnet werden, wurden zum Ereignis von globaler Bedeutung. Linke aus aller Welt blickten voller Erwartungen auf die sich formierende Sowjetunion, mit der die kommunistische Utopie Realität zu werden schien. Die bald diktatorische Herrschaft sowie die systematische Anwendung von Gewalt und Terror gegen jegliche Opposition begleiteten die Umsetzung der bolschewistischen Vision. Der „Rote Oktober“ löste weltweit Revolutionsfurcht und Antikommunismus aus, entfachte aber ebenso Faszination und Begeisterung.

Wie bei allen historischen Jahrestagen werden auch zum hundertsten Jubiläum der Russischen Revolution Analogien bemüht – um Zusammenhänge zu veranschaulichen, Argumente zu stärken oder politische Gegner zu dämonisieren. Besonders die aktuelle russische Führung um Präsident Wladimir Putin greift häufig auf Vergangenes zurück, um die eigene Politik zu legitimieren. Der Umgang des Kreml mit dem Revolutionsjubiläum zeigt aufs Neue, wie schwer er sich tut, mit dem Erbe der Sowjetunion umzugehen. Anders als der Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ lassen sich die Umwälzungen von 1917 und der anschließende Bürgerkrieg nur schwer als Triumph feiern.

*Lorenz Abu Ayyash*

## ESSAY

## ANALOGIE ZUM JAHR 1917?

Was uns die Russische Revolution  
über Donald Trump sagen kann*Ivan Krastev*

Jahrestage sind wie Flächenbombardements: Sie bewerfen uns mit „Lektionen“ aus der historischen Forschung, mit wissenschaftlichen Abhandlungen, Romanen, Konferenzen, Filmen und Ausstellungen, und sie verlangen bedingungslose Kapitulation. Es sind historische Jahrestage, die heute unsere politische Vorstellungswelt prägen.

2014 genügte es, in irgendeine Buchhandlung Londons, Paris oder Berlins vorbeizuschauen, um zu entdecken, dass sie von Büchern zum Ersten Weltkrieg buchstäblich okkupiert waren. Manche behaupten, in den vergangenen Jahren seien mehr als tausend Bücher zum Ersten Weltkrieg allein auf Englisch veröffentlicht worden. Diese Bücher, die wir alle lesen, oder über die wir lesen, heizen bestimmte Befürchtungen an und lassen gewisse zukünftige Entwicklungen greifbarer erscheinen als andere.

Historische Jahrestage haben etwas Magisches: Die Magie entstammt unserer Obsession für runde Zahlen und hat mit rationalen Argumenten wenig zu tun. Sie bestätigt die Beobachtung des Historikers Tony Judt, dass wir heute das Interesse daran verloren haben, die Geschichte zu verstehen beziehungsweise nachzuvollziehen, was die historischen Akteure getan haben und warum sie es getan haben. Dieses Interesse haben wir ersetzt mit der „Vorstellung, dass (...) aus der Vergangenheit nur zu lernen sei, sie nicht zu wiederholen“.<sup>01</sup>

Was wäre gewesen, wenn der Fall der Berliner Mauer sich nicht in dem Jahr ereignet hätte, in dem sich die Französische Revolution zum zweihundertsten Mal jährte? Hätten wir die Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa anders interpretiert? Womöglich würde das, was wir heute die „Revolution von 1989“ nennen, auch anders bezeichnet. Ein anderes Beispiel: Wenn die russische Annexi-

on der Krim 2038 stattgefunden hätte – dem Jahr, in dem sich Hitlers „Anschluss“ Österreichs zum hundertsten Mal jährt – und nicht 2014, hundert Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs, dann wäre die Reaktion des Westens womöglich anders ausgefallen. 2014, tief beeindruckt von der Lektüre von Christopher Clarks faszinierendem Buch „Die Schlafwandler“, fürchteten zahlreiche westliche Entscheidungsträger, dass eine härtere Reaktion auf die russische Aggression einen weiteren großen Konflikt in Europa auslösen könnte. Vermutlich wurde ihre Zurückhaltung auch davon beeinflusst, was sie über den zufälligen Ausbruch des Ersten Weltkriegs gelesen hatten, und sie waren weniger empfänglich für die Analogien zu 1938 und für die Argumente der Kosten der Appeasement-Politik.

In diesem Zusammenhang ist der hundertste Jahrestag der Russischen Revolution – samt Bücher und Filme, die aus diesem Anlass veröffentlicht werden – eine gute Gelegenheit, um aus den aktuellen Entwicklungen in der Welt schlau zu werden: eine Welt, in der scheinbar verschiedene Gesellschaften zunehmend unglücklich mit „dem alten Regime“ sind, in der das Konzept der Revolution aber vom Bereich der Politik in den Bereich der Technologie übergegangen ist. Der Sieg Donald Trumps bei der US-Präsidentenwahl 2016 wird zwar allgemein als radikaler politischer Umbruch betrachtet, aber wofür der Umbruch steht und welche langfristigen Folgen er hat, bleibt unklar.

## KEINE GUTE REVOLUTION

1967, vor fünfzig Jahren, wurde die Russische Revolution noch als unvollendet betrachtet. Die sowjetische Regierung feierte sie mit einer Militärparade in Moskau und großen Reden im Kreml. Die Russische Revolution bildete den Kern der

Legitimität des sowjetischen Staates sowie der sowjetischen *soft power*. Tausende gegensätzliche Meinungen zu den globalen Auswirkungen der Revolution wurden im Osten und Westen veröffentlicht. Sowohl für die kommunistischen Machthaber als auch für einige der einflussreichsten Kritiker der sowjetischen Lebensverhältnisse waren die Ideale der Revolution ein Ausgangspunkt: Während die Apologeten des sowjetischen Systems ihre Legitimität als Erben der Revolution behaupteten, warfen die Dissidenten in der Sowjetunion der Kommunistischen Partei vor, sie würde die Prinzipien der Revolution pervertieren und verraten.

1991 hatte das Wort „Revolution“ im postkommunistischen Russland noch eine positive Konnotation, und Boris Jelzin, der erste demokratisch gewählte Präsident des Landes, war stolz darauf, dass er als Revolutionsführer betrachtet wurde. Dies ist heute nicht mehr der Fall. „Revolution“ ist insgesamt ein negativ besetzter Begriff. Die Möglichkeit, die „gute“ Revolution vom Februar von der „bösen“ Revolution vom Oktober 1917 abzugrenzen, gehört der Vergangenheit an.<sup>02</sup> Im heutigen Russland Wladimir Putins lautet die offizielle Losung: Es gibt keine gute Revolution. Deshalb ist es wenig überraschend, dass die russische Regierung entschieden hat, den hundertsten Jahrestag des kommunistischen Oktoberumsturzes nicht zu begehen. Und auf die Frage nach der Bedeutung der Russischen Revolution antwortete Putin: „Das muss jeder für sich selbst entscheiden.“<sup>03</sup> Der heutige Kreml wird die Geburt des sowjetischen Jahrhunderts nicht feiern. Er wird den Anlass auch nicht dazu nutzen, Lenin zu begraben oder das heutige Russland vom kommunistischen Erbe zu distanzieren.

Zu Recht merkte der Philosoph Pierre Hassner vor einem Jahrzehnt an: „Eine der schockierendsten Eigenschaften von Putins Politik ist sein Versuch, Kontinuität sowohl zur zaristischen als auch zur sowjetischen Vergangenheit zu behaupten.“<sup>04</sup> Der sowjetische Sieg im Zweiten Welt-

krieg hat die Revolution als Gründungsmythos der postsowjetischen russischen Identität ersetzt. Eine repräsentative Bevölkerungsumfrage hat kürzlich ergeben, dass die russische Öffentlichkeit Stalin für den bedeutendsten politischen Führer Russlands aller Zeiten hält. Lenin ist verloren gegangen.<sup>05</sup>

Bezeichnend für die negative Verwendung des Revolutionsbegriffs ist Nikolai Starikows populäres Geschichtsbuch „1917“ aus dem Jahr 2012. Dessen Botschaft deckt sich mit der offiziellen russischen Geschichtspolitik, wonach Revolutionen nichts anderes sind als erfolgreiche verdeckte Operationen feindlicher Geheimdienste. Starikows Buch hat keinerlei historischen Wert. Es ist eine klassische Verschwörungstheorie, die geschrieben wurde, um den Verfolgungswahn der herrschenden Eliten im heutigen Russland zu rechtfertigen. Das Buch ist in etwa so glaubwürdig wie die „Geständnisse“ der Opfer der Moskauer Prozesse zwischen 1936 und 1938, als Stalin alle möglichen Opponenten in der KPdSU in Schauprozessen aus dem Weg räumte. Die große Bedeutung des Buchs besteht darin, dass es in allen großen Buchhandlungen Moskaus prominent ausgestellt ist. Starikows Geschichte von 1917 liest sich wie eine frühere Version der Kreml-Darstellung der Ereignisse in der Ukraine 2014.

Starikow zufolge war der Hauptgrund für die Revolution von 1917 der verzweifelte Versuch der westlichen Großmächte, insbesondere Großbritanniens, den unaufhaltsamen Aufstieg Russlands Anfang des 20. Jahrhunderts zu stoppen. Im Gegensatz zu den „gängigen“ Verschwörungstheorien, nach denen der deutsche Generalstab für die Revolution verantwortlich war, legt Starikow eine noch aufregendere Variante vor: Er führt die Zerstörung des russischen Reichs auf die finsternen Taten der Briten zurück. Es sei der britische Geheimdienst gewesen, der hinter der Februarrevolution steckte. Und laut Starikow war der Plan, nicht nur Londons damaligen Verbündeten Russland zu destabilisieren, sondern die Herausbildung der Achse Moskau-Berlin zu verhindern, die das Potenzial gehabt hatte, Europa im Interesse der Europäer neu zu gestalten. Man mag sich über Starikows Ausführungen lustig machen, aber seine Arbeit ist bezeichnend für den Umgang mit der Russischen Revolution im heu-

**01** Tony Judt, *Das vergessene 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 9f.

**02** Siehe hierzu auch den Beitrag von Ekaterina Makhotina in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

**03** Zit. nach Caryl Emerson, *The Revolutionary Specters of Russian Letters*, 12.6.2017, [www.nytimes.com/2017/06/12/opinion/the-revolutionary-specters-of-russian-letters.html](http://www.nytimes.com/2017/06/12/opinion/the-revolutionary-specters-of-russian-letters.html).

**04** Pierre Hassner, *Russia's Transition to Autocracy*, in: *Journal of Democracy* 2/2008, S. 5–15, hier S. 7.

**05** Vgl. Levada, *Wydayuschtschjesja Ljudi*, 26.6.2017, [www.levada.ru/2017/06/26/vydayushhiesya-lyudi](http://www.levada.ru/2017/06/26/vydayushhiesya-lyudi).

tigen Russland: Die Dämonisierung der Revolution – jeglicher Revolution – bildet den Kern der politischen Legitimität des gegenwärtigen Regimes in Moskau.

Historische Ereignisse, die den Lauf der Geschichte verändern, werden entweder als unausweichlich und schicksalhaft interpretiert oder als Intervention einer ausländischen Macht. Und da sich der Kommunismus erledigt hatte, verlagerten viele historische Darstellungen ihren Schwerpunkt vom Aufstand der Massen hin zu Spionage-Erzählungen. Viele aktuelle Schriften halten die Revolution von 1917 für wenig mehr als ein deutsches Komplott und schildern etwa, wie – in den Worten Winston Churchills – die deutsche Reichsregierung „Lenin wie einen Pestbazillus in einem plombierten Waggon aus der Schweiz nach Russland“ befördert hat.<sup>06</sup>

Dass Revolutionen auch außerhalb Russlands als Komplote gedeutet werden, zeigt nicht zuletzt die Artikelserie der „New York Times“ zum Revolutionsjubiläum. Unter den Dutzenden Autorinnen und Autoren zum Thema „Red Century“ beschäftigt sich etwa der Historiker Sean Mcmeekin mit der Frage „War Lenin ein deutscher Agent?“<sup>07</sup> und die Historikerin Catherine Merridale erläutert, „wie deutsche Kondome die Russische Revolution finanzierten“.<sup>08</sup>

Überraschenderweise sind es gerade die verschwörungstheoretischen Deutungen der Ursprünge und Folgen der Russischen Revolution, die uns helfen, die „Revolution“ von 2017 in den USA zu verstehen.

## TRUMP UND LENIN

Heute halten viele Menschen den Wahlsieg Trumps für nichts anderes als das Ergebnis eines russischen Komplotts. Wenn wir also verstehen, warum die Deutschen 1917 den Bolschewiki halfen und was danach geschah, erfahren wir vielleicht, warum Moskau versucht gewesen sein könnte, Trumps Wahlkampfteam zu helfen, und was als Nächstes kommt.

**06** Zit. nach Catherine Merridale, Lenins Zug. Eine Reise in die Revolution, Frankfurt/M. 2017, S. 19.

**07** Sean Mcmeekin, Was Lenin a German Agent?, 19.6.2017, [www.nytimes.com/2017/06/19/opinion/was-lenin-a-german-agent.html](http://www.nytimes.com/2017/06/19/opinion/was-lenin-a-german-agent.html).

**08** Catherine Merridale, How German Condoms Funded the Russian Revolution, 17.7.2017, [www.nytimes.com/2017/07/17/opinion/german-condoms-russian-revolution.html](http://www.nytimes.com/2017/07/17/opinion/german-condoms-russian-revolution.html).

Die Analogie zu 1917 legt nahe, dass die Russen in die US-Politik eher wegen Hillary Clinton, die sie verabscheuten, intervenierten als wegen Donald Trump, den sie mochten. Obgleich es eine gewisse ideologische Nähe zwischen Trump und Putin gibt, erklärt sie die Logik des Kreml nicht. Gewiss: Das kaiserliche Deutschland hegte keinerlei Sympathien für Lenins revolutionäre Träume. Wäre der eigenwillige Bolschewik Deutscher gewesen, hätte die Obrigkeit ihn ins Gefängnis geworfen. Lenin war aber Russe und der deutsche Führungsstab der Ansicht, die verschiedenen revolutionären Gruppen seien für Deutschland im Krieg hilfreich. Also wurden sie unterstützt. Berlins Ziel war es, Russland dazu zu bringen, sich aus dem Krieg zurückzuziehen – oder zumindest Chaos in Russland zu stiften. Die Deutschen prägten ein eigenes Wort für diese spezifische Art der Einflussnahme: „Revolutionierungspolitik“. Es scheint, als sei es 2016 auch Moskaus Hauptziel gewesen, Unruhe zu erzeugen. Deshalb wäre es irreführend, ideologische oder andere Verknüpfungen zwischen dem Kreml und dem amerikanischen Präsidenten zu unterstreichen. Was der Kreml an Trump schätzt, ist sein Störpotenzial und weniger sein Kooperationspotenzial.

Die russische Geschichte lehrt uns auch: Aus Sicht eines Politikers wie Lenin, dessen Ziel die Revolution war, liegt der wirkliche Feind im Inneren. So wie Deutschland die Bolschewiki als Instrumente zur Erreichung der deutschen Kriegsziele betrachtete, sah Lenin Deutschland als Instrument, um seine Revolution zu verwirklichen. Lenin zufolge ging es den tatsächlichen Revolutionären nicht darum, den externen Feind zu besiegen, sondern die eigene Regierung. Für Trump gilt wahrscheinlich Ähnliches. Und obwohl es unwahrscheinlich ist, dass der US-Präsident persönlich mit den Russen konspirierte, hätte er wohl nichts dagegen gehabt, wenn andere die russische Unterstützung ausgenutzt hätten, um ihn bei der Präsidentschaftswahl zu helfen. Trumps einzige Prämisse war, neben „America First“, der Wahlsieg. So wie Lenin die russische Obrigkeit und nicht Deutschland als Haupthindernis für die Entwicklung des Landes sah, neigte Donald Trump dazu, Amerikas kosmopolitische Eliten als größte Bedrohung für die USA zu betrachten.

Auch wenn der Präsident und sein Team während des Wahlkampfes wissentlich oder unwissentlich mit Moskau kollaborierten, bedeutet es

deshalb aus meiner Sicht keineswegs – entgegen der Befürchtungen vieler Trump-Kritiker –, dass die neue Administration gegenüber Russland freundlich gesonnen sein oder von Russland kontrolliert werden wird. Paradoxe Weise macht die vorgebliche Einmischung Russlands in die US-Wahl zugunsten von Trump eine Kooperation zwischen den USA und Russland sogar weniger wahrscheinlich. Die Angst des Weißen Hauses, als nachgiebig gegenüber Moskau wahrgenommen zu werden, übertrumpft seine Bereitschaft, mit Russland zusammenzuarbeiten. Dies könnte tatsächlich das Muster der US-Außenpolitik unter Trump werden. Es überrascht also nicht, dass viele von Trumps Politiken – etwa sein Beharren auf eine Erhöhung der Militärausgaben sowohl seitens der europäischen Alliierten als auch seitens der USA – genau das Gegenteil davon sind, was Moskau erhoffte.

Insbesondere die Demokraten sollten aus 1917 eine Lektion lernen und aufhören, von einer Amtsenthebung zu träumen: Die Aufdeckung der mutmaßlichen russischen Verbindungen von Trump wird den US-Präsidenten nicht automatisch delegitimieren. Die Geschichte von Lenins Weg zur Macht in einem versiegelten Waggon war der russischen Öffentlichkeit wohl bekannt – die Provisorische Regierung erließ sogar Haftbefehl gegen Lenin und versuchte, ihn wegen Landesverrats den Prozess zu machen –, aber das genügte nicht, um ihn oder die Revolution zu diskreditieren. In einer Atmosphäre politischer Polarisierung vertraut man Führungspersönlichkeiten nicht wegen ihrer Person, sondern wegen ihrer Feinde. Das galt für Lenin, und das gilt für Trump. In den Augen vieler Republikaner mag Präsident Trump den falschen Charakter haben, aber er hat die richtigen Feinde.

1924, kurz nach Lenins Tod, schrieb der damalige Landwirtschaftsminister der Provisorischen Regierung und Parteivorsitzende der Sozialrevolutionären, Wiktor Tschernow, einen Artikel in der Zeitschrift „Foreign Affairs“.<sup>09</sup> Darin riet er zukünftigen Historikern, dass sie sich weniger auf Lenins Ideologie, sondern eher auf seinen Politikstil konzentrieren sollten, wenn sie seine Erfolge verstehen wollen. „Für ihn bedeutete Politik Strategie (...). Das einzige einzuhaltende Gebot war der Sieg (...); das

einzige Verbrechen war das Zögern. (...) Er hatte kein Problem damit, ‚credo quia absurdum‘ [‚ich glaube, weil es unvernünftig ist‘] zu proklamieren, und ähnelte dem bekannten russischen Spielzeug, dem Stehaufmännchen, dessen abgerundetes Unterteil ein Stück Blei enthält, sodass es sich wieder aufrichtet, sobald du es umstößt“. Die Ausrichtung auf den Politikstil ist genau das, was Lenin und Trump teilen. Und Trumps Chefstrategie Stephen Bannon bezieht sich wohl auch eher auf den Politikstil als auf die Ideologie, wenn er sich selbst ironisch als „Leninisten“ bezeichnet.<sup>10</sup>

Erklärungsansätze für Trumps Politikstil – der wie ein Sammelsurium unterschiedlicher Leitlinien anmutet – konzentrieren sich auf seine offenbar narzisstische Persönlichkeit. Eine Ausnahme machen diejenigen Verschwörungstheoretiker, die ihn als Handpuppe des Kreml betrachten. Die meisten Beobachter haben erst spät das Ausmaß erkannt, in dem Trump sich selbst als revolutionären Rebellen mit der Mission sieht, das „alte Regime“ zu demontieren. Trump zufolge ist Amerika nicht der Sieger, sondern der tatsächliche Verlierer in der Welt, die nach dem Ende des Kommunismus entstanden ist. Trump glaubt nicht, dass die amerikanische Ideologie (Liberalismus) und die amerikanischen Institutionen (Gewaltenteilung) den Kern von Amerikas globaler Führungsstärke ausmachen, sondern die Quelle der offengelegten amerikanischen Schwäche sind. Trump sieht die USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einer ähnlichen Weise, wie Lenin Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts sah.

Trump ist zwar offensichtlich kein „Lenin-Lover“, aber seine Taktiken gehören ins Nachschlagewerk für alle Revolutionäre. In seiner Exekutivtätigkeit handelt er nach der militärischen Devise *shock and awe*, Schrecken und Furcht. Die Taktik ist darauf ausgerichtet, den Kongress durcheinanderzubringen, seine Gegner unerwartet zu treffen und seine Anhängerschaft gegen das Establishment aufzuwiegen. Trump geriert sich als Anführer einer globalen Bewegung, die antielitär, antiliberal, globalisierungskritisch und nationalistisch eingestellt ist. „Was wir heute erleben“, sagte Stephen Bannon im Februar 2017 der „Washington Post“, „ist die Geburt einer neuen

<sup>09</sup> Victor Chernov, Lenin: A Contemporary Portrait, in: Foreign Affairs 3/1970 (1924), S. 471–477.

<sup>10</sup> Siehe Ronald Radosh, Steve Bannon, Trump's Top Guy, Told Me He Was a „Leninist“, 22.8.2016, [www.thedailybeast.com/steve-bannon-trumps-top-guy-told-me-he-was-a-leninist](http://www.thedailybeast.com/steve-bannon-trumps-top-guy-told-me-he-was-a-leninist).

politischen Ordnung“.<sup>11</sup> Der unglaubliche Vergleich mit Lenin ermöglicht uns, die revolutionäre Natur des Wandels zu ergründen, den Donald Trump in die amerikanische Politik hineingetragen hat.

## RISIKO FÜR PUTIN

Die Geschichte von 1917 ist möglicherweise auch für Russlands Präsident Wladimir Putin und den Kreml aufschlussreich. Der Plan der deutschen Reichsregierung, die revolutionären Kräfte in Russland zu unterstützen, um letztlich eigene geopolitische Ziele zu erreichen, nahm kein gutes Ende. Die Revolution beendete zwar Russlands Teilnahme am Ersten Weltkrieg, verbreitete jedoch in ganz Europa das Revolutionsfieber – und brachte den Bürgerkrieg sogar nach Deutschland. Putins Russland ist mit einem ähnlichen Risiko konfrontiert: Laut einem jüngeren Bericht eines kremlnahen Think Tank könnte die populistische Strategie – Polarisierung von Eliten und „gemeinem Volk“, vermeintliche Ablehnung ideologischer Slogans, Propagieren einfacher Lösungen bei gleichzeitiger Affinität zu sozialen Medien – zukünftig auch in Russland von der Opposition erfolgreich angewandt werden. Und sie könnte zu einer ernsthaften Bedrohung für die politische Ordnung des Landes werden.<sup>12</sup>

Obwohl Moskau auf Donald Trumps Wahlsieg anfänglich euphorisch reagierte, hat sich die Stimmung verändert. Allmählich wird die Trump-Präsidentschaft nicht mehr als Vorteil, sondern als Bedrohung aufgefasst. Moskau wird langsam klar, dass die Wachablösung im Weißen Haus keine große Veränderung in den russisch-amerikanischen Beziehungen mit sich bringen wird. Es ist für den Kreml besonders gefährlich, dass einige nationalistische Kreise in Russland Trumps aufrührerischen Ansatz bewundern. Im Januar 2017 war Putin zum ersten Mal seit seiner Rückkehr in den Kreml 2012 nicht der am häufigsten genannte Name in den russischen Medien: Es war der Name „Trump“. Und obwohl die

meisten russischen Bewunderer Trumps, etwa der rechtsradikale Philosoph Alexander Dugin, Putin gegenüber loyal sind, träumen sie auch davon, die kosmopolitischen Eliten aus dem Weg zu räumen, die hinter Putin stehen. Das Risiko besteht darin, dass Trumps Revolution sich von einem externen Verbündeten in einen internen Feind des Putin-Regimes verwandeln könnte.

Wer im heutigen Moskau etwas Zeit verbringt, wird mit Überraschung feststellen, dass gewöhnliche Russen im Gegensatz zur Mehrheit der Europäer eine positive Einstellung zu Trump haben. Ein Grund dafür ist, dass sie der Konfrontation Russlands mit dem Westen überdrüssig sind. Ein weiterer ist, dass sie Trumps zynische Sicht auf die internationale Politik teilen. Wie Trump haben sie nie an Win-Win-Situationen in der internationalen Politik geglaubt.

Sie vergleichen Trump mit einem frühen Boris Jelzin: impulsiv, charismatisch, nur seiner Familie vertrauend und bereit, das Parlament zu bombardieren, wenn es der Zementierung seiner Macht dient. Das Problem für den Kreml ist, dass Jelzin ein Revolutionsführer war und Putin entschieden hat, 2017 zu einem Jahr zu machen, in dem Revolutionen nicht gefeiert, sondern verurteilt werden.

Die Ironie der gegenwärtigen Situation liegt darin, dass Moskau hundert Jahre nach der Russischen Revolution riskiert, denselben Fehler zu wiederholen, den Deutschland 1917 gemacht hat: zu glauben, dass es geopolitische Ambitionen verwirklichen kann, indem im Ausland Revolutionen angeheizt werden. Auf der anderen Seite riskieren die Amerikaner, zu übersehen, dass die gegenwärtige Revolution in Washington nicht einfach durch die Einmischung Russlands zu erklären ist. Schließlich wissen wir heute, dass Lenin kein deutscher Agent war und dass Trump auch kein russischer Agent ist. Revolutionen zum Guten wie zum Schlechten sind vor allen Dingen hausgemacht.

Übersetzung aus dem Englischen: Sandra H. Lustig, Hamburg.

<sup>11</sup> Zit. nach Philip Rucker/Robert Costa, *Trump's Hard-line Actions Have an Intellectual Godfather: Jeff Sessions*, 30.1.2017, [www.washingtonpost.com/ac393f66-e4d4-11e6-ba11-63c4b4fb5a63\\_story.html?utm\\_term=.2960c616bd54](http://www.washingtonpost.com/ac393f66-e4d4-11e6-ba11-63c4b4fb5a63_story.html?utm_term=.2960c616bd54).

<sup>12</sup> Vgl. Ekaterina Buravich, *Kremlin Experts Predicted the Rise of Populism in Russia According to the Western Model*, 23.4.2017, <https://newsworld.co/kremlin-experts-predicted-the-rise-of-populism-in-russia-according-to-the-western-model>.

## IVAN KRASTEV

ist Direktor des Centre for Liberal Strategies in Sofia und ständiges Mitglied am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien.



# DIE RUSSISCHE REVOLUTION UND IHRE FOLGEN

*Manfred Hildermeier*

Zum Schulwissen gehört, dass sich in der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober 1917 in Petrograd – wie St. Petersburg ab Herbst 1914 hieß – eine Revolution vollzogen habe, aus der die Sowjetunion als erster sozialistischer Staat der Welt hervorging.<sup>01</sup> Letzteres bleibt richtig, aber die begriffliche Kennzeichnung der Ereignisse ist schon seit Längerem korrigiert worden. Was in diesen Tagen – laut gregorianischem Kalender am 7./8. November<sup>02</sup> – geschah, war ein umsichtig, wenn auch verdeckt vorbereiteter Staatsstreich, ein Putsch, der sich auf die Übernahme der städtischen Garnisonen stützte. Wenn „Revolution“ einen fundamentalen, von gewaltsamen Massenprotesten begleiteten Umsturz auch der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse meint, dann fand eine solche nicht statt. Allerdings wurde mit der Machtübernahme der Grundstein dafür gelegt.

In der Geschichte der Neuzeit gehörten Revolution und Krieg fast immer zusammen. Wenn einer Revolution kein Krieg voranging, dann folgte er ihr nach. Der Russische Bürgerkrieg von 1918 bis 1921, dessen Grausamkeit und Blutzoll die des Weltkriegs übertrafen, war im Kern ein solcher nachgeholtter Revolutionskrieg. Erst der Sieg der „Roten“ gegen die „Weißen“ besiegelte definitiv das Schicksal der alten Ordnung in Russland. Erst um diese Zeit war endgültig klar, dass die begonnene soziale, wirtschaftliche und kulturelle Umwälzung Bestand haben würde. Nur mit Blick auf den Gesamtzeitraum von Ende 1917 bis Sommer 1921 sollte man daher von einer Revolution in der üblichen Wortbedeutung sprechen.

## ZWEI ERKLÄRUNGSMUSTER

In diesem Sinn ist auch in der historischen Forschung über „die“ Russische Revolution diskutiert worden. Zwei Erklärungsmuster dominieren seit den 1950er Jahren: Eine erste Deutung geht auf das Selbstverständnis der hauptsächli-

chen „Verlierer“, der Konstitutionellen Demokraten, zurück, die als politische Speerspitze des Liberalismus im späten Zarenreich gelten können. Dieser Sichtweise zufolge befand sich die politische Entwicklung Russlands alles in allem auf gutem Wege, trotz des unzeitgemäßen autokratischen Regimes und trotz sozialer Verwerfungen und Krisen. Die sogenannte erste Revolution von 1905/06 hatte den Zaren gezwungen, einer Volksvertretung, der „Duma“, zuzustimmen und eine Verfassung zu verkünden. Auch wenn die verbrieften Rechte der Duma begrenzt waren, veränderte ihre bloße Existenz den legislativen und politischen Entscheidungsprozess im Reich grundlegend. Fortan wurde jedes wichtige Gesetz in ihren Ausschüssen und im Plenum beraten. Zeitungen entstanden, die den unterschiedlichen politischen Strömungen in und außerhalb der Volksvertretung als Forum dienten und eine publizistische Öffentlichkeit begründeten.

Nach dem Abklingen der Unruhen 1907 fasste auch die Wirtschaft wieder Tritt. Russland blieb zwar deutlich hinter den damals führenden Industriestaaten Deutschland, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Frankreich zurück, nahm aber den nächsten Rang noch vor der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie ein. In den größeren Städten formierte sich eine Gesellschaft von Besitz und Bildung, die sich in der lokalen Selbstverwaltung und in den entsprechenden Gremien der Gouvernements engagierte und zur tragenden Schicht liberaler Parteien wurde.

Die große Mehrheit der Bauernschaft litt derweil nach wie vor darunter, dass die Äcker zu klein waren und zu wenig Ertrag abwarfen. Das Zarenreich durchlebte einen durchaus krisenhaften Prozess des Übergangs von einer agrarischen zu einer industrialisierten Gesellschaft und des entsprechenden Wandels der politischen Ordnung. Vor allem die Autokratie, das heißt die absolute Monarchie russischer Prägung, wehrte sich hartnäckig gegen die Beschneidung ihrer Kompe-

tenzen durch ein vollberechtigtes Parlament. So hielten soziale Spannungen zwar unvermindert an, aber über kurz oder lang hätte die absolute Monarchie nachgeben und der Transformation in eine konstitutionelle, möglichst sogar demokratische Ordnung zustimmen müssen – wenn der europäische Krieg nicht ausgebrochen wäre, der enorme finanzielle und wirtschaftliche Lasten mit sich brachte. Er führte zu Versorgungsengpässen, Hunger und Not, verschärfte die sozialen Gegensätze und trieb die Massen auf die Straßen. Ohne Krieg – so die Quintessenz dieser Sichtweise – keine Revolution.

Dieser Deutung trat in den 1960er Jahren eine sozialgeschichtlich unterfütterte entgegen, die auf längerfristige Prozesse verwies. Sie diagnostizierte eine schwere Strukturkrise, die sich vor allem aus der Unvereinbarkeit zwischen der alten, vom grundbesitzenden Adel und der unbeschränkten Monarchie geprägten Ordnung und neuen sozialen Schichten und politischen Kräften ergab, die als Folge der Industrialisierung seit der Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 entstanden war. Die Textilfabriken, Eisenhütten und Stahlwerke brauchten Arbeiter. Vor allem die großstädtische Bevölkerung wuchs rasch; Elendsviertel mit ihren sozialen Problemen entstanden. Zugleich bildete sich eine Unternehmerschaft, die zwar klein blieb, jedoch nach der Jahrhundertwende nicht nur wirtschaftlich an Bedeutung gewann. Wichtiger aber war, dass die parallele gesamtgesellschaftliche Modernisierung eine neue akademisch qualifizierte Elite hervorbrachte, die gemeinsam mit dem liberalen Adel Ansprüche auf Teilhabe am politischen Gestaltungsprozess, gipfelnd in der Forderung nach einer Volksvertretung, erhob.

Bei alledem beharrte die Autokratie nicht nur auf der Unbeschränktheit ihrer politischen Macht. Darüber hinaus tat sie sich, in dem durchaus zutreffenden Bewusstsein, dass das Fundament ihrer Macht auf dem Lande lag, mit den neuen sozialen Schichten und ihren Wünschen

schwer. Die Arbeiterschaft blieb ein Fremdkörper in einem Staat, der noch weitgehend vom traditionellen Beamten- und grundbesitzenden Adel geprägt war, und in einer Gesellschaft, die neue Eliten nur widerwillig akzeptierte. Laut dieser sozialgeschichtlichen Deutung hat die ungleichmäßige Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zu politisch-sozialen Spannungen geführt, die das Zarenreich letztlich zerrissen. Auch dieses Erklärungsmuster weist dem Ersten Weltkrieg mit seinen Sonderlasten einen großen Stellenwert zu; genau genommen aber nur als zusätzliche Ursache der Revolution, nicht als einzige und auch nicht als hauptsächliche.

Inwieweit beide Deutungen in gleichem Maße überzeugen, hängt in vielerlei Hinsicht von der Perspektive des Betrachters ab. In den vergangenen Jahrzehnten ist die sozial- und strukturgeschichtliche allerdings klar ins Hintertreffen geraten. Alle neueren Darstellungen laufen, wie modifiziert auch immer, auf eine Bestätigung der liberalen Kernannahme hinaus: Ohne Krieg wäre eine evolutionäre Entwicklung denkbar gewesen, die einen radikalen Bruch und einen sozialistischen Staat erübrigte hätte.

Auch wenn diese Sicht gegenwärtig wieder dominiert, ist nicht zu leugnen, dass die Entwicklung des Jahres 1917 Argumente für beide Sichtweisen enthält. Man sollte nicht vergessen, dass Russland 1917 zwei Umstürze erlebte: den Februaraufstand, dem die Autokratie zum Opfer fiel, und den Oktobercoup, der nach kurzer Koalitionsregierung mit den Linken Sozialrevolutionären zur Alleinherrschaft der Bolschewiki führte. Beide Phasen legen nicht nur den Vergleich mit den moderaten Anfangs- und den radikalen Endjahren der Französischen Revolution nahe. Sie korrespondieren auch mit den skizzierten Deutungen.

Das Februarregime stand in deutlicher Kontinuität zur konstitutionell-liberalen Entwicklung im Zarenreich. Auch wenn der Krieg dessen Untergang herbeiführte und die mögliche Evolution im realen Geschehen in eine Revolution mündete, verschaffte es vielen Forderungen und Wünschen der einstigen Opposition praktische Geltung. Nur war die neue demokratische und freiheitliche Ordnung höchst labil. Bald setzten ihr disruptive Kräfte und radikale Gegner zu. Sie nutzten die Konflikte und Verwerfungen, denen die langfristige-strukturelle Deutung besonderes Gewicht verlieh. So gesehen, blickten die sogenann-

**01** Für übergreifende Darstellungen zur Russischen Revolution und weiterführende Literaturverweise siehe Helmut Altrichter, *Russland 1917: Ein Land auf der Suche nach sich selbst*, Paderborn 2017; Orlando Figes, *Russland. Die Tragödie eines Volkes: Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924*, Berlin 2014; Manfred Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991*, München 2017<sup>2</sup> (i. E.).

**02** Wenn nicht anders angemerkt, richtet sich im Folgenden die Datierung nach dem jeweils geltenden Kalender, bis Februar 1918 war dies in Russland der julianische.

ten Optimisten als Beleg ihrer Thesen primär auf den Februar und die „Pessimisten“ primär auf den Oktober. Umso mehr sollte eine Gesamtchau beides berücksichtigen und der Einsicht Rechnung tragen, dass die Ereignisse vom Oktober 1917 nicht ohne das Februarregime und seine Probleme denkbar sind.

## VERLAUF DER REVOLUTION

Dem genannten engeren und üblichen Verständnis von Revolution entsprach nur der Februarumsturz: Er war das Resultat von spontanen Massendemonstrationen gegen unerträglich gewordene Lebensbedingungen. Der Protest begann am 23. Februar 1917 des julianischen Kalenders, das heißt am 8. März westeuropäischer Zeitrechnung, dem Internationalen Frauentag, mit einem Protestmarsch von Frauen aus dem Petrograder Arbeiterviertel gegen den Mangel an Brot und Milch sowie, in einem extrem kalten Winter, an Holz und Kohle. Der Aufstand endete am 2. März mit der Abdankung des Zaren.

Am selben Tag trat eine neue Regierung an die Öffentlichkeit, die allgemeine, demokratische Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung vorbereiten und bis zu deren Einberufung amtierend sollte. Hinter dieser „Provisorischen Regierung“ stand ein sogenanntes Duma-Komitee aus führenden Parlamentsabgeordneten der liberalen Parteien, das sich am Ende der Streikwoche, als die alte Herrschaft faktisch schon zusammengebrochen war, gebildet hatte, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Dies konnte nur mit Zustimmung des Oberkommandos der Armee geschehen. Die Generäle waren zu dem Entschluss gekommen, dass die Monarchie nicht mehr in der Lage sei, die unerlässliche Stabilität im Hinterland zu gewährleisten. Letztlich hatten sie mit ihrem Votum den widerstrebenden Zaren zum Thronverzicht gezwungen und das Duma-Komitee ermuntert, die Macht zu übernehmen. Dabei ließen sie sich von einem Gedanken leiten: den Krieg trotz der bisherigen Niederlagen im Bündnis mit Frankreich und Großbritannien doch noch zu einem siegreichen Ende zu bringen. Mithin opferten die Generäle, die gewiss keine Revolutionäre waren, die Monarchie für das Überleben der Nation.

Allerdings war die neue politische Ordnung von Anfang an labil, da sie auf zwei Säulen ruhte: Zeitgleich mit dem Duma-Komitee hatte sich

mit dem Arbeiter- und Soldatendeputiertenrat ein weiteres Repräsentativorgan gebildet. In Anknüpfung an ein ähnliches Gremium von 1905 entstanden, vertrat es andere soziale Schichten und andere politische Gruppen, die als deren Anwälte auftraten; tonangebend waren vor allem menschwistische Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, während die Bolschewiki noch keine Rolle spielten. Insofern spiegelte sich in dieser sogenannten Doppelherrschaft ein fundamentaler Tatbestand der damaligen russischen Gesellschaft wider: ihre tiefe Spaltung.

In stärkerem Maße als bisher war die neue Ordnung auf Kompromisse angewiesen. Faktisch mussten alle wichtigen Entscheidungen der Regierung von beiden Organen abgesegnet werden. Dies funktionierte anfangs nicht zuletzt deshalb, weil die Menschewiki den Liberalen aus der Duma die Macht freiwillig überließen – lehrte sie ihre orthodox-marxistische Geschichtsideologie doch, dass dem eben überwundenen „feudalistischen“ Stadium der historischen Entwicklung ein „bürgerlich-kapitalistisches“ folgen müsse, in dem den Repräsentanten der „Bourgeoisie“ auch die politische Führung gebühre. Erst als es zu Massendemonstrationen gegen eine diplomatische Note des Außenministers Pawel Miljukow kam, der den Alliierten die Fortsetzung des Kriegs und die Solidarität auch des neuen Russlands zusicherte, musste die erste, rein liberale Regierung zurücktreten.

Der Anfang Mai gebildeten neuen Regierung gehörten auch Vertreter der gemäßigten sozialistischen Parteien an. Insofern schien eine Verständigung über die sozialen und politischen Gräben hinweg nun sogar leichter geworden zu sein. Diese Hoffnung erwies sich jedoch schon bald als Irrtum. Es gelang auch der Koalition nicht, die Hauptprobleme der neuen Ordnung in den Griff zu bekommen.

Am drängendsten war fraglos die Aufgabe, den Krieg zu beenden. Die überwiegend bäuerlichen Soldaten waren kampfesüde; spätestens nach dem Sturz der Autokratie wollten sie nach Hause, um bei der erwarteten Landreform nicht zu kurz zu kommen. Überdies hatte eine frühe Resolution des Sowjets das Ende der Unterordnung der Soldaten unter die Offiziere verfügt. Die Armee befand sich in Auflösung. Dies war der Regierung bewusst. Sie stand aber zugleich unter dem massiven Druck der Alliierten, den Krieg fortzusetzen, und sie wollte dies mehrheit-

lich auch selbst. So fasste sie Ende Mai 1917 den fatalen Entschluss zu einer neuen Offensive, zu deren Unterstützung auch die Todesstrafe wieder eingeführt wurde. Der Angriff scheiterte kläglich. Fortan war die Desertion nicht mehr zu stoppen und der Rückhalt des Februarregimes unter den Soldaten endgültig verloren.

Nicht glücklicher operierte die Provisorische Regierung in der Agrarfrage. Es war ehrenwert, dass sie der Konstituierenden Versammlung bei dieser Grundentscheidung über die wirtschaftliche und soziale Struktur des neuen Staates nicht vorgereifen wollte und mit konkreten Maßnahmen zögerte. Immerhin kam sie den Erwartungen der Bauern, die mit rund 80 Prozent die Bevölkerungsmehrheit stellten, so weit entgegen, dass sie Landkomitees einsetzte, um eine Umverteilung vorzubereiten. Mehr aber geschah nicht – auch, weil sich Sozialisten und Liberale über einen zentralen Aspekt des Problems nicht einigen konnten: ob Enteignungen erlaubt sein und Entschädigungen dafür gezahlt werden sollten. Umso eher sahen sich die Bauern berechtigt, zur Selbsthilfe zu greifen. Sie nahmen sich mit Gewalt, worauf sie seit Jahrhunderten durch ihrer Hände Arbeit einen Anspruch zu haben glaubten. Faktisch vollzog das Dorf seine eigene Revolution.

Und auch auf die dritte Herausforderung, die dramatische Verschlechterung der allgemeinen materiellen Lage, fand die Regierung keine Antwort. Zwar folgte dem Februarumsturz eine Welle von Lohnerhöhungen. Ferner mussten sich die Unternehmer der langjährigen gewerkschaftlichen Hauptforderung nach einem Achtstundentag beugen. Die Besserungen erwiesen sich aber schnell als Strohfeuer. Tatsächlich schlitterte die Wirtschaft nach drei Jahren Krieg und einer Revolution immer weiter auf den Abgrund zu. Die Arbeitslosigkeit stieg, die Inflation galoppierte. Im Sommer konnte die syndikalistische Rätebewegung schale Triumphe feiern, als viele Fabriken von den Arbeitern in eigene Regie genommen wurden – weil sie bankrott waren und kein Unternehmer mehr Interesse an ihnen hatte.

Dies alles war Wasser auf die Mühlen der radikalen Gegner des Februarregimes. Als solche setzte sich seit der Rückkehr Lenins und anderer Parteiführer im Wesentlichen eine Partei in Szene: die bolschewistische. Lenins „Aprilthesen“ sagten der „bürgerlichen“ Regierung, die auch seine Genossen (unter anderem Stalin) soeben noch gemeinsam mit den Menschewiki un-

terstützt hatten, den Kampf an. Zu einer ersten Kraftprobe kam es Anfang Juli anlässlich von Massendemonstrationen gegen den unglücklichen Beschluss zur neuen Offensive. Noch behielt die Provisorische Regierung die Oberhand. Doch das Blatt wendete sich im August, als der offene Putsch des neuen Oberbefehlshabers der Armee, General Lawr Kornilow, scheiterte – waren es doch die bolschewistischen Arbeitermilizen (Rote Garden), die sich als zuverlässigste Verteidiger Petrograds erwiesen.

In der Hauptstadt des Reiches – und was hier geschah, war entscheidend – sahen sich die erbitterten Feinde der Provisorischen Regierung nun im Aufwind. Auf Drängen Lenins, der seine Partei einmal mehr, wie schon im April, mit kompromissloser Hartnäckigkeit auf seine Linie brachte, bereitete sie unter dem Deckmantel des „Militärischen Revolutionskomitees“ des Sowjets einen Umsturz vor. Dieses wurde ursprünglich zur Verteidigung der Hauptstadt gegen die deutsche Armee gegründet, die schon in Riga stand. Der Umsturz gelang am 25./26. Oktober, als die Bolschewiki die Mehrheit des Exekutivkomitees des soeben zusammengetretenen Zweiten Allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte erringen konnten.

Dass die neuen Herren aus anderem Holz geschnitzt waren als die Provisorische Regierung, machten sie noch am Morgen nach der Machtübernahme klar. Ihre ersten beiden Dekrete bestätigten den Bauern den Besitz des Landes, das diese sich mit Gewalt genommen hatten, und verkündeten einen sofortigen Waffenstillstand. Damit sicherten sie sich die Loyalität der breiten Masse der Bevölkerung. Demagogie siegte über zögerliche Realpolitik.

Auch die nachfolgenden Maßnahmen dienten vor allem dem einen Zweck, die Macht zu behaupten, die man unter günstigen Umständen in der Hauptstadt ergriffen hatte. Die atemberaubende Selbstgewissheit und die Unerbittlichkeit, mit der Lenin für sich und seine Anhänger die ausschließliche Kompetenz beanspruchte, haben ihm zu Recht den Ruf eingetragen, ein fanatischer Ideologe und durchsetzungsstarker Politiker zugleich gewesen zu sein. So wie er schon vor dem Oktobercoup Kritiker zum Verstummen gebracht hatte, die einen Aufstand für verfrüht hielten, so bekämpfte er danach alle, die für eine gesamtsozialistische Regierung eintraten. Erst als die Bolschewiki aus einer Position der Stärke verhandeln konnten, ließ

er sich auf eine Koalition mit den Linken Sozialrevolutionären, die den Umsturz unterstützt hatten, ein. Es passte aber durchaus in seine Strategie, dass es schon Mitte März 1918 über die Zustimmung zum Diktatfrieden von Brest-Litowsk, den die deutschen Generäle der faktisch wehrlosen Revolutionsregierung aufzwingen, zum Bruch kam. So viel Realpolitik mochten Lenins Partner nicht akzeptieren. Damit ergab sich, was er ohnehin wollte: Endgültig lag „alle Macht“ nicht, wie die Parole vom Oktober gelaute hatte, beim Sowjet, sondern bei den Bolschewiki.

Parallel fielen in diesen Monaten auch andere Kernentscheidungen über die Struktur der neuen Herrschaftsordnung. Gleich nach dem Umsturz begann die Verfolgung der Liberalen. Sie galten als ideologische Hauptfeinde, mit denen der proklamierte Rätestaat nichts zu tun haben wollte. In der aufgeheizten Stimmung kam es zu brutalen Gewalttaten, denen sich die prominenten Konstitutionellen Demokraten nur durch Flucht entziehen konnten; die meisten fanden sich bald im Süden, an der Seite der „weißen“ Generäle, wieder.

Größere Vorsicht mussten die neuen Machthaber gegenüber den anderen sozialistischen Parteien walten lassen, die Rückhalt in der Bevölkerung genossen und im Sowjet vertreten waren. Außerdem hatten sie das Kernanliegen der Februarrevolution, die Einberufung einer konstituierenden Versammlung, von Beginn an unterstützt. Auch nach der Machtergreifung im Namen der Räte wagten sie nicht, die für Anfang November anberaumten Wahlen abzusagen. Dennoch lag auf der Hand, dass beide Institutionen nicht miteinander zu vereinbaren waren: Die Versammlung stand für eine parlamentarische Demokratie, in der obendrein die Sozialrevolutionäre als Wahlsieger das Sagen gehabt hätten, die Räte für einen Sowjetstaat. So musste die Entscheidung fallen, als die konstituierende Versammlung am 5. Januar 1918 im Taurischen Palais zusammentrat. Als alle Abgeordneten im Morgengrauen des folgenden Tags gegangen waren, umstellten Rote Garden das Gebäude und ließen niemanden mehr hinein. Damit war der Weg frei für die förmliche Begründung einer Räterepublik.

## BÜRGERKRIEG

Der Bürgerkrieg, der im Frühsommer 1918 endgültig begann, verschärfte die Polarisierung dramatisch. Offen kämpften nun Verteidiger des

Umsturzes gegen eine Koalition antibolschewistischer Kräfte, unter denen die Reste der zaristischen Armee und Monarchisten mehr und mehr die Oberhand gewannen. Die Anhänger und Parteien des Februars, die eine „dritte Kraft“ hatten bilden wollen, aber über keine eigenen bewaffneten Einheiten verfügten, wurden zerrieben. Zwischen bolschewistischer Alleinherrschaft und rückwärtsgewandter Militärdiktatur blieb kein Platz für eine freiheitlich-demokratische Alternative. Im dreijährigen, vor allem im Süden und Osten ausgetragenen Konflikt, gelang es den neuen Herren, nicht nur den europäischen Reichsteil, sondern auch den Kaukasus, Mittelasien und den Fernen Osten unter ihre Kontrolle zu bringen. Faktisch entstand das alte Imperium unter dem Banner von Hammer und Sichel neu.

Vor allem drei Faktoren kommen als Ursachen für diesen Sieg in Betracht: *Erstens* verfügten die Bolschewiki über Zentralrussland und damit über die größeren demografischen, administrativen und sonstigen Ressourcen; ihre Feinde mussten dagegen mit der menschenleeren Peripherie vorlieb nehmen. *Zweitens* gelang ihnen fraglos eine militärische Meisterleistung, indem sie in kürzester Zeit eine eigene Armee, die „Rote Armee“, aus dem Boden stampften, hierfür erfahrene Offiziere des alten Regimes gewannen und auch in ihren eigenen Reihen erstaunlich viele Talente fanden. Dies war das Werk des allgegenwärtigen Kriegskommissars Leo Trotzki, dessen Sonderzug an allen Fronten auftauchte und zum propagandistisch wirksamen Symbol des Sieges wurde. Vor allem aber zahlte sich *drittens* der taktische Schachzug Lenins aus, sich mit den Emanzipationsbewegungen der nichtrussischen, meist islamischen Nationalitäten im Osten und Südosten zu verbünden. Es war diese Allianz, die den Bolschewiki unschätzbare Engagement zuführte und letztlich ihr Überleben sicherte. Formal zollte ihr der föderale Charakter der bald gegründeten Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) Tribut. Auf einem anderen Blatt stand, dass der Buchstabe „F“ mit der Wirklichkeit wenig gemein hatte, weil er sich mit dem monopolistischen Anspruch der neuen Herrschaft nicht vertrug und bald vergessen wurde.

Auch in anderer Hinsicht zahlten Russland und manche nichtkonforme Revolutionäre der ersten Stunde einen hohen Preis für den Endsieg. Denn der Bürgerkrieg wurde zur Hochphase des Zentralismus, außerordentlicher Organe wie der

allmächtigen, extralegal und paramilitärisch operierenden Geheimpolizei Tscheka sowie einer ausgeprägten Militarisierung des staatlich-öffentlichen Handelns. Treibende Kraft war auch hier – neben Trotzki im Militär – Lenin. Die „nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ lauteten ihm zufolge: Kontrolle und Disziplin, „Einmannleitung“ und Unterordnung. Auf der Strecke blieben endgültig die Freiheiten und der Pluralismus, die der Februar erkämpft und der Oktober noch nicht völlig beseitigt hatte.

Nicht nur andere Parteien mussten in den Untergrund flüchten; auch andere Meinungen unter den Bolschewiki wurden gerügt und unterdrückt. Für „Linke Kommunisten“, „Demokratische Zentralisten“ und andere Oppositionelle, die Anstoß nahmen an der Bevormundung der Basis durch eine neue Obrigkeit, war kein Platz in einem Regime, das um sein Überleben kämpfte. Und selbst die Räte, die den Staat laut Verfassung formal trugen, hatten gefügig zu sein. Die Hoffnung einiger Unverdrossener – darunter ein letztes Häuflein Menschewiki, deren Popularität wieder gestiegen war –, das Kriegsende werde ihnen zu einer Renaissance verhelfen, wurde bitter enttäuscht. Der 10. Parteitag vom März 1921 beschloss förmlich und definitiv, jegliche Fraktionsbildung zu verbieten. Was in der Ausnahmesituation entstanden war, wurde zum Regelfall.

Am teuersten aber kam die Bolschewiki zu stehen, dass sie die Unterstützung der Bauernschaft verloren. Denn zur Machtbehauptung gehörte die Notwendigkeit, die Versorgung der städtischen Bevölkerung einigermaßen zu sichern. Zu diesem Zweck verfielen sie gleich zu Beginn des Bürgerkriegs auf die unglückliche Idee, den Klassenkampf aufs Dorf zu tragen. „Komitees der Dorfarmut“ sollten ausfindig machen, wo die „reichen“ Bauern vermeintlich ihr Getreide horteten und es dem Staat vorenthielten. Die Taktik scheiterte kläglich, weil sich das Dorf – entgegen den ideologischen Erwartungen, aber getreu einer jahrhundertealten Tradition gegenseitiger Hilfe – bemerkenswert solidarisch zeigte.

So offenbarten die neuen Machthaber ihr wahres Gesicht und griffen zu nackter Gewalt: Requisitionsschwadronen der Tscheka raubten den Bauern das letzte Korn von den Tennen, wobei sie auch das Saatgut nicht schonten. Damit machten sie nicht nur eine fürchterliche Hungersnot, die zwischen 1921 und 1922 rund fünf Millionen Opfer forderte, unausweichlich, sondern brach-

ten mit den Bauern auch die große Masse der Bevölkerung gegen sich auf. Besonders in den Gouvernements an der Wolga und in Sibirien kam es zu offenen Unruhen. In Tambow bildete sich sogar eine regelrechte Partisanenbewegung (Antonowschtschina), die der Tscheka anderthalb Jahre zu schaffen machte. Doch auch dieser „grüne“ Aufstand hatte gegen die überlegenen Kräfte und die Brutalität der Tscheka keine Chance. In der Polarisierung zwischen „Rot“ und „Weiß“ wurde sie ebenso zerrieben wie die Parteien der Provisorischen Regierung.

So begann das Regime, das am Ende von vier Jahren Revolution und Revolutionskrieg übrig geblieben war, in sehr anderer Gestalt seinen Aufbau, als die Gegner der zaristischen Autokratie und auch noch manche Sympathisanten des Oktoberumsturzes erhofft hatten. Von den Freiheiten des Februars für alle Bürger war schon bei Jahresende wenig geblieben. Aber auch die Partizipationsrechte, die die Räterepublik (gemäß der Verfassung vom April 1918) ihrer Klientel förmlich verlieh, fielen bald einer Zentralisierung der Verfügung über alle Ressourcen und einer Herrschaft zum Opfer, die vor keiner Gewalt zurückschreckte. Zwei Ereignissen kommt dabei besondere symbolische Bedeutung zu: der blutigen Niederschlagung des Aufstands der Matrosen von Kronstadt im März 1921, die im Oktober 1917 entscheidend zum Umsturz beigetragen hatten; und der gleichfalls äußerst brutalen Vernichtung der Rebellen in Tambow.

Auch wenn Lenin klug genug war, den Bauern in Gestalt der „Neuen Ökonomischen Politik“, die zeitgleich ausgerufen wurde, Konzessionen zu machen, spricht gerade im Licht dieser drakonischen Strafaktionen immer weniger dafür, dass sie auf Dauer gedacht war. Es hatte durchaus seine Berechtigung, dass Stalin seine „Revolution von oben“ als Rückgriff auf die „heroische Periode“ des „Kriegskommunismus“ pries. Wie immer man die Kontinuitätsfrage beantwortet – eine mögliche Fortentwicklung des Regimes, so wie es 1921 bestand, war der Stalinismus allemal.

#### MANFRED HILDERMEIER

ist emeritierter Professor für Osteuropäische Geschichte an der Georg-August-Universität Göttingen.

m.hildermeier@phil.uni-goettingen.de

# SPIEL UM WELTMACHT

## Deutschland und die Russische Revolution

*Gerd Koenen*

Die Rolle, die das Deutsche Reich für die Machteroberung der Bolschewiki im Oktober 1917 und für den Aufstieg der UdSSR zu einer Weltmacht eigenen, neuen Typs gespielt hat, lässt sich kaum überschätzen, allerdings leicht unterschätzen. Hitlers „treubrühiger Überfall“ (wie der damalige sowjetische Regierungschef Wjatscheslaw Molotow im Radio sagte) im Juni 1941 hat vielfach verdunkelt, wie es bis zu diesem Punkt gekommen ist. Denn tatsächlich resultierte dieser existenzielle Zusammenstoß aus einer gegenseitigen Fixierung und Abhängigkeit, die man bis auf die Anfänge einer deutsch-bolschewistischen Zusammenarbeit im Herbst 1915 zurückdatieren könnte.<sup>01</sup>

### STRATEGISCHE ZUSAMMENARBEIT

Seit ihren Anfängen war die Partei Lenins im Parteienspektrum des Zarenreichs die am stärksten auf Deutschland orientierte Gruppierung. Das galt nicht nur für die politisch-ideologische Ausrichtung am Marxismus als einem „wissenschaftlichen Sozialismus“ deutscher Prägung. Für einen erheblichen Teil des bolschewistischen Gründungskaders diente die deutsche technisch-industrielle Organisationskultur auch als Vorbild für eine durchgreifende Modernisierung ihres eigenen Landes. Die anderen russischen Sozialisten, die Sozialdemokraten der Menschewiki oder die Partei der Sozialrevolutionäre, waren dagegen eher auf angelsächsische oder französische Vorbilder orientiert.

Dass die deutschen Mehrheitssozialdemokraten als die stärkste Partei der Sozialistischen Internationale entgegen allen Schwüren beim Kriegsausbruch im Sommer 1914 für die Kriegskredite und Massenmobilisierungen ihres Landes optierten, so wie es das Gros der russischen, der französischen und der englischen Sozialisten ebenfalls taten, änderte nichts an Lenins Grundhaltung. Seine Politik des „revolutionären Defätismus“, das heißt des aktiven Eintretens für „die Niederlage der Za-

renmonarchie, der reaktionärsten und barbarischsten Regierung“<sup>02</sup> unter allen Kriegführenden, brachte ihn unvermeidlich in eine faktische Interessengemeinschaft mit der deutschen Weltkriegsstrategie, in der die „Revolutionierung“ des russischen Vielvölkerreichs eine umso zentralere Rolle spielte, je mehr sich die deutschen Armeen im Stellungskrieg festrannten. Das erst eröffnete Lenin und seiner auf wenige Tausend Gefolgsleute geschmolzenen Minipartei die reale Möglichkeit, seinen zentralen Losungen folgend „den Weltkrieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln“ und „Russland aus den Angeln zu heben“ – wie es ihm im Revolutionsjahr 1917 dann auch tatsächlich gelang.

Für die Berliner Reichs- und Heeresleitung war die 1915 begonnene, aktive Zusammenarbeit mit verschiedenen russischen Revolutionären nur eine Aktion unter vielen, im Erfolgsfall allerdings eine, die weiteste Perspektiven eröffnete: „Der Sieg und als Preis der erste Platz in der Welt ist aber unser, wenn es gelingt, Russland rechtzeitig zu revolutionieren und dadurch die Koalition [der gegnerischen Mächte] zu sprengen“, schrieb im Dezember 1915 der Botschafter in Kopenhagen, Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, der diese Kontakte eingefädelt hatte, in einer Denkschrift an Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg.<sup>03</sup>

Dass der Führer der Bolschewiki auf die verschiedenen, diskreten Anbahnungen schließlich einging, ist nicht überraschend, und im Wesentlichen ist man dabei nicht auf Vermutungen angewiesen. Eher könnte man sich wundern, in welcher sensationell aufgebauschter Weise bis heute über das „deutsche Gold“ geraunt und orakelt wird, das den Kitt für jenen „Teufelspakt“<sup>04</sup> gebildet haben soll, der den Bolschewiki mit der Durchschleusung Lenins von seinem Schweizer Exil nach Petrograd im „plombierten Zug“ im April 1917 erst den Weg zur Macht eröffnete. Aber man kann sich umgekehrt auch wundern, mit welcher frommer Scheu ein Gutteil der seriösen Geschichtsschreibung diese für die

Geschichte des 20. Jahrhunderts höchst bedeutsame, in ihren Grundzügen klar nachweisbare Kollusion zwischen der deutschen Reichsleitung und Lenins Exilorganisation immer wieder ins Nebensächliche abdrängt und verbannt.

Dieses geheime Einverständnis materialisierte sich weniger in den Geldtransfers und sonstigen Hilfestellungen, sondern vor allem in der Schaffung einer politischen Handlungslinie und Herstellung einer Kräftekonstellation, die Deutschland eine reale Chance auf den Sieg im Weltkrieg eröffnen und die Bolschewiki an die Macht tragen beziehungsweise dort halten würde – ein Zusammenspiel, das 1917/18 sehr reale Gestalt annahm, die weltpolitische Situation der Zwischenkriegszeit zwischen 1919 und 1933 entscheidend mitbestimmt hat und selbst mit dem epochalen Zusammenstoß von 1941 nicht endete.

Lenin hatte diese Weichenstellung im Herbst 1915 in einem Moment eingeleitet, da seine Verbindungen nach Russland zum größten Teil abgebrochen waren und er sich auf seinen winzigen Zürcher Hausstaat mit Frau, Schwiegermutter und einer Handvoll Helfern zurückgeworfen sah. Das Notizbuch seiner Frau Nadeschda Krupskaja, die sein persönliches Sekretariat bildete, enthielt 1915/16 gerade noch zwanzig operative Kontaktadressen in Russland, darunter die seiner beiden Schwestern in Petrograd.<sup>05</sup>

Aber selbst unter den radikalsten europäischen Kriegsgegnern – die bei der Konferenz von Zimmerwald Anfang September 1915, wie Trotzki bemerkte, in vier Fiaker (Pferdekutschen) passen – fand Lenin sich fast völlig isoliert. Selbst die Handvoll seiner engsten Gefolgsleute konnte seinen rasenden Polemiken gegen die „Sozialpazifisten“, die für ein Ende des Weltkriegs „ohne Annexionen und Kontributionen“ eintraten, und seiner Vision einer Verwandlung des Weltkriegs in einen gesamteuropäischen Bürgerkrieg nicht folgen.

**01** Für übergreifende Darstellungen siehe Gerd Koenen, *Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945*, München 2005.

**02** Wladimir I. Lenin, *Der Krieg und die russische Sozialdemokratie*, in: *Lenin Werke (LW)*, Bd. 21, Berlin (Ost) 1960, S. 19.

**03** Brockdorff Rantzau an Bethmann Hollweg, 6. 12. 1915, in: *Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA-AA)*, Deutschland Nr. 131, Bd. 18, Bl. 97–100.

**04** Sebastian Haffner, *Der Teufelspakt. Die deutsch-russischen Beziehungen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg*, München 2002.

**05** Vgl. Robert Service, *Lenin. Eine Biographie*, München 2000, S. 311 f.

Tatsächlich verschob Lenin damit auch schon alle hergebrachten Grundsätze und Perspektiven eines Sozialismus marxistischer Prägung, wenn er 1916 schrieb: „Wer „eine ‚reine‘ soziale Revolution erwartet, der wird sie niemals erleben.“ Neben den Kämpfen von Fabrikarbeitern, vor allem in den Zentren der Rüstungsindustrien, seien als Folge des Weltkriegs vielmehr zu erwarten: weltweite Aufstände unterdrückter Nationen und Nationalitäten; Angriffe halbproletarischer bäuerlicher Massen gegen Grundeigentümer und Kirche; Soldatenmeutereien gegen sämtliche Gewalten; sowie Rebellionen kleinbürgerlicher Schichten mit all ihren „reaktionären Phantastereien“, wie sie in Russland von den antisemitischen Pogromisten der „Schwarzhunderter“, im Westen von den entstehenden, vorerst noch namenlosen „faschistischen“ Bewegungen vertreten wurden.<sup>06</sup>

Die Bolschewiki, hieß das, mussten diejenigen sein, die bereit wären, den Tiger all der „dunklen“, anarchischen, vielleicht sogar reaktionären Leidenschaften der Massen zu reiten, ihnen sogar die Sporen zu geben, um die alte Welt, die sich gerade zerfleischte, endgültig in Trümmer zu legen und inmitten dieses Tumults im eigenen Namen und ihrer geschichtlichen Mission folgend nach der Macht zu greifen.

## LENINS WEG ZUR MACHT

Unmittelbar nach Zimmerwald traf Lenin sich mit Alexander Helphand, einem Führer der Russischen Revolution von 1905, der den Plan einer Zusammenarbeit mit dem exilierten Bolschewikenführer an die deutsche Reichsleitung herangebracht hatte und auch öffentlich für ein „Bündnis von preußischen Bajonetten und russischen Proletarierfäusten“ zum Sturz des Zarentums eintrat. Später behauptete Lenin, diesen alten Bekannten nach kurzer, heftiger Debatte „mit dem Schwanz zwischen den Beinen“ hochkant hinausgeworfen zu haben. Das mag so gewesen sein – oder auch nicht. Jeder sichtbare Kontakt war natürlich hochriskant.

Aber gleich danach schickte Lenin Jakob Hanecki nach Kopenhagen, der seit seiner Krakauer Exilzeit vor 1914 so etwas wie der Majordomus seines verbliebenen kleinen Partei- und Hausstaats war. Schon im Oktober 1915 nahm

**06** Wladimir I. Lenin, *Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung*, in: *LW*, Bd. 22, Berlin (Ost) 1960, S. 363 f.



dieser unter seinem Familiennamen Fürstenberg als Teilhaber und Geschäftsführer an der Gründung einer ins Kopenhagener Handelsregister eingetragenen Import-Export-Firma teil, die Helphand zusammen mit dem professionellen Handelsagenten des Berliner Generalstabs und deutschen Sozialdemokraten Georg Sklarz initiiert hatte. Alles war offensichtlich vorbereitet und besprochen. Und Hanecki war keine randständige Figur. Der Sohn einer Bankiersfamilie war seit 1912 der umsichtige Organisator aller Finanzoperationen Lenins und seiner Partei bis zu dessen Rückkehr nach Russland im April 1917 – eine Fahrt, die ebenfalls von Helphand und Hanecki eingefädelt und begleitet wurde. Nach der Oktoberrevolution wurde er erster Chef der Zentralbank und Organisator des Außenhandelsmonopols der Sowjetrepublik sowie Hüter des für weltrevolutionäre Zwecke gehorteten Schatzes im Keller des Moskauer Kreml. 1937 würde Stalin ihn wie alle überlebenden Teilnehmer und Zeugen dieser deutsch-bolschewistischen Zusammenarbeit erschießen lassen.

Über die weitgespannten und wegen des Blockadebruchs äußerst gewinnträchtigen Transaktionen des Kopenhagener Handelskontors, und nicht über direkte Geldtransfers aus den Reptilienfonds der deutschen Reichsregierung, dürfte das Gros der Finanzierungen bis zum April 1917 gelaufen sein. Ebenso wichtig oder noch wichtiger waren vermutlich aber die konspirativen Verbindungswege als solche, die allein den Zusammenhalt von Exilführung und Inlandskader sichern konnten. Die „Geschäftspartner“ in Petrograd waren ebenfalls Bolschewiki, die dort diverse Tarnfirmen unterhielten und die Überschüsse aus den Verkäufen der Schmuggelware (von Kondomen bis Bleistiften) abzweigten und auf Konten leiteten, die der aus polnischem Adel stammende Rechtsanwalt Mieczysław Kozłowski (später ein Mitglied des Tschecha-Kollegiums und Obersten Revolutionstribunals) für die Petrograder Parteiorganisation verwaltete – die davon unter anderem ihre Untergrunddruckerei unterhielt.<sup>07</sup>

Keine besonderen Geheimnisse bieten auch die Modalitäten der Durchschleusung Lenins und mehrerer Schübe russischer Kriegsgegner in „plombierten“ Sonderzügen im April und Mai 1917, nachdem Zar Nikolaus II. Wochen zuvor

durch eine große Volksrevolution – an der die Bolschewiki so gut wie keinen Anteil gehabt hatten – gestürzt worden war. Wie eng und interessiert die deutsche Seite die Entwicklung verfolgte, zeigt die Vollzugsmeldung des Residenten der deutschen Abwehr in Stockholm, die die Oberste Heeresleitung am 17. April an das Auswärtige Amt weiterleitete: „Eintritt Lenins nach Russland geglückt. Er arbeitet völlig nach Wunsch.“<sup>08</sup> Das besagte sehr wenig über Lenin, umso mehr aber über die Interessen der deutschen Seite – mit denen Lenin seinerseits revolutionäre Politik machen konnte.

Der Zusammenfall der deutschen imperialen Interessen und der Interessen Lenins war im Revolutionsjahr 1917 weder für Freund noch Feind zu übersehen. Schon bei seiner Ankunft auf dem Finnischen Bahnhof hatte Lenin in seinen „April-Thesen“ jede Unterstützung der neuen, demokratischen, aus Sozialisten und Liberalen gebildeten und von den Führern des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats unterstützten Koalitions-Regierung verweigert und stattdessen bedingungslose Opposition geschworen. Von noch größerem Gewicht als alle sozialen Agitationen, mit denen die Bolschewiki inmitten des allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruchs die Betriebsbesetzungen der Arbeiter und wilden Landnahmen der Bauern unterstützten und anheizten, war ihre Gegnerschaft gegen die Friedensbemühungen des Petrograder Sowjet. Dieser hatte den Mittelmächten schon gleich nach seiner Konstituierung einen „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“ angeboten und auch die westlichen Alliierten aufgefordert, sich dem anzuschließen. Aber da weder die einen noch die anderen darauf eingingen, sondern stattdessen für neue Entscheidungsschlachten rüsteten, traten Sowjet wie Regierung für eine Politik des „revolutionären Defensismus“ ein. Im Klartext hieß das: Gewehr bei Fuß zu stehen, die eigenen Fronten nicht zu entblößen und ein chaotisches Auseinanderfallen der Armee bis zu einem allgemeinen Waffenstillstand zu verhindern.

Dieses Auseinanderfallen hatte jedoch längst begonnen: Die Welle von Offiziersmorden und Massendesertionen, die schon im April 1917 ein-

<sup>07</sup> Siehe hierzu Michael Futrell, *Northern Underground*, London 1963, S. 145.

<sup>08</sup> Das Telegramm findet sich im Original reproduziert im Katalog des Museums für Kommunikation Berlin, *Netze des Krieges*. Kommunikation 14/18, Dok. 5. Zu den Umständen der Reise siehe Werner Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917: Die deutschen Akten*, Leiden 1957.

setzte, entsprang der miserablen Versorgung, der quälenden Untätigkeit, den grassierenden Gerüchten über konterrevolutionäre Verschwörungen sowie dem Wunsch der bäuerlichen Soldaten, bei der Landverteilung im Dorf dabei zu sein. Aber teilweise hatte dieser spontane „Schützengraben-Bolschewismus“ auch schon mit der politischen Agitation der Bolschewiki zu tun, die sich einen schlagkräftigen Druck- und Presseapparat aufgebaut hatten und gerade auch unter Soldaten und Unteroffizieren neuen Anhang gewannen. Sie behaupteten, die Provisorische Regierung sei nichts als ein williges Instrument der imperialistischen Mächte des Westens und habe nur deshalb den Zaren beseitigt, um den Krieg verstärkt fortzusetzen.

„Verbrüderung“ hieß eines der Stichworte in Lenins „April-Thesen“, mit denen er seine Partei gleich nach seiner Rückkehr auf eine völlig neue revolutionäre Perspektive ausrichtete. Diese „Verbrüderung“ gab es bereits an den Fronten – allerdings in sehr einseitiger Art und Weise. Tausende Soldaten waren, von deutschen Flugblättern eingeladen, mit weißen Fahnen auf die deutsche Seite hinübergegangen, wo Markentenderwagen mit Wodka, Zigaretten und Bordellen lockten. Deutsche Propagandaoffiziere, oft Sozialdemokraten, kamen, ebenfalls mit weißen Fahnen, auf die russische Seite hinüber, ließen Zeitungen in russischer Sprache und mit Titeln wie „Towarisch“ (Genosse) zirkulieren und sagten den Soldaten, sie sollten nicht länger für die imperialistischen Interessen Frankreichs und Englands ihr Blut vergießen. Dasselbe forderten die bolschewistischen Zeitungen und Flugblätter.

Als der neue Regierungschef, der Sozialrevolutionär Alexander Kerenski, im Juni 1917 versuchte, den Zerfall zu stoppen, indem er nach dem Vorbild der Französischen Revolution „das Vaterland in Gefahr“ erklärte und eine Offensive einleitete, endete das in einem Desaster. Die verlustreichen Rückzüge der unter roten Fahnen angetretenen russischen Armeen – gefolgt von neuen deutschen Vormärschen – bedeuteten nicht nur den Anfang vom Ende der Provisorischen Regierung, sondern den Zerfall der demokratischen Massenbewegungen überhaupt.

Die Revolution wurde zur Involution, zum Kollaps aller inneren Organe des Staates und der Gesellschaft. Inmitten dieses in Hunderte kleiner und großer „Republiken“ zerfallenden Imperiums konnten die Bolschewiki – die es als eine Protest- und gleichzeitig Ordnungspartei in den

letzten demokratischen Wahlen im Oktober/November 1917 auf ein knappes Viertel der Stimmen brachten – in Petrograd, Moskau und einigen anderen russischen Städten die Staatsmacht an sich reißen. Dafür brauchten sie, da es kaum Gegenwehr gab, nur kleine Kontingente von Garnisonstruppen und Roten Garden.

## VOM WELTKRIEG ZUM BÜRGERKRIEG

Die Machteroberung der Bolschewiki vollzog sich unter dem einhelligen Beifall der deutschen Öffentlichkeit, zumal sie an der Front Züge einer einseitigen Kapitulation der russischen Armeen trug. Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldete: „Das Ziel, für das das Volk kämpfte, nämlich Vorschlag eines sofortigen demokratischen Friedens, Aufhebung des Rechtes der Grundeigentümer, Land zu besitzen, Aufsicht der Arbeiter über die Erzeugung und Bildung einer Regierung des Arbeiter- und Soldatenrates, ist gesichert.“ Der sozialdemokratische „Vorwärts“ schrieb: „Die maximalistische Regierung schafft Ordnung“, und stellte Lenin den Lesern in einer biografischen Skizze näher vor, die mit den wohlwollenden Worten endete: „Einen solchen Charakter braucht jetzt die russische Arbeiterklasse, wenn sie ihre historischen Forderungen erfüllt sehen will.“<sup>09</sup>

Der neue Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Richard von Kühlmann, erklärte in einer Niederschrift für den Vortrag beim Kaiser am 3. Dezember 1917: „Erst die Mittel, die den Bolschewiki auf verschiedenen Kanälen und unter wechselnder Etikette von unserer Seite dauernd zuflossen, haben es ihnen ermöglicht, die ‚Prawda‘, ihr Hauptorgan auszugestalten und die anfangs schmale Basis ihrer Partei stark zu verbreitern. Die Bolschewiki sind nun zur Herrschaft gelangt; wie lange sie sich an der Macht halten können, ist noch nicht zu übersehen. Sie brauchen zur Befestigung ihrer eigenen Stellung den Frieden; und auf der anderen Seite haben wir alles Interesse daran, ihre vielleicht nur kurze Regierungszeit auszunutzen.“<sup>10</sup>

<sup>09</sup> Zit. nach Alfred Opitz, Die russische Revolution des Frühjahrs 1917 im Echo führender Tageszeitungen des zeitgenössischen Deutschland, in: Osteuropa 4/1967, S. 235–257.

<sup>10</sup> Zit. nach Maschinenschriftl. Ausarbeitung mit handschriftl. Verbesserungen, 3. 12. 1917, gezeichnet: St.S. (wohl „Staatssekretär“), in: PA-AA, Deutschland Nr. 131, Geh. (Geheim), Bd. 18, Bl. 112ff.

Dagegen erklärte der General Erich Ludendorff jedem, der es hören wollte: „Die russische Revolution ist kein Glücksfall für uns gewesen, sondern die natürliche und notwendige Folge unserer Kriegsführung.“ Für die Großoffensive im Frühjahr 1918 in Frankreich, mit der er eine militärische Entscheidung zu erzwingen hoffte, bevor die amerikanische Verstärkung eintraf, forderte er im Osten „klare Verhältnisse (...) und schnelles Handeln“: großflächige Okkupationen der baltischen Gebiete und der ostpolnischen Gebiete, separate Verhandlungen mit den Ukrainern, die sich gerade für unabhängig erklärt hatten, und ein klares Diktat gegenüber den Bolschewiki, die er als bloße Glücksritter und bezahlte Marionetten für eine kurze Übergangsperiode ansah.<sup>11</sup>

Die überspannten Selbsteinschätzungen der Politiker und Militärs in Berlin fanden ihr genaues Pendant in den dramatischen, teilweise panischen Lageeinschätzungen und Ausblicken der Alliierten, die fest davon überzeugt waren, dass die Machteroberung der Bolschewiki eine „deutsche Revolution auf russischem Boden“ gewesen sei. Dem britischen Generalstabschef William Robertson zufolge würde ein effektiver deutsch-bolschewistischer Separatfrieden die Aussichten auf einen alliierten Sieg im Jahre 1918 – trotz der amerikanischen Truppen – zunichtemachen.<sup>12</sup>

Die Verkündung der „14 Punkte“ durch US-Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 war denn auch vorrangig von dem Bemühen diktiert, die Verhandlungen in Brest-Litowsk zwischen der bolschewistischen Räteregierung und den Mittelmächten zu torpedieren. Wilson erkannte die einseitige Machtusurpation der Bolschewiki – die gerade dabei waren, die frei gewählte Versammlung auseinanderzujagen – de facto an und ignorierte völlig die Unabhängigkeitserklärungen der nichtrussischen Republiken. Während er den politischen Preis für das Deutsche, das Habsburgische und das Osmanische Reich bis zur drastischen Amputation oder völligen Auflösung ihrer Staatsverbände mittels des Selbstbestimmungsrechts ihrer Völker erhöhte, verlangte er den Kolonialmächten in Paris und London wenig ab, die im Gegenteil zu den designierten Mandats- und Garantemächten der neuen Weltordnung und des neu zu gründenden „Völkerbunds“ wurden.

Lenin ließ sich von diesen Sirenengesängen nicht beirren. Dass der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk den Mittelmächten in dem auf Messers Schneide stehenden Weltkonflikt einen enormen Vorteil verschafften, war ihm selbstverständlich klar. Er nahm das nicht nur in Kauf, sondern seine Regierung verschärfte die Situation durch die einseitige Kündigung aller Bündnisverträge, die Kassierung der riesigen Kriegs- und Vorkriegsschulden Russlands sowie die Veröffentlichung der „Geheimabkommen“ über die alliierten Kriegsziele, was den deutschen Darstellungen über die Ursachen des Kriegs – nämlich den Wunsch der westlichen Mächte, das Deutsche, das Habsburger und das Osmanische Reich niederzuhalten oder aufzuteilen – weit entgegenkam.

Obwohl Lenin in seiner eigenen Partei und Regierung anfangs mit dieser Politik fast völlig allein stand, suchte er nicht nur ein stilles, taktisches Bündnis, sondern eine enge, durch eine Reihe von Zusatzverträgen sanktionierte Verbindung mit dem preußisch-deutschen Kaiserreich, trotz dessen weiträumigen Landnahmen in den ehemaligen westlichen Reichsgebieten Russlands, vom Baltikum bis zur Ukraine. Zwar konnte er allen innerparteilichen Gegnern des Diktatfriedens plausibel vorrechnen, was ein revolutionärer Widerstandskrieg bedeutet hätte. Aber die Kosten der Unterschrift waren noch ungleich höher: Die eben geschlossene Koalition mit den linken Sozialrevolutionären zerbrach; der Bürgerkrieg entbrannte jetzt an allen Fronten; das Land, auch Zentralrussland selbst, zerfiel; und die Alliierten sahen sich legitimiert, die Häfen im Norden, Süden und Osten Russlands zu besetzen, um zu verhindern, dass die dort gelagerten Waffenarsenale und Nachschubdepots den Deutschen in die Hände fielen.

Umgekehrt hätte Lenins Regime, wenn es sich dem deutschen Diktat verweigert hätte, die Unterstützung der eben unterdrückten Oppositionsparteien zurückgewinnen und sich womöglich sogar der Loyalität eines Großteils der städtischen Bürgerschaften versichern können. Genau das war der Grund, warum er diesen Weg nicht ging, sondern stattdessen den eines kompromisslos geführten, internen Bürgerkriegs, der sich nicht auf die Niederschlagung der aktiven „weißen“ Gegner beschränkte, sondern mit den Mitteln eines neuartigen, zugleich physischen und sozialen, in diesem Sinne „totalitären“ Terrors den Widerstand aus allen Schichten der Bevölkerung, einschließlich der organisierten Arbeiterschaften, brach und zerschlug.

**11** Erich Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen 1914–1918*, Berlin 1919, S. 448.

**12** Vgl. Werner Baumgart, *Deutsche Ostpolitik*, Wien–München 1966, S. 45f.

Mehr noch: Im Mai 1918, während die ausgedünnten deutschen und österreichischen Truppen, ohne auf Widerstand zu stoßen, durch die ganze Ukraine hindurch und bis zum Don vorstießen, gab er die vieldeutige Parole aus: „Lerne vom Deutschen!“; Deutschland vertrete nicht nur „den bestialisches Imperialismus, sondern auch das Prinzip der Disziplin, der Organisation, des harmonischen Zusammenwirkens auf dem Boden der modernsten maschinellen Industrie, der strengsten Rechnungsführung und Kontrolle“.<sup>13</sup> Die Aufgabe der Bolschewiki sei es, „vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn mit aller Kraft zu übernehmen“, so wie Peter der Große „die Übernahme der westlichen Kultur durch das barbarische Russland beschleunigte, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuschrecken“.<sup>14</sup>

### UMSTURZ DER VERSAILLER WELTORDNUNG

Die Leninsche Frage „Wer wen?“, das heißt wer letztlich wen für sich eingespannt hatte, beantwortete sich im Spätsommer 1918 beim Zusammenbruch der deutschen Fronten in Frankreich. Das deutsche Kaiserreich hatte den Bolschewiki mit zur Macht verholfen und sie in einer entscheidenden ersten Phase aktiv gestützt – und hatte durch die Überdehnung seiner Besatzungsgebiete im Osten entscheidend zur eigenen Niederlage beigetragen, die sich im Westen vollzog. Die Bolschewiki dagegen konnten sich nicht nur in Kernrussland behaupten, sondern im Feuer eines langen Bürgerkriegs einen neuen multinationalen Machtkader schmieden und auf dem Boden des alten zarischen Vielvölkerreichs einen neuen Suprastaat, eine „Union sozialistischer Sowjetrepubliken“, gründen.

Mehr als das: Inmitten des globalen Zusammenbruchs der Weltordnung am Kriegsausgang konnten sie eine Kommunistische Internationale (Komintern) als eine einheitliche, von der Moskauer Zentrale dirigierte bolschewistische „Weltpartei“ ins Leben rufen, die der globalen Umwandlung des Weltkriegs in einen Weltbürgerkrieg dienen sollte. Über alle sozialen Kon-

flikte hinaus war sie als eine Art „Gegen-Völkerbund“ konzipiert, der zusammen mit einer aktiven sowjetischen Außenpolitik ein Bündnis mit allen möglichen nationalrevolutionären und revisionistischen Bestrebungen schmieden und so die von den westlichen Siegermächten dominierte „Versailler Weltordnung“ zu Fall bringen sollte.

Zwar blieb der Einfluss der überall entstehenden, von Moskau geführten und finanzierten kommunistischen Kampfbünde und Kaderparteien auf die modernen Sozialbewegungen und Klassenkämpfe des Zeitalters beschränkt, trotz der rasenden Nachkriegsinflation und der 1929 beginnenden kapitalistischen Weltwirtschaftskrise. Die neue sowjetische Führung um Stalin konnte aber die Widersprüche zwischen den „alten“ (hegemonialen) und den „neuen“ (revisionistischen) Mächten aktiv nutzen, um mal mit der einen und mal mit der anderen Seite eine eigene Weltpolitik zu betreiben, allen voran mit dem besiegten und „geknebelten“ Deutschen Reich. Hitler war es, der 1933 die mehr als zehnjährige konspirative Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee beendete, nur um im August 1939 durch einen neuen Pakt mit Stalin den Zweiten Weltkrieg gegen den Westen zu eröffnen.

Wenn Stalin dem Chef der Komintern, Georgi Dimitroff, Tage nach Kriegsbeginn erklärte, Hitler werde eine Zeitlang „gute Dienste bei der Zerschlagung des Weltkapitalismus“ tun, dürfte er sich ganz auf der Linie von Lenins kühner Nutzung des vergeblichen deutschen Griffs nach Weltmacht gesehen haben. Nur waren Hitlers Visionen eines arisch-germanischen Weltreichs Pläne ganz anderen, wahnwitzigeren Formats – die sich im Juni 1941 mit einer verheerenden Wucht gegen die überrumpelte Rote Armee richteten.

Nicht proletarische Klassenkämpfe haben somit den Weg für die Serie kommunistischer Machteroberungen und Staatsgründungen im 20. Jahrhundert eröffnet, die schließlich „von der Elbe bis zum Jangtse“, von Osteuropa und Jugoslawien über Vietnam und Korea bis nach China reichten, sondern die beiden imperialistischen Weltkriege, die – wie Lenin jedenfalls begriffen hat – Weltrevolutionen eigener, monströser Art gewesen sind.

### GERD KOENEN

ist promovierter Historiker und Publizist. Im September 2017 erscheint sein Werk „Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus“. [gerd.koenen@t-online.de](mailto:gerd.koenen@t-online.de)

**13** Wladimir I. Lenin, Die Hauptaufgabe unserer Tage, in: LW, Bd. 27, Berlin (Ost) 1960, S. 150.

**14** Ders., Über „Linke“ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, in: ebd., S. 333.

# DIE RUSSISCHE REVOLUTION UND DER GLOBALE SÜDEN

*Tobias Rupprecht*

Die Russische Revolution ließ kaum ein Land der Welt unberührt. Sie löste die erste globale politische Massenbewegung aus, die Menschen verschiedenster Ethnien und Kulturen, Männer wie Frauen, Arbeiter wie Intellektuelle einschloss. Sie radikalisierte eine Generation von Sozialisten, und sie inspirierte Künstler weltweit. Auch die literarische Avantgarde in Mexiko war begeistert: „Russlands Lungen blasen zu uns, den Wind der sozialen Revolution“, schrieb der mexikanische Dichter Manuel Maples Arce in seinem 1924 erschienenen Werk „Die Stadt. Ein bolschewistisches Über-Gedicht in fünf Gesängen“.<sup>01</sup> Die von ihm begründete Estridentismo-Bewegung forderte, überkommene künstlerische Formen über Bord zu werfen, so wie die Revolutionen ihrer Zeit überkommene politische Systeme hinweggefegt hatten. Doch viele Künstler und Denker in Russland standen selbst im eisigen Gegenwind der Revolution: Schon 1921 wurde Nikolai Gumiljow, führender Vertreter der Akmeisten und Afrika-Enthusiast, zusammen mit Hunderten Intellektuellen in Petrograd einer fabrizierten Verschwörung bezichtigt und als Warnung an die kritische russische Intelligenz von den Bolschewiki kurzerhand erschossen.

Der jahrzehntelangen Faszination für die Russische Revolution im globalen Süden tat ihre von Beginn an unfassbare Gewaltgeschichte keinen Abbruch. Kolonialherrschaft, wirtschaftliche Unterentwicklung und soziale Ungleichheit – und deren geschickte Instrumentalisierung durch die sich formierende Sowjetunion – nährten in weiten Teilen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eine verklärende Sicht auf den russischen Herbst 1917.

## GESCHEITERTE WELTREVOLUTION

Als die Bolschewiki im Oktober 1917 der Provisorischen Regierung die Macht entrissen und die sozialistische Revolution ausriefen,<sup>02</sup> hörten die Völker die Signale: Studenten von Peking bis Cór-

doba schlossen sich in revolutionären Verbänden zusammen. Kubanische Tabakarbeiter und Unabhängigkeitsaktivisten in Niederländisch-Indien gründeten ihre eigenen Räte, die sie nach russischem Vorbild „Sowjets“ nannten. Protest- und Streikwellen gingen um die Welt. Karl Marx und Lenin gesellten sich zu Montezuma und Emiliano Zapata als Helden der zeitgleich verlaufenden Mexikanischen Revolution. In den europäischen Kolonialreichen in Asien und Afrika radikalisierten sich nationale Befreiungskämpfer und sahen sich nun als Teil einer globalen Bewegung. Mit den russischen Kommunisten teilten viele von ihnen einen messianischen Glauben an eine Wende zu globaler Gerechtigkeit durch Vernichtung allen Übels. Durch die Bolschewiki wurde Russland so zum Zentrum der Auflehnung gegen die globale Hegemonie des Westens.

Für Lenin war der Zweck der Revolution in Petrograd die Vorbereitung der kommunistischen Weltrevolution gewesen. Ursprünglich dachte er aber erst an Revolutionen in den entwickelten Industrieländern des Westens, die dann, wenn die gesellschaftlichen Bedingungen es erlaubten, in den kolonialen Territorien fortgesetzt würden. Besondere Hoffnung setzte die 1919 in Moskau gegründete Kommunistische Internationale (Komintern) auf das Proletariat des Deutschen Reiches. Doch noch im gleichen Jahr scheiterte in Berlin der Spartakusaufstand, bei dem die Regierung mit Freikorps gegen kommunistische Aufständische vorging. Schließlich vereitelte im „Deutschen Oktober“ 1923 die Reichsregierung den letzten Versuch, die Weltrevolution nach Deutschland zu holen.

In Moskau hatte man da bereits einen stärkeren Fokus auf koloniale Territorien in Asien und Afrika gelegt. Der Parteitheoretiker und spätere Komintern-Vorsitzende Nikolai Bucharin argumentierte, koloniale Aufstände würden die imperialistischen Mächte von ihren Märkten und Rohstoffen abschneiden und damit die Krise des

Kapitalismus beschleunigen.<sup>03</sup> Um die „Völker des Orients“ gegen ihre imperialen Herren aufzubringen, war deren zahlenmäßig schwindend geringes Proletariat aber nicht genug. Die Komintern legte sich deshalb auf ihrem zweiten Weltkongress 1920 darauf fest, Bündnisse mit „bourgeois Nationalisten“ zu schmieden. Lenin und Bucharin lieferten den theoretischen Unterbau für diese fundamentale Neuorientierung des Marxismus. Der damalige Komintern-Vorsitzende Grigori Sinowjew rief beim Kongress der Völker des Ostens in Baku Tausende Teilnehmer aus Turkestan, der Türkei, Persien und der arabischen Welt zum Dschihad gegen den britischen Imperialismus auf.<sup>04</sup>

Lenins Schriften zum Imperialismus wurden in zahlreiche Sprachen übersetzt und über die Komintern weltweit verteilt. In der Mongolei, wo Peking die Kontrolle verloren hatte, präsentierte sich der Bolschewismus gegenüber dem globalen Süden als Pfad zu nationaler Unabhängigkeit und staatlich forcierter Modernisierung. Die Rote Armee und eine kleine Gruppe mongolischer Unabhängigkeitskämpfer hatten 1921 die Stadt Urga erobert. Die neuen Herrscher machten daraus Ulan Bator („Roter Held“), die Hauptstadt der ersten kommunistischen Volksrepublik, und gestalteten das Land nach sowjetischem Vorbild um.

Transnationale Komintern-Agenten trugen die Ideen und Praktiken der Oktoberrevolution in den Rest der Welt: Jules Humbert-Droz aus der Romandie war an der Gründung der kommunistischen Parteien (KP) in Argentinien und der Schweiz beteiligt. Der in den USA ausgebildete Weißrusse Michail Borodin reiste durch Lateinamerika, Skandinavien und die Türkei, um beim Aufbau revolutionärer Kader zu helfen. Tan Malaka, indonesischer Komintern-Aktivist, pendelte jahrelang zwischen Südostasien, der Sowjetunion, den Niederlanden und den Philippinen. Der Inder Manabendra Nath Roy gründete noch im Dezember 1917 den Vorläufer der KP Mexikos, dann kommunistische Kadenschmieden im sowjetischen Zentralasien und einige Jahre später die KP Indiens. Der niederländische Sozialist Henk „Maring“

Sneevliet forderte indonesische Sozialisten auf, dem Beispiel Russlands zu folgen. Borodin, Roy und Maring trafen schließlich in China aufeinander, wo sie sowohl beim Aufbau der KP Chinas mithalfen als auch enorme sowjetische Unterstützung für die chinesischen Nationalisten unter Sun Yat-Sen organisierten.

Um weitere Anhänger aus dem globalen Süden für die Sache der Revolution zu gewinnen, organisierte die Komintern Besuche in die Sowjetunion. Der rebellische brasilianische Offizier Luís Carlos Prestes wurde aus seinem bolivianischen Exil nach Moskau geholt, um dort die brasilianische Revolution vorzubereiten (die 1935 scheiterte). Ein eigenes „Negerbüro“ der Roten Gewerkschafts-Internationale versammelte führende Köpfe des Panafrikanismus wie den Trinidadier George Padmore, den Jamaikaner Marcus Garvey und afroamerikanische Künstler der Harlem-Renaissance. Als besonders fruchtbares Terrain zur Gewinnung künftiger kommunistischer Kader erwies sich Paris, wo zahlreiche Intellektuelle aus Lateinamerika sowie den asiatischen und afrikanischen Kolonien lebten. Schon 1925 schätzte die französische Polizei, dass ein Viertel aller etwa 4000 Chinesen in Paris Kommunisten geworden seien.<sup>05</sup> Die vom deutschen Kommunisten Willi Münzenberg finanzierte Liga gegen den Imperialismus und koloniale Unterdrückung in Brüssel umwarb antikoloniale Prominente wie den Gründer der peruanischen Alianza Popular Revolucionaria Americana (APRA), Víctor Haya de la Torre, und den Präsidenten des African National Congress (ANC), Josiah Gumede. Auf ihren Reisen in die junge Sowjetunion der 1920er Jahre wurden sie als Befreiungshelden gefeiert. Der Kontrast zu Verfolgung und Diskriminierung im Westen überzeugte auch viele Nichtkommunisten vom sowjetischen Wohlwollen gegenüber dem globalen Süden. Jawaharlal Nehru, erster Ministerpräsident des unabhängigen Indiens, war 1927 durch die Sowjetunion geführt worden und erinnerte sich später: „Sowjetrussland, trotz einiger unerfreulicher Aspekte, übte eine starke Faszination auf mich aus, und es schien der Welt eine Nachricht der Hoffnung zu verkünden.“<sup>06</sup>

**01** Manuel Maples Arce, Urbe. Súper-poema bolchevique en 5 cantos, Mexiko 1924.

**02** Siehe hierzu auch den Beitrag von Manfred Hildermeier in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

**03** Dietrich Beyrau, Petrograd. Die russische Revolution und der Aufstieg des Kommunismus, München 2001, S. 231–249.

**04** Christopher Andrews, The KGB and the World, London 2005, S. 2.

**05** Vgl. Michael Goebel, Anti-Imperial Metropolis. Paris and the Seeds of Third-World-Nationalism, Cambridge MA 2015, S. 181.

**06** Zit. nach Laxman Singh Rathore, Political Ideas of Jawaharlal Nehru, in: Sobhag Mathur/Shankar Goyal (Hrsg.), Spectrum of Nehru's Thought, New Delhi 1994, S. 1–32, hier S. 25.

In der Sowjetunion der 1920er und 1930er Jahre erhielten viele künftige postkoloniale Eliten darüber hinaus eine jahrelange Ausbildung. An der Universität für die Werktätigen des Orients, 1921 in Moskau gegründet und 1930 nach Taschkent verlegt, trafen Malaien auf Algerier, Tibeter auf Maoris, Fidschianer auf amerikanische Indianer und türkische Poeten auf deutschsprachige Kameruner wie Joseph Ekwe Bilé, den Gründer der Berliner „Liga zur Verteidigung der Negerrasse“. Hier lernten unter anderem der vietnamesische Revolutionär Ho Chi Minh, Kenias erster Ministerpräsident Jomo Kenyatta und zahlreiche ANC-Aktivistinnen marxistisch-leninistische Theorie und revolutionäre Praxis. Alte bolschewistische Haudegen teilten ihre Erfahrung in Untergrundarbeit, Militärtaktiken sowie Gewerkschafts- und Parteaufbau; aber auch Mathematik, Russisch und Philosophie standen auf dem Stundenplan. Die meisten Chinesen in der Sowjetunion studierten an der 1925 gegründeten Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau. Ein beträchtlicher Teil der künftigen kommunistischen Funktionärselite, darunter auch die in Paris angeworbenen Deng Xiaoping und Tschu Enlai, erhielt hier seine ideologische Prägung.

#### ILLIBERALER ANTIIMPERIALISMUS

Trotz aller Mühen der Komintern folgte auf die Russische Revolution keine Weltrevolution. Stattdessen hatte der Umsturz der Bolschewiki die Ansätze sowohl eines liberalen parlamentarischen Systems als auch alternativer sozialistischer Modelle in Russland zerstört. Lenin schuf einen neuen Typ autoritärer Herrschaft, für dessen Legitimation er auch den Nationalismus nicht-russischer Völker des Zarenreichs nutzte. Zusammen mit Bucharin entwarf er ein wirkmächtiges Deutungsmuster des Imperialismus als Auswuchs des Kapitalismus, das auch auf den globalen Süden übertragen wurde. Antiimperialismus bedeutete nun eine affirmative Haltung zum Nationalismus und die Ablehnung politischen Pluralismus und wirtschaftlichen Liberalismus. Antikoloniale Bewegungen weltweit erhielten mit diesem illiberalen Antiimperialismus einen theoretischen Unterbau und eine gemeinsame Sprache. Auch spätere Generationen von Antiimperialisten, die sich explizit von der Sowjetunion distanzieren, stehen in dieser auf Lenin zurückgehenden Tradition: vom französischen Vordenker der Dekolonisati-

on Frantz Fanon und den Befreiungsbewegungen der 1960er Jahre über den deutsch-amerikanischen Ökonomen André Gunder Frank und der latein-amerikanischen Dependencia-Theorie bis hin zu säkularen und islamistischen Antizionisten.

Bis zur Russischen Revolution waren marxistische Theoretiker wie die Liberalen für einen grenzenlosen Markt und gegen Wirtschaftsnationalismus eingetreten. Marx und die Sozialdemokraten des 19. Jahrhunderts sahen den protektionistischen Staat als Repressionsinstrument der Bourgeoisie, den kapitalistischen Freihandel dagegen als historisch notwendige Etappe, die das Weltproletariat vor der sozialistischen Revolution zusammenbrächte.<sup>07</sup> Doch im revolutionären Russland hatten die Kommunisten Marx' historischen Determinismus auf den Kopf gestellt – und sich zunächst mehr um den Machterhalt als um die Wirtschaft gekümmert. Bucharin wandte sich schließlich 1918 gegen die europäischen Sozialisten und sprach sich für einen völlig verstaatlichten Außenhandel aus. Lenin, vor allem an staatlicher Kontrolle der Gesellschaft im Russischen Bürgerkrieg interessiert, ließ sich von Walther Rathenau's Modell der zentral gelenkten Planwirtschaft inspirieren, die die Ressourcenverteilung im militaristischen Deutschen Reich während des Ersten Weltkriegs gewährleistet hatte. Sozialismus bedeutete von nun an staatliche Kontrolle zumindest der Kommandohöhen der Wirtschaft.<sup>08</sup>

Auch der Aufbau politischer Strukturen nach 1917 erfolgte gemäß den Erfordernissen des Bürgerkriegs und der konstant bedrohten Herrschaft der Bolschewiki. Ihren Sieg verdankten die Kommunisten schließlich ihren effizienten Kommandostrukturen und der Organisations- und Ordnungsleistung des leninistischen Einparteiensystems. Dessen Erfolg war wohl das wirkmächtigste Signal, das von der Russischen Revolution ausging. Der Machterhalt der Bolschewiki im Russischen Bürgerkrieg bewies, dass man mit einer straff organisierten Minderheit in agrarisch-rückständigen Weltregionen nicht nur ein Ancien Régime stürzen, sondern sich auch langfristig dem Westen widersetzen und seine eigenen Modernisierungsvorstellungen durchsetzen kann. Die Komintern bestand daher darauf, dass alle Mitglie-

<sup>07</sup> Vgl. Reza Ghorashi, *Marx on Free Trade*, in: *Science & Society* 1/1995, S. 38–51, hier S. 43.

<sup>08</sup> Siehe Daniel Yergin/Joseph Stanislaw, *The Commanding Heights*, New York 1998, S. 12.

derparteien sich an den leninistischen Kader- und Kommandotyp anpassten, und schloss alle Gruppierungen aus, die sich verweigerten.<sup>09</sup>

Nicht nur Marxisten sahen die im Stahlbad von Revolution und Bürgerkrieg geschaffene Kaderpartei als einen effizienten nichtwestlichen Weg zu moderner nationaler Staatlichkeit. Dieser Aspekt der Russischen Revolution stand besonders im kolonialen Asien und Afrika im Vordergrund der Wahrnehmung. Unter Einfluss von Kommunisten gründete sich 1941 die vietnamesische nationale Befreiungsbewegung Viet Minh gemäß den straffen Organisationsprinzipien der leninistischen Kaderpartei – inklusive Zellenstruktur, „demokratischem Zentralismus“ und schießfreudigem Sicherheitsapparat. Auch die chinesischen Nationalisten der Kuomintang kopierten Lenins Kommandostrukturen unter direkter Anleitung von sowjetischen Militärberatern und Komintern-Agenten – bis 1927 Tschiang Kai Schek Tausende chinesische Kommunisten massakrieren ließ und Stalin daraufhin die Zusammenarbeit mit „bourgeois Nationalisten“ vorerst beendete. Dennoch inspirierte das Einparteiensystem weiterhin nicht-marxistische Bewegungen und Potentate der Zwischenkriegszeit: Atatürk, die italienischen Faschisten und auch die Nationalsozialisten übernahmen teilweise Parteistrukturen, Propagandatechniken, Mobilisierungsstrategien, Massenorganisationen und wirtschaftliche Konzepte wie die Fünfjahrespläne von den antiwestlichen Modernisierern im Osten. Und Sayyid Qutb, Gründer der Muslimbruderschaft, übernahm Lenins Ideen einer radikalen antiwestlichen revolutionären Avantgarde – freilich ohne deren antireligiöse Komponente.<sup>10</sup>

Mit der Machtübernahme Stalins und seiner Verkündung des „Sozialismus in einem Land“ schwand zunächst das sowjetische Interesse am globalen Süden. Leo Trotzki, Vordenker der Weltrevolution, wurde in Stalins Auftrag in Mexiko ermordet. Als 1943 die Komintern aufgelöst wurde, waren viele ihrer Agenten bereits in Moskau hingerichtet worden. Die KPs des globalen Südens hatten diese „Säuberungen“ mit zahlreichen Parteiauschlüssen imitiert und waren stets der Moskauer

Parteilinie gefolgt, die mehr und mehr sowjetische Staatsinteressen statt der Ideale des Weltkommunismus vertrat. Damit verloren die KPs in den meisten Ländern ihren ohnehin schwachen Rückhalt in der Bevölkerung. Nach sowjetischen Schätzungen gab es am Vorabend des Zweiten Weltkriegs auf dem ganzen afrikanischen Kontinent gerade einmal 5000 Kommunisten.<sup>11</sup> Aber der militärische Sieg der Sowjetunion über das „imperialistische“ Deutschland und der darauffolgende ideologische Konflikt mit den „kapitalistischen“ USA sorgten für eine anhaltende globale Wirkmächtigkeit der Russischen Revolution im globalen Süden. Während das sowjetische System in weiten Teilen Osteuropas und in Nordkorea auf den Bajonetten der Roten Armee exportiert wurde, suchten ab Ende der 1940er Jahre lokale Eliten in Afrika, Lateinamerika und den restlichen Teilen Asiens wieder aus eigenem Antrieb Inspiration in Moskau.

In China waren sowohl Tschiang Kai Scheks nationalistische Kuomintang als auch Mao Tse-tungs KP mit sowjetischer Unterstützung nach leninistischem Vorbild geschaffen worden. Als sich Mao 1949 endgültig im Chinesischen Bürgerkrieg durchsetzen konnte, holte er Zehntausende sowjetische Spezialisten ins Land, die im umfangreichsten Entwicklungshilfeprogramm der Weltgeschichte den chinesischen Staat nach sowjetischem Muster neu erschufen. Weitere Zehntausende Chinesen erhielten ihre Ausbildung in der UdSSR und richteten nach ihrer Rückkehr das Wirtschaftssystem, das Bildungs-, Gesundheits- und Rechtswesen, die Massenmedien und auch die chinesische Architektur und Malerei am sowjetischen Vorbild neu aus. Maos Sicherheitschef Kang Sheng, selbst ein ehemaliger Komintern-Agent, der noch in den 1930er Jahren in Moskau die Methoden von Stalins Sicherheitsapparat studiert hatte, errichtete nun das chinesische Sicherheitsministerium Gonganbu: Nach dem Vorbild des Gulag schuf er das chinesische Straflagersystem Laogai und initiierte stalinistische Säuberungen innerhalb der KP Chinas.

Von den 1950er bis in die 1980er Jahre übernahm eine ganze Reihe weiterer Staaten der sich formierenden Dritten Welt nach eigenständigen Revolutionen das aus der Oktoberrevolution hervorgegangene sowjetische Gesellschaftsmodell. Ho Chin Minhs kommunistisches Nordvietnam

<sup>09</sup> Vgl. Victor Augusto Piemonte, *La Internacional Comunista y los comienzos del Secretariado Sudamericano a través de la sistematización regional del proceso de bolchevización*, in: *Historia Crítica* 64/2017, S. 101–118.

<sup>10</sup> Vgl. Odd Arne Westad, *The Global Cold War*, Cambridge 2007, S. 46–57; Steven Marks, *How Russia Shaped the Modern World*, Princeton 2003, S. 299–232.

<sup>11</sup> Siehe Zbigniew Brzezinski, *Africa and the Communist World*, Stanford 1963, S. 237.



exportierte es ab Mitte der 1970er Jahre weiter in den Süden des Landes, nachdem sich die USA zurückgezogen hatten; daraufhin auch nach Laos, und in den 1980er Jahren nach Kambodscha, wo es den Autogenozid der von China unterstützten Roten Khmer mit einer Invasion beendete. Kuba unter Fidel Castro passte sich nach einer relativ eigenständigen ersten postrevolutionären Dekade ab Ende der 1960er Jahre vollständig an das sowjetische Parteimodell an. In den 1960er und 1970er Jahren schien sich so für manche sowjetische Internationalisten zu erfüllen, was während des Stalinismus gescheitert war: „Das Echo unserer baltischen Aurora hallt um die ganze Welt“, schrieb der Dichter Dmitry Kovalev, „Grüße Afrika, Grüsse weit entferntes Kuba!“<sup>12</sup> Südjemen und Somalia stießen in den 1970er Jahren freiwillig zum sowjetischen Lager; nach dem Zerfall des portugiesischen Kolonialreichs auch Angola, Mosambik und Guinea-Bissau.

Der umfangreichste Import von Ideen der Oktoberrevolution in die Dritte Welt erfolgte ab Mitte der 1970er Jahre in Äthiopien. Als sich der Armeegeneral Mengistu Haile Mariam nach dem Sturz des äthiopischen Kaisers Haile Selassie als neuer starker Mann des christlich-orthodox geprägten Landes etablierte, suchte er – wie schon einige seiner nichtmarxistischen Vorgänger – Unterstützung in Moskau. Um ihre Gewaltexzesse gegenüber politischen Gegnern und der hungernden einfachen Bevölkerung zu rechtfertigen, verwendeten die äthiopischen Kommunisten explizit das Vokabular des Russischen Bürgerkriegs: Kategorien wie „Roter Terror“ und „Weiße Reaktion“ wurden den grundsätzlich verschiedenen Gegebenheiten am Horn von Afrika übergestülpt; lokale Konflikte als Klassenkämpfe zwischen Feudalherren, Kapitalisten und Proletariat interpretiert. Noch 1984 auf dem Gründungskongress der marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei Äthiopiens, erklärte sich diese stolz als „Erbin der Großen Oktoberrevolution“.<sup>13</sup>

#### EXPORTSCHLAGER EINPARTEIENSTAAT

Die sozialistische Welt, deren Regime sich unmittelbar auf die Oktoberrevolution beriefen, umfasste zu Beginn der 1980er Jahre etwa ein Drit-

tel der Weltbevölkerung. Das sowjetische Modell hatte darüber hinaus aber noch enorme Auswirkungen auf viele andere postkoloniale Staaten. Im Zuge der Dekolonisierung waren überall im globalen Süden traditionelle Quellen von Autorität und politischer Legitimität in agrarischen Gesellschaften zusammengebrochen. Für deren postkoloniale Eliten bot der leninistische Einparteiensstaat einen reproduzierbaren nichtwestlichen Modellpfad zu moderner Staatlichkeit. Das Kaderprinzip verlangte höchste Disziplin und ideologische Treue von den Parteimitgliedern, die aber alle austauschbar blieben. Über lokale Parteikomitees und -zellen in Gewerkschaften, Schulen, Universitäten und Militär penetrierte und kontrollierte das Parteivolk die Gesellschaft. Der Politologe Samuel Huntington hatte schon in den 1960er Jahren diese Schaffung postrevolutionärer politischer Ordnung und moderner Staatlichkeit als die genuine Leistung des Weltkommunismus, ja als das einflussreichste politische Konzept des 20. Jahrhunderts gesehen.<sup>14</sup>

In einigen multiethnischen Ländern des globalen Südens war es wohl in der Tat nur dem autoritären Sozialismus leninistischer Prägung zu verdanken, dass die zum *nation building* erforderliche politische Stabilität erhalten blieb. So konnten etwa Sukarno, erster Präsident von Indonesien, und Julius Nyerere, erster Regierungschef des unabhängigen Tansanias, mit der sozialistischen Rhetorik und der Organisationsleistung ihrer von Lenin inspirierten Massenparteien ethnische Konflikte im Zaum halten und somit die territoriale Integrität gewährleisten. In der ehemaligen britischen Goldküste schuf der antikoloniale ghanaische Befreiungsheld Kwame Nkrumah einen sozialistisch geprägten Einparteiensstaat, der auf der Macht der Convention People's Party basierte, und ließ sich dabei von George Padmore, dem ehemaligen Chef des kommunistischen „Negerbüros“, beraten. Auch Sekou Touré, erster Präsident des unabhängigen Guineas, und Modibo Keita, in den 1960er Jahren Staatspräsident in Mali, hatten über ihre früheren Kontakte mit europäischen KPs das sowjetische Modell kennengelernt und übernahmen mit großzügiger Unterstützung aus Moskau Elemente daraus für ihren eigenen Staatsaufbau. Hinter einer Fassade der Demokratie und sozialistischer Rhetorik erlaubte

<sup>12</sup> Nikolaj Anciverov/Sergej Polikarpov, Tebe Kuba! Stichi, Moskau 1961.

<sup>13</sup> Siehe Westad (Anm. 10), S. 250–287.

<sup>14</sup> Vgl. Samuel Huntington, Political Order in Changing Societies, New Haven 1968.

dies die zentrale Kontrolle aller entscheidenden gesellschaftlichen Systeme: von Bildung und Medien über die Wirtschaft hin zu den Sicherheitsorganen – nicht hinreichend jedoch über das Militär, das in den 1960er und 1970er Jahren viele dieser euphorischen sozialistischen Experimente beendete, aber gerne auf die geschaffenen Repressionsorgane zurückgriff. In Zaire etwa verließ sich der vom Westen gestützte Diktator Mobutu Sese Seko, trotz seines militanten Antikommunismus, ebenfalls auf ein Einparteiensystem inklusive Politbüro.<sup>15</sup>

Auch in Asien und dem Nahen Osten erfreute sich das Einparteiensystem großer Beliebtheit unter postkolonialen Regimen. Nach ihrer Niederlage zog sich die leninistisch organisierte Kuomintang nach Taiwan zurück und herrschte dort bis in die 1980er Jahre als Staatspartei. Der griechisch-orthodoxe Syrer Michel Aflaq, auch er einst kommunistischer Student im Paris der 1920er Jahre, bezog sich auf die Organisationsleistung Lenins, als er 1947 die Baath-Partei aus der Taufe hob. Seit 1963 regiert sie in Syrien; später mit einem Ableger lange Zeit im Irak.

Besonders Militär und Geheimdienste vieler arabischer Staaten arbeiteten eng mit der Sowjetunion zusammen: Hafiz al-Assad, Vater Baschar al-Assads Vater, durchlief seine militärische Ausbildung in der UdSSR; ebenso sein Bruder Rifaat, der den machtvollen syrischen Sicherheitsapparat aufbaute, sowie ein beträchtlicher Teil der ägyptischen Sicherheitsorgane bis Ende der 1970er Jahre. Darüber hinaus lieferte die Sowjetunion gigantische Mengen an Waffen an befreundete Regime des globalen Südens und trug so dazu bei, dass die Gewalttradition der Oktoberrevolution fortgeführt wurde.

## SCHLUSS

Die auf die Russische Revolution projizierten Erlösungsfantasien von Intellektuellen erhielten durch die Gewaltgeschichte des Kommunismus einige Dämpfer, hielten aber fast bis zum Ende der Sowjetunion an. Noch 1978 schrieb der südafrikanische Schriftsteller und Antipartheidaktivist Alex La Guma: „Die Oktoberrevolution 1917 öffnete eine neue Ära der Weltgeschichte

(...) für die Millionen in den Entwicklungsländern, die Opfer von Kolonialismus, Unterdrückung von Nationen und Ungleichheit.“<sup>16</sup> Unter dem Strich blieb wenig von diesen Hoffnungen auf emanzipatorische Effekte des bolschewistischen Umsturzes – weder in Russland noch im globalen Süden. Was einst als verheißungsvolle Epochenwende gefeiert wurde, erscheint aus der Warte des hundertjährigen Jubiläums eher als ein Teil katastrophaler Fehlentwicklungen, die sich aus der Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs ergaben. Zu den Abermillionen Toten durch politischen Terror, Säuberungen und Hungersnöte in der kommunistischen Welt stießen weitere zahllose Opfer von Kontroll- und Planungsutopien im globalen Süden, die sicher nicht nur die Russische Revolution allein verursachte, aber dennoch nachhaltig von ihr geprägt waren.

Die auf Lenin und Bucharin zurückgehende Verbindung von Sozialismus mit staatlicher Kontrolle der Wirtschaft erwies sich als besonders verhängnisvoll für viele Länder Afrikas und Lateinamerikas. China, Vietnam und Laos hingegen zeigen heute, dass eine Verbindung von leninistischem Autoritarismus und deregulierter Wirtschaft ein tragfähiges illiberales Konzept moderner Staatlichkeit sein kann. Lenins Schatten schwebt sowohl über vielen heutigen politischen Systemen des globalen Südens als auch über antiimperialen Denkmustern, wird aber in der Regel nicht als solcher wahrgenommen. Es sieht dementsprechend nicht danach aus, als würde das hundertjährige Jubiläum der Russischen Revolution nennenswerte politische Wirkmacht entwickeln. Als zahlreiche Medien Anfang 2017 kalauernd die Rückkehr Lenins in Lateinamerika verkündeten, war das kein Hinweis auf eine erneute Verklärung der Bolschewiki. Gemeint war Lenín Moreno, frisch gebackener Präsident Ecuadors, der wie zigtausende Lateinamerikaner, Südafrikaner und Inder seiner Generation einen Namen trägt, der an die großen Hoffnungen erinnert, die die Russische Revolution jahrzehntelang im globalen Süden weckte.

## TOBIAS RUPPRECHT

ist promovierter Historiker an der University of Exeter. Seine Forschungsschwerpunkte sind Lateinamerikanische und Osteuropäische Geschichte, die Rolle von Kultur und Religion in Internationalen Beziehungen sowie wirtschaftliche Ideengeschichte.

t.rupprecht@exeter.ac.uk

<sup>15</sup> Vgl. Maxim Matusevich, *Africa in Russia. Russia in Africa*, Trenton 2007.

<sup>16</sup> Alex La Guma, *A Soviet Journey*, Moskau 1978, S. 229.

# ERINNERUNG AN DIE RUSSISCHE REVOLUTION IM HEUTIGEN RUSSLAND

*Ekaterina Makhotina*

Im August 2007 prophezeite der liberale Oppositionelle Wladimir Ryschkow den Ausbruch einer Revolution im Jahre des hundertsten Jubiläums der Russischen Revolution. Seine Vision begründete er mit der Schwäche der demokratischen Institutionen und mit der anhaltenden wirtschaftlichen Krise. Diese beiden Faktoren würden das Vertrauen des Volkes in den „Autokraten“, Präsident Wladimir Putin, schwächen und zum Umsturz führen.<sup>01</sup> Steht die Revolution also kurz bevor? Tatsächlich verdeutlichten die Demonstrationen Ende März und am 12. Juni 2017, zu denen der Oppositionspolitiker Alexej Nawalny aufgerufen hatte, die Unzufriedenheit vieler mit der Führung des Landes, und sie offenbarten ein großes Protestpotenzial. Ähnlich wie im Februar 1917, als Rufe wie „Weg mit dem Zaren“ erklangen und die Marseillaise gesungen wurde, riefen die Demonstranten 2017 „Weg mit Putin“ und stimmten die Nationalhymne Russlands an.

Es gibt jedoch einen wichtigen Unterschied: Der Protest 2017 stellte sich bewusst nicht als revolutionäre Bewegung dar. Ist der Grund hierfür die Revolutionsmüdigkeit der Menschen? Oder ist das geschichtspolitische Mantra der russischen Führung, „Nie wieder Revolution“, so wirkungsmächtig? Im Folgenden soll den Fragen nachgegangen werden, welche Rolle die Revolutionserinnerung in der heutigen Geschichtspolitik Russlands spielt und welche gesellschaftlichen Diskurse die Diskussion um das Jahr 1917 prägen.

## REVOLUTION ALS UNBEQUEME ERINNERUNG

Es ist bemerkenswert, dass das hundertste Jubiläum der Russischen Revolution, ihr Erbe und die „historischen Lehren“ sehr spät zum Gegenstand der offiziellen Geschichtspolitik wurden. Erst im Dezember 2016, in einer Rede vor der Fö-

deralversammlung, formulierte Wladimir Putin die Hauptlinie des Erinnerungsdiskurses für das Gedenkjahr 2017 – elf Monate vor dem Jahrestag der Oktoberrevolution und nur zwei Monate vor dem der Februarrevolution. Der Vergleich mit den langfristigen Vorbereitungen für andere Feierlichkeiten, etwa zu denen des „Tags des Sieges“ am 9. Mai, macht die marginale Bedeutung der Revolutionsfeiern deutlich.

Die historische Lehre der Revolution besteht in der „Versöhnung“ und der „nationalen Eintracht“, so Putin.<sup>02</sup> Die Hauptbotschaft des Gedenkjahres ist: Die Revolution darf sich nicht wiederholen – eine Botschaft, die über unterschiedliche Ausstellungen, Vortragsreihen und Reenactments vermittelt werden soll. Mit der Umsetzung betraute Putin die Russländische Historische Gesellschaft – eine semistaatliche Institution unter dem Vorsitz seines Vertrauten Sergej Naryschkin.

Das Motiv „Versöhnung“ soll auch in Denkmalform verfestigt werden: Für den 4. November 2017 ist die Eröffnung eines Versöhnungsdenkmal in Sewastopol auf der Krim geplant. Laut dem Kulturminister Wladimir Medinski soll dieses Denkmal an die Opfer beider Bürgerkriegsparteien, der „Roten“ und der „Weißen“, erinnern und die Tragik der nationalen Spaltung 1917 verdeutlichen.<sup>03</sup> Der Ort für die Denkmalerrichtung ist symbolträchtig: Er verweist einerseits auf den historischen Ort des Bürgerkriegsendes im europäischen Teil Russlands – von der Krim verließen die Reste der geschlagenen Weißen Armee 1920 Russland.<sup>04</sup> Andererseits wird die „Versöhnungsfrage“ in die Gegenwart projiziert und damit ein nationaler Konsens in der aktuellen Frage der Zugehörigkeit der Krim beschwört.

Die „Versöhnung“ als sinngebende Logik der Revolutionserinnerung ist nicht minder bemerkenswert als der späte Zeitpunkt der Rede zu den Jubiläumsplänen. Wird doch „die Heil-

kraft des Vergessens“ meistens sofort nach der Beendigung eines Bürgerkriegs, als innere Befriedung, verordnet. In Russland liegen hundert Jahre dazwischen, und doch ist das Motiv der Versöhnung für die aktuelle politische Führung sehr wichtig. Dies äußert sich in den politischen Reden, der kollektiven Erinnerung und der offiziellen Geschichtspolitik.

### Politische Reden

In den Reden vor der Duma und im Kreml wird der Begriff der Revolution negativ besetzt. Mit Verweis auf die sogenannten Farbrevolutionen – Massenproteste, die die Machtverhältnisse in vielen der ehemaligen Sowjetrepubliken infrage stellten – sollen Schreckensszenarien von Chaos, Bürgerkrieg und Blutvergießen im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden. Das Schreckgespenst des drohenden Zerfalls und des Bürgerkriegs dient als Begründung für eine verordnete Eintracht und Versöhnung als nationale Aufgabe. Teil dieses Bedrohungsszenarios ist auch das Gespenst des destabilisierenden Einflusses des Auslands, was zusätzlich eine Konfliktprojektion nach außen ermöglicht: Jene Kräfte, die zu Veränderung und Machtwechsel aufrufen, werden als „Verräter der Nation“ oder ausländische Agenten diffamiert. Deutlich verstärkt hat sich die Revolutionsphobie der politischen Eliten in Russland mit der Majdan-Revolution in Kiew.

### Kollektive Erinnerung

Das Motiv der Versöhnung wird verwendet, um eine gesellschaftliche Diskussion über die Revolution zu vermeiden. In der Tat gilt die Russische Revolution 1917 als polarisierendes Element der russischen und sowjetischen Geschichte. Kaum ein anderes Ereignis trennt die heutige russische Gesellschaft so sehr und löst so starke Emotionen

aus wie der Oktoberumsturz in Petrograd. Damit unterscheidet sich die Erinnerung an 1917 von der an den Zweiten Weltkrieg, die ein unumstrittenes, zentrales Element des nationalen Stolzes ist. Sie unterscheidet sich auch von der faktisch nichtpräsenten Erinnerung an den Ersten Weltkrieg. Da es sich bei der Oktoberrevolution um den Gründungsmythos des Sowjetstaates handelt, steht die Revolutionserinnerung in Verbindung mit der Wahrnehmung der Sowjetzeit und des Stalinismus. So offenbart sich, dass Russland auch ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der Sowjetunion in der Frage tief gespalten ist, wie an diese Zeit zu erinnern ist.

### Offizielle Geschichtspolitik

Russlands Geschichtspolitik besteht aus dem gezielten und selektiven Rückgriff auf die stolzen und glorreichen Ereignisse einer tausendjährigen Geschichte. Bindeglied dieses Rückgriffs ist die militärische Ruhmesgeschichte Russlands, die anhand von siegreichen Schlachten und Kriegsherren erzählt wird.<sup>05</sup> Im Zentrum des Narrativs steht die Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ zwischen 1941 und 1945. Da die Kriegserinnerung auch im biografischen und alltäglichen Gedächtnis der Russen den wichtigsten Platz einnimmt, können sich viele Menschen mit diesem Narrativ identifizieren. Beachtenswert ist, dass die russische Führung das Revolutionsgedenken an das Weltkriegsgedenken gekoppelt hat. So ist seit 2005 der Tag der Oktoberrevolution, laut gregorianischem Kalender der 7. November, ein „Tag des militärischen Ruhmes“ – in Erinnerung an die Revolutionsparade am 7. November 1941 während der Schlacht um Moskau.

Das Jahr 1917 selbst verschließt sich einer sinnstiftenden Ruhmesgeschichte – das Motiv der Versöhnung stellt in diesem Zusammenhang lediglich eine Notlösung dar. Im hundertsten Jubiläumjahr konnten die russischen Machthaber die Revolution nicht ignorieren. Ebenso wenig konnte sie den kommunistischen Parteien überlassen werden. Das Motiv der Versöhnung soll von den Ereignissen 1917 wegführen und den Blick auf den Bürgerkrieg und auf die Bedeutung der nationalen Einheit lenken.

**01** Wladimir Ryschkow, *Rossiju zhdet revoljucija 2017 god*, 13. 8. 2007, <https://versia.ru/vladimir-ryzhkov-rossiyu-zhdyot-revoljucija-2017-god>.

**02** Wladimir Putin, Rede vor der Föderalversammlung, 1. 12. 2016, <http://kremlin.ru/events/president/news/53379/work>. Vgl. hierzu ausführlich Ekaterina Makhotina, *Die Revolution 1917 in Russlands Geschichtspolitik*, in: *Osteuropa 6–8/2017* (i. E.).

**03** Wladimir Medinskij, *Privetstvennoe slovo*, in: *Staatsmuseum der russischen Zeitgeschichte* (Hrsg.), *100 let Velikoj Rossijskoj Revoljucii. Osmyslenie vo imja konsolidacii, Materialy kruglogo stola*, Moskau 2017, S. 9–13.

**04** Siehe hierzu auch den Beitrag von Jan Kusber in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

**05** Vgl. Philipp Bürger, *Geschichte im Dienst für das Vaterland. Eckpunkte einer neuen russländischen Geschichtspolitik*, Dissertation, Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien München-Regensburg (i. E.).

## HISTORISCHER KONTEXT DER REVOLUTIONSERINNERUNG

Historische Jubiläen erinnern nicht nur an vergangene Ereignisse. Im Zeitverlauf offenbaren sie auch, wie sich die Perspektive auf die jeweiligen Ereignisse wandelt und diese entsprechend politisch instrumentalisiert werden. Das wird auch an der Entwicklung der Revolutionserinnerung in Russland deutlich. 1987, zum siebenzigsten Jahrestag der Revolution und in der Zeit der Perestroika, knüpfte Michail Gorbatschow noch an die positive Assoziation an, die mit dem Revolutionsbegriff verbunden war. Er bezeichnete die Perestroika nicht als „Reform“, sondern als „Revolution“. In seiner Kreml-Rede 1987, „Oktober und Perestroika: Die Revolution geht weiter“, machte er deutlich, dass die Stalinzeit eine tragische Verirrung der sowjetischen Geschichte war. Ähnlich wie Nikita Chruschtschow vor ihm schlug er den Kurs „zurück zu Lenin“ vor. Er löste die Februarrevolution aus dem Schatten der Oktoberrevolution und bezeichnete sie als „die erste Erfahrung der realen Demokratie“.<sup>06</sup>

Doch die sowjetische Deutung der Revolution konnte sich nicht bis heute halten. Die rasante, gesellschaftlich vorgetragene, radikale Umwertung der Sowjetepoche stieß den „Großen Oktober“ von seinem Podest. Mit dem Bedeutungsverlust Gorbatschows und dem Triumph Boris Jelzins 1991 begann die Abwertung des sowjetischen Gründungsmythos. Die traditionelle Bezeichnung, „Große Sozialistische Oktoberrevolution“, wurde als Symbol historischer Lügen dem Spott preisgegeben: In einer weit verbreiteten Redensart hieß es, „weder groß, noch sozialistisch, noch Revolution, noch kalendarisch im Oktober“. Vor allem nach der Abwehr des Augustputsches 1991, als eine Gruppe von Funktionären der KPdSU versuchte, Gorbatschow abzusetzen, stand die Oktoberrevolution für den „Weg in die Katastrophe“. Mit dieser Deutung legitimierten sich die neuen Machthaber um Jelzin. Das ehemalige Schlüsselereignis der Weltgeschichte bekam Bezeichnungen wie „Putsch“, „Umsturz“, „Staatsstreich“ oder „Machtergreifung“. Die Revolution – wie auch generell alles Sowjetische – blieb während der gesamten Ära Jelzin negativ konnotiert. Zudem verlager-

te das neue Deutungsparadigma die Verantwortung nach außen: Schuld hatte der „ausländische“ Marxismus, der dem russischen Geist „wesensfremd“ gewesen sei.

Zwar hob Jelzin anfangs noch die Februarrevolution positiv hervor, aber eine viel wichtigere Rolle spielte in den 1990er Jahren die Herrschaft der Romanow-Dynastie und die Gegner der Bolschewiki im Bürgerkrieg, die Weiße Armee. Eine breite Rezeption fanden die Memoiren der Weißen Armeeführer wie Anton Denikin sowie von politischen Emigranten wie Iwan Iljin, Nikolaj Berdjaew und Sergej Bulgakow.<sup>07</sup>

Die Ereignisse in Petrograd wurden als *smuta*, als Zeit der Wirren, beschrieben und das Jahr 1917 nicht mehr mit der Französischen Revolution verglichen, sondern stand für einen *rusckij bunt* (russischen Aufstand), einem sinn- und gnadenlosen Aufbegehren des Volkes. Die Spontaneität und Gewaltbereitschaft der Volksmassen, des Pöbels, der als *ochlos* bezeichnet wird, wurde zum gängigen Erklärungsmuster für die Oktoberrevolution.<sup>08</sup> Dem *ochlos* fehlte es, so die Deutung, an Intelligenz und Geduld, um sich auf die liberalen Reformer zu verlassen. Die Bolschewiki hingegen hätten mit ihren volksbezogenen Parolen die Massen aufgehetzt und so die Macht an sich gerissen. *Ochlos* und *ochlokratija* wurden im Diskurs der 1990er Jahre zu populären Begriffen, um Kritik an Jelzins Reformkurs zurückzuweisen.

Aufgrund sozialer und wirtschaftlicher Probleme in Russland im Laufe der frühen 1990er Jahre sank Jelzins Popularität, und die Nöte lösten bei vielen Russen eine Sowjetnostalgie aus. Die Demonstrationen an den Jahrestagen der Oktoberrevolution, veranstaltet von der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, erhielten wieder mehr Zulauf. Jelzin reagierte darauf, indem er den vorrevolutionären orthodoxen Feiertag zum Gedenken an die Befreiung Moskaus im Polnisch-Russischen Krieg 1612 wieder einführte und ihn auf den Tag der Oktoberrevolution legte. Ab 1996 versuchte er, eine Umdeutung vorzunehmen: Der 7. November sollte zukünftig als „Tag der Eintracht und Versöhnung“ begangen werden, als Mahnung zu Einigkeit und

<sup>06</sup> Michail Gorbatschow, Oktjabr' i Perestroika. Revoljucija prodolzhaetsja, Moskau 1987, S. 6.

<sup>07</sup> Besondere Beachtung fanden die Memoiren von Anton Denikin, Otschcerki Russkoj Smuty, Paris 1921.

<sup>08</sup> Paradigmatisch in dieser Hinsicht war das Werk von Wladimir Buldakow, Krasnaja smuta. Priroda i posledstwija revoljcionnogo nasilija, Moskau 1997.

gegen Zerwürfnisse. Somit bemühte bereits Jelzin das Motiv der Versöhnung, wenn auch ohne größere Wirkung.

### „EVOLUTION STATT REVOLUTION“

Mit der Amtseinführung Putins wurde Geschichtspolitik noch bedeutsamer, um Herrschaft zu legitimieren. Von Anfang an lautete die Devise: Evolution statt Revolution. Dies illustriert auch ein Zitat aus Putins Rede vor der Föderalversammlung 2001: „Der Zyklus der Revolutionen ist zu Ende, es wird weder Revolutionen noch Konterrevolutionen geben.“<sup>9</sup> Putin versprach Stabilität und die Entwicklung in kleinen Schritten – ein Ansatz, der nach den wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen der 1990er Jahre in der russischen Gesellschaft auf Zuspruch stieß.

Die auffälligste Abgrenzung zu Jelzin besteht in der verstärkten Hinwendung Putins zum sowjetischen Erbe.<sup>10</sup> Dabei ging es Putin weder um eine Idealisierung noch um eine Dämonisierung des Sowjetischen, sondern um eine Hervorhebung historischer Momente, die in der Bevölkerung anschlussfähig sind. Dabei wird das Sowjetische nicht als politisch-ökonomische Alternative zum Kapitalismus wahrgenommen, sondern erscheint vollständig losgelöst von seiner sozialistischen Komponente.

Die Entwicklung der Jubiläen zur Oktoberrevolution ist charakteristisch für diese Politik: 2004 wurde der „Tag der Vertreibung der polnischen Besatzer“ wieder auf sein korrektes Datum, den 4. November, zurückverlegt und bekam den Namen „Tag der Einheit des Volkes“. Gleichzeitig wurde am 7. November ein neuer „Tag des militärischen Ruhmes“ eingeführt: der „Tag der Parade auf dem Roten Platz anlässlich des 24. Jahrestages der Oktoberrevolution 1941“. Hier offenbart sich deutlich die Taktik der neuen populistischen Geschichtspolitik: Die Revolutionserinnerung wird zwar formal erhalten, jedoch in das übergreifende Narrativ des Großen Vaterländischen Kriegs und der Schlacht um Moskau eingebettet. Die vom Staat gefürchtete „revolutionäre“ Erinnerungs-

aura wird überblendet: Der 7. November bleibt für Kommunisten und Sowjetnostalgiker erhalten und wird zudem für die nichtkommunistisch orientierte Bevölkerung anschlussfähig gemacht.

Anlässlich des Revolutionsjubiläums war es eine besondere Herausforderung für die russische Führung, die Begrifflichkeit zu vereinheitlichen – variierte doch die begriffliche Spannbreite zwischen einem „Putsch“ und der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“. Für die Konzeption der vereinheitlichten Schulbücher für das Fach Geschichte, die es in Russland seit 2013 gibt, hatten sich die beteiligten Historiker und Mitarbeiter des Bildungsministeriums auf den Kompromiss „Große Russländische Revolution“ geeinigt. Durch diesen Begriff wurden die Februarrevolution, die Oktoberrevolution und die Zeit dazwischen zusammengefasst. Diese „Große Russländische Revolution“ wird zusammen mit dem Ersten Weltkrieg und dem Bürgerkrieg im Kapitel „Zeit der großen Erschütterungen“ abgehandelt. Diese Rahmung – Krieg, Entbehrung und Leid – verstärkt die Tragik in der Perspektive auf das Revolutionsjahr.

### DREI DEUTUNGEN DER REVOLUTION

Abseits der Bestrebungen, die Russische Revolution als tragische, zur Versöhnung mahnende Geschichte zu erzählen, gibt es heute eine Vielzahl unterschiedlicher Deutungen der Ereignisse von 1917, die anhand von drei Modellen dargestellt werden können. Sie unterscheiden sich in der Bewertung der Februar- und der Oktoberrevolution und den ihnen zugrunde liegenden Idealen; der Charakteristika, die Lenin und Stalin zugeschrieben werden, und der Beziehung zwischen „Volk“ und „Elite“.

#### Imperial-konservative Deutung

In der konservativen Deutung sind die Größe und Stärke des Staates der Bewertungsmaßstab. Die Geschehnisse werden in einem Begriff als „Februar-Oktoberrevolution“ zusammengefasst und ausschließlich negativ gedeutet: als Pogrom, als Zerstörung und Katastrophe, die den Zerfall des Imperiums verursachte.<sup>11</sup> Diese Deutung der Revolution als „nationale Schande“ entstand be-

<sup>9</sup> Wladimir Putin, Poslanie Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federacii, 3. 4. 2001, <http://kremlin.ru/events/president/transcripts/21216>.

<sup>10</sup> Vgl. Ilja Kalinin, Nostalgic Modernization: The Soviet Past as „Historical Horizon“, in: Slavonica 2/2011, S. 156–166.

<sup>11</sup> Vgl. Minakov, Russkij konservatizm 20 veka: idejnaja reakcija na katastrofu 1917 g, in: Rossijskij Institut strategičeskich issledovanij (Hrsg.), Stoletie velikoj russkoj katastrofy 1917 goda, Moskau 2017, S. 90–99.

reits 1917 und kehrte ab 1991 in den öffentlichen Diskurs zurück. Der Kommunismus erscheint als eine wesensfremde Ideologie, die dem russischen Volk von außen gewaltsam aufgedrückt wurde. In Anlehnung an die Slawophilen des 19. Jahrhunderts und die Eurasier der Gegenwart werden sowohl Marxismus als auch Liberalismus als andersartig verstanden. Das „Desaster 1917“ war in diesem Modell das Werk von irrational handelnden Personen: bolschewistischen Fanatiker-Gruppen, Freimaurern, jüdischen Verschwörern oder ausländischen Agenten.

Während die Februarrevolution in die Reihe der Palastrevolten des 18. Jahrhunderts eingeordnet wird, folgten auf die Oktoberrevolution die „Herrschaft des Teufels“ und das Ende des „traditionellen heiligen Russlands“. In diesem Deutungsmuster werden sowohl die sozialen Gründe für den revolutionären Protest als auch das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber dem Zaren ignoriert – Schuld trägt vor allem die liberale Bürokratie, die sich illoyal verhielt.

Damit eng verbunden ist auch die unterschiedliche Deutung von Lenin und Stalin. Während Lenin für den fremdartigen, kosmopolitischen Kommunismus steht und ihm Verrat an der Nation vorgeworfen wird, erscheint Stalin weit aus positiver: Er steht für die Wiederherstellung des Imperiums, den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg und allgemein für die Rückbesinnung auf patriotische Werte.

2007 brachte sich der bekannte nationalkonservative Autor Alexander Solschenizyn („Archipel Gulag“) mit dem vielbeachteten Text „Überlegungen zur Februarrevolution“ in den Diskurs ein.<sup>12</sup> Solschenizyn deutete die Februarrevolution als negatives Schlüsselereignis des 20. Jahrhunderts, als eigentliche „Katastrophe“, und beklagte die Unfähigkeit des Zaren, den revolutionären Unruhen entgegenzutreten. Der schwache Zar habe keinen Widerstand gegen das „liberal-radikale Feld“ geleistet und Russland so der „nationalen Ohnmacht“ überlassen. Der Text Solschenizyns war für die politischen Eliten von hohem Wert: Er begründete die Notwendigkeit, den „Liberalen“ entschlossen entgegenzutreten und legitimierte Gewalt gegen revolutionäre Bedrohungen.

Die imperial-konservative Deutung der Revolution wird von den politischen Eliten gestützt. Bereits

1999 sprach Putin über das Erfordernis einer Ideologie, in deren Mittelpunkt Patriotismus, Großstaatlichkeit und genuin russische Werte stehen müssen. Seit der Rückkehr Putins in den Kreml 2012 gehören Patriotismus und „traditionelle“ Werte sowie Verweise auf konservative Denker zum Standard-repertoire seiner öffentlichen Auftritte.

Mit der imperial-konservativen Deutung lässt sich die Revolution auf zwei verschiedene Arten instrumentalisieren: zum einen gegen liberale und westliche Ideale, die als Schwäche dargestellt werden, und zum anderen gegen die heutige Kommunistische Partei Russlands, der man vorwirft, Machtgewinn über nationale Interessen zu stellen.

### Sozialistische Deutung

Die sozialistische Deutung der Revolution bestimmte die Erinnerungskultur in der Sowjetunion bis zu ihrem Zerfall. Im Diskurs heutiger russischer Kommunisten hat die Oktoberrevolution ihren zentralen Platz behalten und wird nach wie vor als die Geburtsstunde der „Sowjetmacht der Arbeiter und Bauern“ gefeiert. Auch die Februarrevolution als „bourgeoise Revolution der kapitalistischen Klasse“ hat ihren Platz im Schatten des Oktobers behalten. Die offizielle Definition der Ereignisse von 1917 als „Große Russländische Revolution“ wird von den Verfechtern dieses Modells zurückgewiesen.

Die Oktoberrevolution ist somit vor allem Sehnsuchtsort und weniger ein Symbol für den Aufbruch. Nicht Lenins Utopie der sozialen Gerechtigkeit steht im Zentrum, sondern die Sehnsucht nach der „siegreichen“ Zeit unter Stalin und den „stabilen“ Jahren unter Leonid Breschnew. So hat die Oktoberrevolution das Sowjetsystem gebracht, das sich im Zweiten Weltkrieg gegen das nationalsozialistische Deutschland behaupten konnte, und Stalin erscheint in dieser Deutung als „großer Führer“ und „starke Hand“.<sup>13</sup>

Das sozialistische Modell zeichnet sich durch eine starke Ambivalenz aus: Auf der einen Seite wird die positive Deutung des „Großen Oktobers“ beibehalten, auf der anderen Seite gibt es auch hier eine negative Konnotation des Revolutionsbegriffs. Die Majdan-Revolution in Kiew und die Demonstrationen nach den russischen Parlamentswahlen 2011, der sogenannte Bolotnaja-Protest, werden als Manipulationen amerikanischer Geheimdiens-

<sup>12</sup> Alexander Solschenizyn, Razmyslenija nad Fevral'skoj revoluciej, 5.3.2007, <http://polit.ru/article/2007/03/05/fevral>.

<sup>13</sup> Jurij Igritskij, Lenin i Stalin, in: Rossija i sovremenyj mir 2/2013, S. 6–28.

te gedeutet. Die Februarrevolution wird in diesem Zusammenhang als erste Farbrevolution interpretiert und zur negativen Abgrenzung herangezogen.

### Liberaler Deutung

Auch das liberale Deutungsmodell gibt es seit der Russischen Revolution. Es wurde maßgeblich von Pawel Miljukow geprägt, Vorsitzender der Partei der Konstitutionellen Demokraten und wichtiger Akteur der Februarrevolution.<sup>14</sup> Dieses Modell macht einen deutlichen Unterschied zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution: Während die Februarrevolution als Reaktion auf eine tiefe Systemkrise des Imperiums interpretiert und somit als folgerichtig und unumgänglich gedeutet wird, steht der Oktober für einen gewaltsamen Umsturz, der von einer Partei angeführt wurde, die es lediglich im richtigen Moment verstand, das Volk zu mobilisieren. Die Februarrevolution als Durchbruch der Demokratie scheiterte im Oktober 1917 – die Geschichte nahm ihren verhängnisvollen Lauf und führte zum verbrecherischen und totalitären Sowjetsystem. Nach dem liberalen Modell ist die individuelle Freiheit das höchste Gut, deren Einschränkung weder von einer Ideologie noch vom Streben nach staatlicher Größe gerechtfertigt werden kann. In den aktuellen Schulbüchern schlägt sich vor allem diese Deutung nieder: Die Februarrevolution wird als Chance und Aufbruch der russländischen Demokratie dargestellt, wohingegen die Oktoberrevolution für den Auftakt zum Totalitarismus steht.

Bemerkenswert sind die Unterschiede in den Positionen der Liberalen von damals und heute: Während die Liberalen 1917 die traditionellen Gewohnheiten des ungebildeten, „faulen“ Volkes als Ursache für das Scheitern der Demokratie beschrieben und die Misserfolge der Intelligenzija mit der Gewaltbereitschaft der Volksmassen erklärten, führen die Liberalen von heute das Scheitern nicht mehr auf den Antagonismus zwischen „Volk“ und „Elite“ zurück, sondern auf das Handeln der Bolschewiki und den Repressionscharakter des Sowjetstaates.

Heutige Liberale sehen sich oft in einer Tradition der Konstitutionellen Demokraten oder der

Menschewiki. Grigorij Jawlinski, der Vorsitzende der linksliberalen Partei Jabloko, deutet den Februar als Versuch russischer Eliten, das Land aus einem „Zustand des Verfalls“ herauszuführen, verbunden mit der Hoffnung auf Modernisierung und einer Zukunft in Europa. Dieser Hoffnung hätten die Bolschewiki ein Ende gesetzt.<sup>15</sup> Deutlich klingt hier die Analogie der autokratischen Herrschaft der Bolschewiki zu der von Putin durch.

### SCHLUSS

Alle drei Perspektiven knüpfen an aktuelle politische Kontexte an, wobei die imperial-konservative Deutung in der Öffentlichkeit am präsentesten ist. Für die russische Führung, Putin und seine Administration, ist das tragischste an der Revolution und ihren Folgen der Verlust des Imperiums. Putin bezeichnete Lenins sofortigen „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“ als Verrat an den nationalen Interessen und dessen Beharren auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker als eine „Zeitbombe für den russischen Staat“.<sup>16</sup> Der Bewertungsmaßstab der Russischen Revolution ist in diesem Fall die imperiale Größe Russlands.

Auch die traditionelle sowjetische Perspektive auf die Russische Revolution ist nach wie vor verbreitet. Es handelt sich dabei meist um eine wehmütige Sichtweise, die von der älteren Bevölkerung eingenommen wird und mit einer Sowjetnostalgie einhergeht.

Der Ruf der Liberalen nach der Revolution, wie er noch vor zehn Jahren erklang, ist 2017 höchstens noch in leisen Tönen zu vernehmen. Putins Beschwören der Stabilität und die wahrgenommene oder auch nur erhoffte Besserung der Lebensverhältnisse schwächten den Drang nach radikalen Veränderungen.

Zum hundertsten Jubiläum erscheint die Russische Revolution vor allem als ein geschichtspolitisches Instrument, mit dem die gegenwärtige politische Führung die Sehnsucht nach tatsächlicher Veränderung befriedigen kann.

### EKATERINA MAKHOTINA

ist promovierte Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bonn. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Erinnerungskultur im östlichen Europa sowie die Geschichte der Gefängnisse im frühzeitlichen Russland. emakhotina@uni-bonn.de

<sup>14</sup> Vgl. Pawel Miljukow, *Istorija vtoroj ruskoj revoljucii*, Sofia 1921.

<sup>15</sup> Vgl. Grigorij Jawlinskij, *Vozvraschenie k fevralju*, 27.2.2017, [www.yabloko.ru/publikatsii/2017/02/27\\_0](http://www.yabloko.ru/publikatsii/2017/02/27_0).

<sup>16</sup> Protokoll der Sitzung des interregionalen Forums vom 25.1.2016, <http://kremlin.ru/events/president/news/51206>.



# FURCHT VOR DEM BOLSCHEWISMUS

## Russland und der Westen nach der Russischen Revolution

*Jan Kusber*

Russland und der Westen sind ein begriffliches Gegensatzpaar, das eine lange Tradition hat und älter ist als die Oktoberrevolution 1917. Dieses Gegensatzpaar war nicht nur für russische und westliche Eliten im 18. und 19. Jahrhundert wichtig, um sich ihrer selbst klar zu werden, sondern auch als politisches Argument: Es wurde etwa in den innerrussischen Debatten zwischen den sogenannten Westlern und Slavophilen um die Mitte des 19. Jahrhunderts, im „Great Game“ zwischen Russland und Großbritannien um die Expansion in Asien oder am Vorabend des Ersten Weltkriegs genutzt; ebenso aber auch nach der Oktoberrevolution, in der Zwischenkriegszeit und im Kalten Krieg. Als politisches Argument erfährt dieser Gegensatz in der Ära Putin neue Aktualisierungen. Es scheint, als seien die 1990er Jahre während der Präsidentschaft Boris Jelzins hier eher eine Ausnahme gewesen.

Mit der Oktoberrevolution erhielt der Gegensatz eine neue, in den internationalen Beziehungen wirksame Qualität, weil er ideologisch stark aufgeladen wurde und die Furcht vor dem Kommunismus im Westen omnipräsent war. Im Folgenden soll erkundet werden, wie diese neue Qualität entstand.

### RUSSLAND ALS BÜNDNISPARTNER

Mit der Februarrevolution 1917, die das Regime des Zaren zum Einsturz brachte und die 300-jährige Herrschaft der Romanows beendete, stellte sich in London und Paris die Frage, ob es gelingen würde, Russland im Krieg zu halten: Es schien zwingend, um die Mittelmächte besiegen zu können. Dagegen stand der Wunsch vieler in Russland nach Frieden. Die Soldaten des Imperiums waren kriegsmüde und wollten nach Hause, die Nationalitäten des Imperiums begannen über eine Autonomie, im Falle der Polen gar über eine Unabhängigkeit, nachzudenken.

Im März 1917 versicherte der Außenminister der neuen Provisorischen Regierung Pawel Miljukow hingegen in einer Depesche allen Auslandsvertretern in Russland: Das neue Kabinett werde „internationale Verpflichtungen Russlands achten“ und „alle ihre Energie der Erringung des Sieges widmen“.<sup>01</sup> Daran hatten die westlichen Alliierten jedes Interesse. Schließlich waren die Mittelmächte, insbesondere das Deutsche Reich, weit in das Territorium Russlands vorgerückt und hatten mit dem unter Militärverwaltung stehenden Land „Ober Ost“ ein Gebietskomplex geschaffen, der weißrussische, ukrainische und litauische Territorien umfasste.

Die Provisorische Regierung war weit entfernt davon, ihre Kriegsziele, wie den Griff nach den Meerengen am Bosphorus, zu erreichen. Dennoch versicherte sie den Botschaftern Großbritanniens, Frankreichs und Italiens ihre Entschlossenheit zum „Siegfrieden“. Die realitätsfernen Kriegsziele, wie auch überhaupt die Bereitschaft, den Krieg fortzusetzen, wurden in die Öffentlichkeit „durchgestochen“ und führten zu Demonstrationen in Petrograd unter Parolen wie „Nieder mit Miljukow“ und „Nieder mit dem Krieg“. Lenin, der im April 1917 im Triumph nach Petrograd zurückgekehrt war, hatte eines erreicht: Die Provisorische Regierung hatte ihre Glaubwürdigkeit verloren; und die Bolschewiki, die sich die Forderungen der Zimmerwalder Konferenz eines Friedens ohne Kontributionen und Annexionen zu eigen gemacht hatten, gewannen über den Sommer 1917 Zulauf. Im Herbst 1917 besaßen die Alliierten in der Provisorischen Regierung somit nur noch einen Partner ohne Rückhalt.

Die Revolution lag auf der Straße und Lenin, der nach kurzzeitigem Exil in Finnland und Karelien nach Petrograd zurückgekehrt war, hob sie auf. Die im Vergleich zur Februarrevolution wenig spektakuläre Oktoberrevolution brachte die Bolschewiki an die Macht.<sup>02</sup> In ihren ersten Dekreten lösten die Bolschewiki jene Versprechen

ein, die ihr zunächst einen gewissen Rückhalt verschafft hatten. Bereits am nächsten Tag wurde von den neuen russischen Machthabern ein Dekret über das Land erlassen, in dessen Folge die von den Alliierten so dringend benötigte Front gegen die Mittelmächte zusammenbrach. Zeitgleich folgte ein Dekret über den Frieden, wodurch sich für die Mittelmächte eine starke militärische Entlastung an ihrer Ostfront abzeichnete, die sie dringend für Schlachten an der Westfront benötigten.

Vor und nach der Oktoberrevolution waren die Bolschewiki für die Alliierten schwer einzuschätzen. Allgemeine Furcht vor dem Kommunismus ging einher mit der Frage, wie sich die Bolschewiki praktisch in der Außenpolitik verhalten würden. Lenin, Leo Trotzki, Adolf Joffe, Georgi Tschitscherin und andere Protagonisten der sowjetischen Außenpolitik sollten in den folgenden Jahren in ganz verschiedenen Rollen agieren: als Streiter für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, als Vorkämpfer des russischen und internationalen Proletariats und Kämpfer gegen imperialistische Räuber, als Vertreter eines Sowjetrussland der Arbeiter und Bauern. Es war für die Regierungen von Großbritannien, Frankreich und den USA, die im April 1917 in den Krieg eingetreten waren, schwer einzuschätzen, was ideologischer Grundsatz, was vordergründige Rhetorik war und was den Kern sowjetrussischer Außenpolitik ausmachte. In einem postulierten Ziel trafen sich die Regierung Woodrow Wilsons und die Bolschewiki freilich rhetorisch: dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die Deutschen mit ihrem Expansionsdrang einschränken wollten. Lenin kostete es Ende 1917 wenig, dieses Selbstbestimmungsrecht zu propagieren, das die USA vor allem für Polen durchgesetzt wissen wollten, da diese Territorien von den Mittelmächten besetzt waren.

Am 5. Dezember 1917 vereinbarten Russland und die Mittelmächte einen später mehrfach verlängerten zehntägigen Waffenstillstand. Am 22. Dezember wurden im weißrussischen Brest-Litowsk Friedensverhandlungen eröffnet. Diese gerieten für die Deutschen, aber auch die Weltöffentlichkeit zu einem Lehrstück über die neuen Formen sowjetischer Außenpolitik, die mit

den konventionellen diplomatischen Traditionen brachen. Insbesondere als am 7. Januar 1918 Leo Trotzki die Führung der sowjetischen Delegation übernahm, waren die Deutschen über dessen Verhandlungsführung ebenso irritiert wie die entfernten westlichen Beobachter. Trotzki schmeichelte einerseits seinem Gegenüber am Verhandlungstisch, andererseits hielt er revolutionäre Reden, die sich an die Unterdrückten der Welt richteten. Mit dem Aufruf zum weltweiten Kampf gegen den Imperialismus sollte die Überkommenheit traditioneller außenpolitischer Methoden vorgeführt werden. Zuvor kündigte er an, er werde „einige revolutionäre Proklamationen an die Völker erlassen und dann die ganze Bude [das Volkskommissariat für Äußeres] schließen“.<sup>03</sup> Diese Politik der Irritation verhalf ihm zu kurzfristigem Erfolg, zumindest zu Aufmerksamkeit. Sein Ziel sei „weder Krieg noch Frieden“, und diese Aussage wurde international als eine grundsätzliche wahrgenommen.

Die Machtmittel hatten freilich die Deutschen in der Hand, die durch eine Wiederaufnahme der Kriegshandlungen in der Operation „Faustschlag“ am 3. März 1918 den Frieden von Brest-Litowsk erzwangen, in dem Russland etwa ein Drittel seines europäischen Territoriums verlor. Diese sowjetische Politik der Irritation, die Schwierigkeit, ideologischen Grundsatz und pragmatische Handlung unterscheiden zu können, prägte also auch die Wahrnehmung Sowjetrusslands bei Mächten der Entente und den USA: Dieses neue Regime stellte sich ganz bewusst nicht in die Rechtsnachfolge der Regierung des Zaren oder der Provisorischen Regierung. Es lehnte beispielsweise ab, eine Rückzahlung von Krediten, die aus Frankreich und Großbritannien teilweise schon vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs nach Russland geflossen waren, zu übernehmen. Es war daher nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte bereits im November 1918 klar, dass dieses Regime nicht auf der Seite der Siegermächte an der Pariser Friedenskonferenz 1919/20, insbesondere in Versailles, beteiligt werden würde. Vielmehr begannen im Westen die Diskussionen darüber, ob die neu entstehenden Staaten im Nordosten Europas unterstützt werden sollten.<sup>04</sup>

**01** Zit. nach Manfred Hellmann, *Die russische Revolution 1917*, München 1969<sup>2</sup>, S. 160f.

**02** Siehe hierzu auch den Beitrag von Manfred Hildermeier in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

**03** Leo Trotzki, *Mein Leben*, Berlin 1930, S. 327.

**04** Siehe Charlotte Alston, *Britain, Anti-Bolshevik Russia and the Border States at the Paris Peace Conference, 1919*, in: *History* 91/2006, S. 24–44.

Im Falle Polens war die Sache eindeutig: Der Pianist und Politiker Ignacy Paderewski hatte bei einer Konzerttournee durch die Vereinigten Staaten, die amerikanische Öffentlichkeit für die Sache eines eigenen polnischen Staates gewonnen. Es ging der polnischen Delegation um Roman Dmowski in Versailles nur noch um die Frage, welche Grenzen dieser Staat haben sollte. Gerade der Verlauf einer Ostgrenze zwischen Polen und Sowjetrußland war – nachdem der Frieden von Brest-Litowsk mit der Novemberrevolution in Deutschland annulliert worden war – Bestandteil der Unabhängigkeitskriege der Esten, Letten, Litauer, Polen aber auch der Ukrainer. Auch im Russischen Bürgerkrieg der „Roten“ gegen die „Weißen“, die eben nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker akzeptierten, sondern der alten Vision eines Imperiums anhängen, setzte sich der Erste Weltkrieg fort. Es war die „weiße“ Idee eines ungeteilten Rußland, die dazu führte, dass auch die Vertreter der Weißen Bewegung in Versailles nicht offiziell teilnahmen. Eine in den westlichen Hauptstädten und in den Delegationen auf der Pariser Friedenskonferenz ganz andere Frage war allerdings die nach der Unterstützung der Weißen Bewegung in ihrem Kampf gegen die Bolschewiki.

#### INTERVENTIONEN IM RUSSISCHEN BÜRGERKRIEG

Die Unterstützung der Weißen hatte de facto bereits Anfang 1918 begonnen. Brest-Litowsk belastete das Verhältnis zu den Entente-Mächten nachhaltig. Zur Sicherung ihrer Interessen in Rußland und um einer weiteren deutsch-sowjetischen Annäherung entgegenzuwirken, wurden noch während des Weltkriegs Truppen nach Rußland entsandt. Da die europäischen Häfen Rußlands an der Ostsee für die Alliierten noch nicht erreichbar waren, landete das erste britische Kontingent bestehend aus 600 Soldaten im Juni 1918 in Murmansk am Arktischen Ozean. Dieser Hafen, fernab vom russischen Kernland, wurde zwar von den Briten besetzt, weitere Aktionen wurden allerdings nicht durchgeführt. Ein weiteres Landungsunternehmen fand im August 1918 in Archangelsk statt. Hier landeten zuerst 600 britische und französische Soldaten. Sie wurden später durch ein US-Kontingent von 5000 Mann verstärkt. Offizieller Anlass war die Sicherung der dortigen Waffendepots, die weder in

die Hände der Deutschen noch der Bolschewiki fallen sollten.<sup>05</sup> Ebenso betonten amerikanische Politiker die Verpflichtung, der Tschechoslowakischen Legion – sie bestand aus Kriegsgefangenen der zerschlagenen k. u. k. Armee – zur Hilfe eilen zu wollen, als diese 1918 in die gegründete Tschechoslowakei zurückkehren wollte. Angesichts der enormen Distanz zwischen Archangelsk und den Tschechoslowaken in Sibirien war diese „Verpflichtung“ eher ein Vorwand.

Die Expeditionstruppe konnte mehrere hundert Kilometer in das Landesinnere vorstoßen, vereinzelt Kämpfe zwischen den alliierten und roten Truppen zogen sich durch das ganze folgende Jahr, ohne dass eine strategisch bedeutsame Entscheidung herbeigeführt werden konnte. Im Juli 1919 verließen daher die verbliebenen ausländischen Einheiten Nordrußland. In den Entente-Ländern stand die zunehmend kriegsmüde Öffentlichkeit der Intervention immer ablehnender gegenüber. Die Interventionen bargen gar die Gefahr des Revolutionsexports in sich: Im Dezember 1918 landete ein französisch-griechisches Kontingent von 1000 Mann in Odessa. Unterstützt wurde es von einem französischen Flottenverband. Als sich das Kriegsgeschehen näherte, kam es zu einem Aufstand in der französischen Schwarzmeerflotte, bei der die rote Fahne gehisst wurde. Die Meuterer erzwangen im April 1919 den Rückzug Frankreichs und machten zugleich deutlich, dass die Vision der Bolschewiki durchaus Attraktivität besaß. Die letzten Truppen der Entente-Mächte verließen Odessa am 7. April 1919.

Am längsten währte die ausländische Präsenz im größten Pazifikhafen des ehemaligen Zarenreichs, in Wladiwostok. Schon im April 1918 waren einzelne japanische und britische Verbände hier an Land gegangen. Ihnen folgte auch ein amerikanisches Expeditionskorps mit etwa 8000 Soldaten. Wladiwostok sollte als Nachschublinie für die sibirischen Truppen des Admirals Alexander Koltschak dienen, der als Reichsverweser die meiste Unterstützung innerhalb der Weißen Bewegung zu haben schien. Bis zu deren Niedergang 1920 blieben die alliierten Soldaten in Sibirien. Als die Kommunisten 1920 in Tschita die Fernöstliche Republik gründeten, die als ein erster Vorposten zur sozialistischen Revolutionierung Chinas betrachtet wurde, gründeten 70 000 Mann starke

<sup>05</sup> Zu den USA siehe Robert L. Willett, *America's Undeclared War, 1918–1920*, Washington D.C. 2003.

japanische Interventionstruppen 1921 die sogenannte Küstenrepublik. Im Kampf zwischen beiden Staaten setzten sich schließlich die Bolschewiki durch. Sie erreichten Wladiwostok allerdings erst im Dezember 1922 – nach der Integration der Fernöstlichen Republik in die Sowjetunion. Die letzte ausländische Intervention auf dem Boden des asiatischen Russlands war beendet.

Auch wenn die Bedeutung der Invasionstruppen in der sowjetischen Historiografie überhöht wurde, um den Sieg der von Trotzki organisierten Roten Armee größer erscheinen zu lassen, war ihr militärischer Einfluss auf die Entscheidung im Bürgerkrieg gering. Die deutsche Besetzung bis zum Kollaps des Kaiserreichs im November 1918 war eine viel größere Bedrohung für den jungen Sowjetstaat als die an der Peripherie eingreifenden Kontingente der Entente-Mächte. Weitaus wichtiger waren alliierte Lieferungen und Hilfsleistungen an die Weiße Armee in Sibirien und in Südrussland. Winston Churchill behauptete später, dass 1919 England 100 Millionen Pfund und Frankreich zwischen 30 und 40 Millionen Pfund für die weißen Truppen in Russland ausgegeben hätten.<sup>06</sup> Nicht alle waren jedoch so unbedingt in ihrer Unterstützung der Weißen wie Churchill gewesen, der sich als Erster Lord der Marine für ein viel weitergehendes britisches Engagement eingesetzt hatte.

Auch in dem weitgehend parallel verlaufenden Polnisch-Sowjetischen Krieg unterstützten die Entente-Mächte das neu entstandene Polen nicht in dem Ausmaß, in dem Churchill es womöglich erstrebt hätte. Der Krieg, der von polnischer Seite mit verschiedenen gegnerischen Akteuren um die polnische Ostgrenze geführt wurde, richtete sich nicht von vornherein gegen die Bolschewiki, auch wenn die polnischen Eliten stramm antikommunistisch eingestellt waren. Diese Haltung darf man bei aller Breite des Spektrums vielleicht als wesentliche Klammer der Eliten Polens in der Gründungsphase der Zweiten Polnischen Republik sehen. Anfänglich erzielten die Polen in diesem Krieg große Erfolge und besetzten weite Landstriche der Ukraine einschließlich Kiews. Bald warf die Rote Armee sie jedoch bis ins polnische Kernland zurück, sodass eine Niederlage und Besetzung Polens erwartet wurde. In der Schlacht von Warschau, dem „Wunder an der Weichsel“, schlugen die Polen die sowje-

tischen Truppen jedoch und drängten sie in der Folge bis in die Ukraine zurück, die bald sowjetisch wurde.

Diese Wende bedeutete jedoch noch nicht das Ende des Kriegs: Im Frieden von Riga, der am 18. März 1921 unterzeichnet wurde, stimmte Sowjetrußland einem Waffenstillstand und Friedensvertrag zu, der Polen erhebliche Gebiete im Osten zusicherte und eine Grenzregelung für Polen bot, die ethnisch-religiöse Konflikte mit sich brachte. Das offizielle Geschichtsbild der Sowjetunion sah den Krieg als Teil der ausländischen Interventionen während des Russischen Bürgerkriegs. Das Bestreben des nichtkommunistischen Polen, die Unabhängigkeit von Sowjetrußland zu erreichen beziehungsweise zu erhalten, wurde als Parteinahme für die Weißen und als Versuch verstanden, die Ausbreitung der proletarischen Revolution nach Westen zu blockieren. So wurde der Krieg als „Krieg gegen Weiß-Polen“ bezeichnet. In der Volksrepublik Polen folgte die offizielle Geschichtsschreibung nach der erfolgten Sowjetisierung ebenfalls dieser Linie.

Doch der Ausgang des Kriegs hatte aus der Sicht der Zeitgenossen nicht nur Bedeutung für Polen, sondern für ganz Europa. Die Niederlage der Roten Armee bei Warschau stoppte das Vordringen des Kommunismus nach Westen, sodass Sowjetrußland seine Hoffnungen, die Weltrevolution über die „Leiche Polens“ nach Westeuropa exportieren zu können, vorerst aufgeben musste. Der britische Botschafter in Berlin und Leiter der Mission der Entente in Polen, Edgar Vincent, fasste dies als Augenzeuge mit folgenden Worten ganz im Geist der Zeit zusammen: „Wenn Karl Martell die Invasion der Sarazenen mit seinem Sieg in der Schlacht bei Tours nicht aufgehalten hätte, so würde heute in den Schulen von Oxford der Koran gelehrt (...). Wenn es Piłsudski (...) in der Schlacht bei Warschau nicht gelungen wäre, den triumphalen Vormarsch der Roten Armee zu stoppen, so hätte dies nicht nur eine gefährliche Wende in der Geschichte des Christentums zur Folge, sondern eine fundamentale Bedrohung der gesamten westlichen Zivilisation. Die Schlacht bei Tours rettete unsere Vorfahren vor dem Joch des Korans; es ist wahrscheinlich, dass die Schlacht bei Warschau Mitteleuropa und ebenso einen Teil Westeuropas vor einer sehr viel größeren Gefahr rettete; der fanatischen sowjetischen Tyrannei.“<sup>07</sup>

<sup>06</sup> Vgl. Winston Churchill, *The World Crisis. The Aftermath*, Bd. 4, London 1929, S. 256.

<sup>07</sup> Zit. nach Norman Davies, *The Polish-Soviet War*, London 1972, S. 265.

Diese Sicht prägte die Auffassung vieler in den neu entstandenen Staaten des nordöstlichen Europa. Ob in Polen, Estland oder Lettland, die sich ebenfalls im Verlauf des Jahres 1918 für unabhängig erklärten und die Unabhängigkeit sowohl gegen Deutschland 1918 als auch gegen die Bolschewiki 1918/19 behaupteten: Revolutionsfurcht und Antikommunismus stifteten einen Grundkonsens. In Tallinn und Riga enttäuschte es vor diesem Hintergrund, dass Großbritannien, Frankreich und die USA mit der Anerkennung der neuen Staaten zögerten, auch wenn sie deren antikommunistische Bollwerkfunktion anerkannten.<sup>08</sup>

### ZWISCHEN EXKLUSION UND ANERKENNUNG

Umso wichtiger war es für die neu entstandenen Staaten sowie für Litauen, dass sich die sowjetische Regierung dazu verstand, ihre jeweiligen Grenzen 1920 in Friedensverträgen zu garantieren. Lettlands Hauptstadt Riga wurde 1921 Schauplatz der erwähnten Friedensverhandlungen zwischen Sowjetrussland und Polen. Damit war die Westgrenze Sowjetrusslands vertraglich geregelt, die Ukraine wurde im Bürgerkrieg mit Gewalt (re)integriert. Auch Georgien, Aserbaidshan und Armenien gingen nach einem Zwischenspiel bis 1924 in der dann gegründeten Sowjetunion auf. Was fehlte, war die Anerkennung durch die ehemaligen Entente-Mächte und die USA.

Der britische Premierminister David Lloyd George plädierte allerdings 1920 für eine Rettung Russlands durch Handel und formulierte damit das Konzept des „Wandels durch Annäherung“ *avant la lettre*. In dieser Absicht wurde am 16. März 1921 ein Handelsabkommen zwischen Moskau und London geschlossen, das für Sowjetrussland die De-facto-Anerkennung darstellte. In Moskau wurde eine britische Handelsmission gegründet. Tatsächlich trug das Handelsabkommen zu einer Stabilisierung des sowjetischen Regimes bei, das sich mit der „Neuen Ökonomischen Politik“ für ausländische Investoren und qualifizierte Arbeitskräfte öffnete. Drei Jahre später – im Februar 1924 – nahmen die aus Sowjetrussland und anderen Sowjetrepubliken hervorgegangene Sowjetunion mit Großbritannien diplomatische Beziehungen auf. 1924 wurde zum Jahr der Aner-

kennungen: Es folgten Italien, Norwegen, Österreich, Griechenland, Schweiz, China, Dänemark und Frankreich.

Die Zurückhaltung des Westens bei der Anerkennung hatte sicher vor allem auch damit zu tun, dass Moskau ein Instrument zur Verfügung stand, das umso gefährlicher erschien, als es unterhalb der staatlichen Ebene angesiedelt und geeignet war, die innenpolitischen Szenen jeweils mit dem Ziel der Destabilisierung oder gar des revolutionären Umsturzes durcheinanderzuwirbeln: die Kommunistische Internationale (Komintern). Sie entstand nach Vorläufern 1919 auf Initiative Lenins. Die Etablierung des Sowjetsystems hatte zur Spaltung zahlreicher linker Parteien in einerseits reformorientierte sozialdemokratische und andererseits Kommunistische Parteien (KP) mit revolutionärem Anspruch geführt. Die KPs sollten von Moskau aus organisiert werden: Auf dem I. Weltkongress 1919 waren 51 Delegierte aus 29 Ländern anwesend. Diese vertraten, abgesehen von den Bolschewiki und der Deutschen KP, nur kleine und weniger bedeutende revolutionäre Gruppen. Die Komintern sollte nach dem Vorbild des demokratischen Zentralismus Lenins eine straff organisierte Weltpartei mit nationalen Sektionen bilden. Bei der Wahl der Mittel wurden gewaltsame Machtergreifungen ausdrücklich legitimiert.

Auf dem II. Weltkongress der Komintern 1920 mussten die KPs ihre Eigenständigkeiten weiter aufgeben: Das in Moskau eingerichtete Exekutivkomitee der Komintern, das von der KPdSU dominiert wurde, steuerte die Politik der Komintern und passte sie flexibel den Vorgaben und Bedürfnissen sowjetischer Außenpolitik an. Alle Gliederungen wurden verpflichtet, „einen parallelen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen“.<sup>09</sup> Perspektivisch führte diese Politik zu mehrfachen Spaltungen innerhalb der KPs in den westlichen Ländern. Auch die Unterwanderung der teilweise sehr einflussreichen Gewerkschaftsbewegungen, etwa in England, gelang nur zum Teil. Aufstandsversuche wie in Deutschland zwischen 1919 und 1923, die misslangen, waren Teil des Konzepts. Sie scheiterten freilich an den kaum aus Moskau steuerbaren Eigendynamiken vor Ort, und auch der Putschversuch in Estland

<sup>08</sup> Vgl. William A. Fletcher, *The British Navy in the Baltic, 1918–1920*, in: *Journal of Baltic Studies* 2/1976, S. 134–144.

<sup>09</sup> Zit. nach Peter Lübke, *Kommunismus und Sozialdemokratie*, Berlin–Bonn 1978, S. 75.

1924 blieb Episode. Als die Sowjetunion versuchte, die Tätigkeit der britischen Gewerkschaften im Generalstreik 1926 zu unterwandern, drang die Londoner Polizei in das Gebäude der Handelsvertretung der UdSSR ein. Moskau brach daraufhin im folgenden Jahr die diplomatischen Beziehungen (bis 1929) ab. Stalin, nach Lenins Tode nach wenigen Jahren zum alleinigen Führer der Sowjetunion aufgestiegen, nutzte diese außenpolitische Krise, um die Neue Ökonomische Politik zu beenden und den „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ zu propagieren. Diesen hatte nun auch die Komintern abzusichern.

Der spektakulärste Erfolg war in dieser Hinsicht sicherlich das Moskauer Protokoll, das am 9. Februar 1929 zwischen der Sowjetunion, Polen, Rumänien, Lettland und Estland, später der Türkei und Litauen geschlossen wurde. Es setzte den Briand-Kellogg-Pakt – und damit den Verzicht, internationale Streitigkeiten mit militärischer Gewalt zu lösen – für die Unterzeichnerstaaten vorfristig in Kraft. Die Initiative ging vom stellvertretenden sowjetischen Außenkommissar Maxim Litwinow aus, der die internationale Umwelt, vor allem aber die Nachbarstaaten von der Friedenspolitik der Sowjetunion überzeugen und die sowjetische Sorge um die kollektive Sicherheit demonstrieren sollte.

Litwinows Politik der Annäherung an die Westmächte war mithin durchaus erfolgreich: 1932 gelang es der Sowjetunion, mit Frankreich einen Nichtangriffsvertrag abzuschließen. Am 2. Mai 1935 wurde der Beistandsvertrag zwischen beiden Ländern unterzeichnet. Ein weiterer Erfolg war 1934 die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund. Sie erhielt sogar einen Sitz im Ständigen Rat des Völkerbundes.

Erst kurz zuvor, 1933, hatten die USA die Sowjetunion diplomatisch anerkannt. Dieser späte Schritt hatte auch mit der in den USA tief verwurzelten Kommunismusfurcht zu tun, die zwar nicht mehr solche Züge trug wie unmittelbar nach der Oktoberrevolution, als in der „Ersten Roten Angst“ bis 1920 knapp 10000 Menschen wegen unamerikanischer Umtriebe verhaftet wurden, aber das Misstrauen blieb. Die US-amerikanische Gesandtschaft im lettischen Riga hatte beispielsweise die Beobachtung kommunistischer Umtriebe im östlichen Europa als Hauptaufgabe.<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Vgl. Claudia Breuer, Die „Russische Sektion“ in Riga, Stuttgart 1995.

## SCHLUSS

In der amerikanischen Haltung zeigte sich jene Ambivalenz, die sich auch in anderen westlichen Staaten beobachten ließ. Einerseits wurde das sich schnell entwickelnde diktatorische, bald totalitäre System in der Sowjetunion angeprangert und der Gegensatz „Russland gleich Unfreiheit versus Westen gleich Freiheit“ aufgebaut und damit eine Denkfigur variiert, die es auch schon vor dem Revolutionsjahr 1917 gegeben hatte. Andererseits versuchten die Entscheidungsträger im Westen, diese Vereinfachung in der Praxis zu umgehen, indem sie Wirtschaftskontakte pflegten, pragmatischen Abkommen zustimmten und sich auf die wandelnden Formen formeller und informeller Außenpolitik (wie im Falle der Komintern) einstellten. Zudem schien nach der Weltwirtschaftskrise 1929 die Diktatur sowjetischen Typs als das kleinere Übel. Dies lag weniger an den autoritären Regimen in Südost- und Ostmitteleuropa, die in dieser Zeit bereits existierten oder entstanden, sondern vielmehr am Aufstieg des Nationalsozialismus nach 1933.

Am generellen Misstrauen des Westens änderte er jedoch wenig: Am Münchner Abkommen vom 30. September 1938, in dem Hitler das Sudetenland zugesprochen bekam, um wenig später nach der Tschechoslowakei zu greifen, wurde die Sowjetunion nicht beteiligt. An eine Intervention wie nach der Oktoberrevolution in Russland zugunsten der Tschechoslowakei dachten Frankreich und Großbritannien nicht.

Der Nichtangriffsvertrag zwischen Hitler und Stalin vom 23. August 1939 schien das Misstrauen zu rechtfertigen. Russland (in Gestalt der Sowjetunion) und der Westen blieben sich fremd, trotz des dann gemeinsamen Gegners im Zweiten Weltkrieg. Der Kalte Krieg nach 1945 zeigte dies deutlich, und auch die heutigen Beziehungen sind von der Fremdheit geprägt.

### JAN KUSBER

ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Sein Schwerpunkt ist die Geschichte Russlands und der Sowjetunion.

kusber@uni-mainz.de

# GLEICHBERECHTIGUNG NACH 1917?

## Frauen in der Kommunistischen Internationale

*Brigitte Studer*

Politische Aktivistinnen aus aller Welt blickten in den 1920er Jahren voller Erwartungen auf die Ereignisse im ersten sozialistischen Staat der Welt – der Sowjetunion. Viele von ihnen waren zunächst begeistert von den gesellschaftlichen Errungenschaften, die die Russische Revolution 1917 den Frauen brachte. Schließlich waren es vor allem Arbeiterinnen und Soldatenmütter, die am 23. Februar (julianischer Kalender), beziehungsweise dem Weltfrauentag am 8. März (gregorianischer Kalender), beim Protestmarsch in Petrograd den Ton angaben. Und in der Tat verankerte die Revolution gesetzlich die Gleichstellung der Geschlechter und setzte den Grundstein für einen Wohlfahrtsstaat, der die freie und kostenlose medizinische Abtreibung ermöglichte sowie Kinderhorte und Beratungsstellen für Mütter einrichtete.<sup>01</sup> Darüber hinaus eröffnete sich Frauen im Kontext der Revolution und des anschließenden Bürgerkriegs neuer Spielraum für politisches und gesellschaftliches Handeln. Zwar war die Öffnung politischer Organisationen für die Mitwirkung von Frauen eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, aber Anfang der 1920er Jahre war sie alles andere als die Regel.

Die Kommunistischen Parteien (KP) in aller Welt spiegelten aber nicht nur die Verheißung von Emanzipation wider, sondern ebenso die realen Grenzen im Kampf um Gleichberechtigung: Wie wurde mit dem Thema Gleichstellung von Mann und Frau in den frühen Jahrzehnten des sowjetischen und internationalen Kommunismus umgegangen? Welcher politische Handlungsspielraum wurde Frauen innerhalb der Kommunistischen Internationale (Komintern) gewährt? Und inwieweit machten Frauen davon Gebrauch? Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden.<sup>02</sup>

### NEUE, ABER EINGESCHRÄNKTE MÖGLICHKEITEN

Die Geschlechtergleichheit tauchte praktisch von Beginn an in den Programmen der Kom-

intern und der KPs auf, dennoch waren Frauen in deren Führungsetagen kaum vertreten.<sup>03</sup> Einerseits wollten die Parteien Frauen einbeziehen und leiteten auch entsprechende Maßnahmen ein. Andererseits wurden ihre Bemühungen untergraben vom Fehlen einer theoretischen Auseinandersetzung und vom mangelnden Bewusstsein für die Produktion von Geschlechterdifferenz im Alltag.

Um die Frauenemanzipation zu fördern, wurden innerhalb kommunistischer Organisationen spezielle Strukturen aufgebaut: 1917 die Frauenabteilung des Zentralkomitees der KPdSU, im August 1920 das Internationale Frauensekretariat der Komintern sowie Frauenabteilungen innerhalb der anderen KPs.

Die Frauenabteilung der KPdSU organisierte Delegiertentreffen, um weniger organisierte Frauen wie Hausfrauen, Büroangestellte, Dienstbotinnen sowie Arbeiterfrauen zu mobilisieren. In diesen „Schulen des Kommunismus“ sollten Frauen erste politische Erfahrungen sammeln und die Gelegenheit erhalten, sich theoretische Grundlagen anzueignen. In Deutschland, wo Frauen 1928 ein Sechstel der insgesamt 130000 Mitglieder der KP ausmachten, bildeten sich starke Frauenorganisationen. Mit Forderungen, wie des Rechts der Frauen auf ihren eigenen Körper, setzten sie sich für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie den Zugang zu Verhütungsmitteln ein.<sup>04</sup> In Frankreich, wo der Frauenanteil in der Partei weit geringer war – 1924 lag er bei rund vier Prozent –, machte sich die Partei für das Frauenstimmrecht stark.<sup>05</sup>

Der Frauenanteil in der Führungsetage der Komintern betrug nur etwa vier Prozent. Einige wenige Frauen stiegen allerdings bis an ihre Spitze auf: etwa Angelica Balabanowa (1919), die Deutsche Clara Zetkin (1920 bis 1933), Dolores Ibárruri in den 1930er Jahren und Maria Krylowa während des Zweiten Weltkriegs. Auch die Kommunistische Universität der nationalen Min-

derheiten des Westens wurde zwischen 1925 und 1936 mit Maria Frumkina von einer Frau geleitet. Ebenfalls unter weiblicher Führung standen Anfang der 1930er Jahre mit Klawdia Kirsanowa die Internationale Lenin-Schule und die Internationale Rote Hilfe mit Elena Stassowa.

Besondere Chancen auf politische Ämter boten sich Frauen in dem neu gegründeten Internationalen Kommunistischen Frauensekretariat, das mit ehemaligen Funktionärinnen der Sozialistischen Internationale sowie der Frauenbewegung besetzt wurde. Dazu bemerkte die französische Feministin Madeleine Pelletier, als sie 1920/21 das kommunistische Russland bereiste: „Anders als beispielsweise Frankreich verweigert Russland Frauen nicht das Recht, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu befassen.“<sup>06</sup> Doch das Geschlecht blieb auch in der sowjetischen Gesellschaft ein bestimmendes Merkmal für Machtverhältnisse. Pelletier stellte darüber hinaus fest, dass Frauen in den Ministerien zumeist als junge Schreibkräfte arbeiteten und Führungspositionen nach wie vor Männern vorbehalten blieben.

Die gleiche geschlechterspezifische Arbeitsteilung fand sich auch in der Komintern: Einige wenige Frauen hatten Führungspositionen inne, weit mehr übten hingegen Verwaltungstätigkeiten oder sogenannte technische Funktionen aus (Sekretariat, Übersetzung, Botendienst). Verdeutlichen lässt sich dies an der Neugestaltung des Sekre-

tariats von Georgi Dimitroff, der zwischen 1935 und 1943 Generalsekretär der Komintern war.<sup>07</sup> Unter den zwölf Beschäftigten im Sekretariat waren zwei Frauen: die Stenografin und die Schreibkraft. Innerhalb der Komintern war die Übersetzungsabteilung eindeutig diejenige mit dem höchsten Frauenanteil. Ihr Organisationsplan weist 62 Stellen auf, 28 davon explizit für weibliche Schreibkräfte. Tatsächlich waren dort noch weit mehr Frauen als Übersetzerinnen oder Korrektorinnen tätig, doch geben die Stellenbezeichnungen in diesem Fall keinen Aufschluss über das Geschlecht. Trotz männlicher Dominanz besetzten eine Reihe von Frauen mittlere Positionen. Häufig wurden sie von kommunistischen Organisationen als Kurierinnen eingesetzt, zweifellos aufgrund der Tatsache, dass Frauen in den Augen der Polizei traditionell als „unschuldig“ und apolitisch galten.

## KLASSE GEGEN GESCHLECHT

Viele Frauen, sei es in Sowjetrußland, sei es im Westen, packten die Gelegenheit beim Schopf, als sich ihnen die Aussicht auf Emanzipation und auf verantwortungsvolle Lohnarbeit innerhalb kommunistischer Organisationen bot. Auch an der Basis lockten kommunistische Organisationen Aktivistinnen an, von denen nicht alle Arbeiterinnen waren. Beeinflusst von der Tradition des sozialdemokratischen Feminismus, boten die Parteien auch Hausfrauen Platz. War denn die Ausbeutung der Gattin durch den Gatten nicht auch eine Form der Ausbeutung? Dabei stand die kommunistische Frauenpolitik zu Beginn vor dem Dilemma, widersprüchliche Positionen vereinen zu wollen – etwa Frauen von „Töpfen und Pfannen“ zu befreien und zugleich den „Schutz für Mutter und Kind“ zu garantieren.<sup>08</sup>

In den frühen 1920er Jahren gab es noch zahlreiche gesellschaftliche Debatten über das Konzept der „Neuen Frau“, über neue Lebensentwürfe und über eine geschlechtsspezifische Neuordnung. Diese verstummten aber in der

**01** Zur Frauen- und Geschlechterpolitik der frühen Sowjetunion siehe Carmen Scheide, *Kinder, Küche, Kommunismus. Das Wechselverhältnis zwischen sowjetischem Frauenalltag und Frauenpolitik von 1921 bis 1930 am Beispiel Moskauer Arbeiterinnen*, Zürich 2001; Wendy Goldman, *Women, the State, and Revolution: Soviet Family Policy and Social Life, 1917–1936*, Cambridge 1993; Joy Chatterjee, *Ideology, Gender and Propaganda in the Soviet Union*, in: *Left History* 2/1999, S. 11–28.

**02** Dieser Artikel basiert auf Brigitte Studer, *The Transnational World of the Cominternians*, Basingstoke 2015, Kap. 2, *The New Woman*.

**03** Siehe Elizabeth Waters, *In the Shadow of the Comintern: The Communist Women's Movement, 1920–43*, in: Sonia Kruks et al. (Hrsg.), *Promissory Notes: Women in the Transition to Socialism*, New York 1989, S. 29–56.

**04** Vgl. Atina Grossmann, *German Communism and New Women: Dilemmas and Contradictions*, in: Helmut Gruber/Pamela Graves (Hrsg.), *Women and Socialism. Socialism and Women*, New York–Oxford 1998, S. 135–168.

**05** Christine Bard/Jean-Louis Robert, *The French Communist Party and Women, 1920–1939*, in: Gruber/Graves (Anm. 4), S. 321–347, hier S. 323.

**06** Madeleine Pelletier, *Mon voyage aventureux en Russie communiste*, Paris 1996 (1922), S. 94f.

**07** Siehe Brigitte Studer, *Die Kominternstruktur nach dem 7. Weltkongress. Das Protokoll des Sekretariats des EKKI über die Reorganisation des Apparates des EKKI, 2. Oktober 1935*, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 1/1995, S. 25–53.

**08** Siehe Grossmann (Anm. 4), S. 140.



zweiten Hälfte der 1920er Jahre zunehmend – nicht zuletzt, weil progressive Positionen über neue Formen des Alltagslebens mit der linken Opposition unter Leo Trotzki in Verbindung gebracht wurden. Alexandra Kollontai, jene Figur, die dieses Denken wie keine andere für den Westen verkörperte, nahm nie wieder öffentlich zu diesen Fragen Stellung. So spiegelte sich im neuen Familiengesetzbuch von 1926 bereits ein traditionelleres und konservativeres Bild der Frau wider, indem es diese mit familiärer Abhängigkeit assoziierte. Das Bild der Politikkommissarin, das während der Phase des Russischen Bürgerkriegs in Mode gewesen war, wich einer traditionelleren Darstellung. Wobei die KPs im Westen für ihre Propaganda eine andere Darstellung des weiblichen Proletariats verwendeten, die ganz im Gegensatz zum glücklichen Bild sowjetischer Frauen stand: Ausgebeutete Proletarierin, benachteiligte Mutter, nur der Kommunismus wird dich befreien!

Doch die kommunistischen Organisationen hatten Schwierigkeiten, weibliche Identität zu definieren. Ein vom Interesse der Arbeiter unabhängiges Interesse einer Frau war suspekt – entscheidendes Kriterium für kommunistische Politik war die Klasse, nicht das Geschlecht. Dies führte zu einem ernstem Problem bei der Klassifizierung. In welche soziale Kategorie sollten Arbeiterinnen eingeordnet werden? Frau oder Proletarierin? Und noch komplizierter: Was war mit Hausfrauen? Anders als die Frauenabteilung der KPdSU, die eine tragende Rolle der Frauen bei der Umgestaltung der Gesellschaft einforderte, neigten Parteiführungen sowohl in der Sowjetunion als auch im Westen dazu, sie als negativen Einfluss zu betrachten: Je nach Darstellung waren Frauen mit „falschem“ Bewusstsein behaftet oder hatten überhaupt kein Klassenbewusstsein.<sup>99</sup>

Da der Stellenwert im politischen Kampf vom Klassenbewusstsein bestimmt war, wurden Frauen in zweierlei Hinsicht ausgegrenzt: Zum einen wurde Klassenbewusstsein vorrangig mit den Arbeitern in bestimmten Sektoren in Verbindung gebracht, etwa Eisen und Stahl oder Baugewerbe, auf die sich die politische Aktivität immer ge-

zielter fokussierte. Solche Berufsfelder, in denen nur wenige Frauen tätig waren, passten schlecht zu den vorherrschenden Vorstellungen von Weiblichkeit. Zum anderen neigten die Parteien dazu, die Artikulation von Klassenbewusstsein ausschließlich in der Partei und den Gewerkschaften zu verorten. Dies waren sozial und kulturell von Männern dominierte Bereiche. Von männlicher Sozialisation geschaffene Räume politischen Aktivismus wurden daher als Ausdruck von Klassenbewusstsein betrachtet. Für andere Formen, die charakteristisch waren für weibliche Lebensräume, galt dies im Allgemeinen hingegen nicht:<sup>10</sup> Boykottierten Hausfrauen ein Geschäft mit zu hohen Preisen, wurde das nicht so hochgeschätzt wie ein Streik von Stahlarbeitern.

Um zu verstehen, warum Frauen in der Politik der Bolschewiki nur eine zweitrangige Rolle einnahmen, muss man sich vor Augen führen, dass der Kommunismus der Kategorie „Geschlecht“ nahezu jedwedes symbolisches Kapital für die Strukturierung der Machtverhältnisse abgesprochen hat. Entscheidend war die Klassenposition, die sich aber aus der Stellung im Produktionssektor ableitete.

Die relative organisatorische Autonomie der Frauenabteilungen wurde nach und nach beschnitten durch die ständig fortschreitende Zentralisierung. Die „Kommunistische Fraueninternationale“, die monatlich mit einer Auflage von 10000 Exemplaren erscheinende Frauenzeitschrift der Komintern, wurde 1925 eingestellt. Der letzte Internationale Kommunistische Frauenkongress fand 1926 statt. In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre wurden die Frauenabteilungen der KPs durch einfache Kommissionen ersetzt. Trotz Proteste seitens der Belegschaft verlor das von Clara Zetkin und später von Hertha Sturm (wirklicher Name Edith Fischer) geführte Internationale Sekretariat 1926 seinen autonomen Status und wurde eine Abteilung der Komintern. Nach Elena Stassowas Ablösung durch drei Männer 1920 wurde das Sekretariat des Zentralkomitees der KPdSU nie wieder von einer Frau geleitet.<sup>11</sup> Zugleich sank in den meisten europäischen Parteien die Zahl der weiblichen Mitglieder sowie der Frauenanteil in Führungsgremien.

**99** Siehe Elizabeth A. Wood, *The Baba and the Comrade: Gender and Politics in Revolutionary Russia*, Bloomington 1997; Wendy Z. Goldman, *Industrial Politics, Peasant Rebellion and the Death of the Proletarian Women's Movement in the USSR*, in: *Slavic Review* 1/1996, S. 46–77.

**10** Vgl. Joan Wallach Scott, *Gender and the Politics of History*, New York 1999, S. 53–67.

**11** Siehe Barbara Evans Clements, *Bolshevik Women*, Cambridge 1997, S. 197f.

Etwas verallgemeinert scheint es, dass Mitte der 1920er Jahre alleinstehende Frauen und solche, die aus der Mittelschicht stammten, aus den KPs verschwanden. Diese Erosion erklärt sich zum Teil durch die zunehmende Verherrlichung der Arbeiter. Sie war aber auch Folge dessen, dass die KPs den Feminismus, wie er in Frankreich von Madeleine Pelletier, in Großbritannien von Stella Browne und in der Sowjetunion von Alexandra Kollontai vertreten wurde, immer vehementer ablehnten.

## GESCHLECHT INNERHALB DER KLASSE

In den 1930er Jahren nahmen die visuellen Darstellungen des sowjetischen Lebens eine Wendung zum Weiblichen, wie die Zeitschriften „UdSSR im Bau“ sowie „Arbeiter Illustrierte Zeitung“ umfassend belegen. Fotografien von weiblichen Stoßarbeiterinnen und lachenden Traktorfahrerinnen fanden auch in der westlichen kommunistischen Presse weite Verbreitung. Das Geschlecht war nicht nur ein Instrument inländischer Mobilisierung und ausländischer Propaganda geworden, sondern entwickelte sich auch zu einem Mittel, um das Verhältnis zwischen Staat und Volk darzustellen. In zahlreichen Gemälden des Sozialistischen Realismus wurde der Staat von „Väterchen Stalin“ verkörpert, die Nation selbst hingegen von Frauen.<sup>12</sup>

Dieser Rückgriff auf Geschlechterunterschiede war nicht nur figurativ. Die üblicherweise Frauen zugeschriebenen Werte und Veranlagungen wurden aufgewertet, da das stalinistische System nun die angebliche Bereitschaft von Frauen zur Selbstaufopferung um des Familienwohls willen als unentbehrlich für die Lebensfähigkeit der sowjetischen Gesellschaft bezeichnete. Zugleich wurde die Identifizierung der Frau mit ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter, die die Bolschewiki in den Jahren nach der Revolution noch als reaktionär betrachtet hatten, gefördert. Die Hausfrau stellte nun keine potenzielle Bedrohung mehr für die Politik und die Ziele des Regimes dar, sondern diente im Gegenteil als Mittel zu deren Umsetzung. Im Bestreben, die sowjetische Gesellschaft zu „zivilisieren“, um „Kultiviertheit“ zu fördern, fiel der „Neuen Frau“

die Hauptrolle zu. Es war ihre Aufgabe, das Leben zu „schmücken“, wie Stalin sich ausdrückte. Und es war ihre Pflicht, es mittels Mutterschaft zu reproduzieren – eine gesellschaftliche Funktion, aufgewertet durch die Einbeziehung von „staatlichem Schutz der Interessen von Mutter und Kind“ in Artikel 122 der sowjetischen Verfassung von 1936.

Trotz des neuen Schwerpunkts auf der Kindererziehung blieb der Beitrag der Frauen an der Produktion genauso unverzichtbar wie zuvor. Die Zeitschrift „UdSSR im Bau“ drückte es schon 1935 wie folgt aus: „Die Freude an der Mutterschaft und die Freude an der Arbeit widersprechen sich in der UdSSR nicht, sondern ergänzen sich.“<sup>13</sup> Der Preis, der hierfür zu bezahlen war, bestand in der Intensivierung und quasi offiziellen Bestätigung der „Doppelbelastung“ von Frauen, als die Kinderkrippen und weitere ihnen zugesagte Dienstleistungen ausblieben.

Wie reagierten ausländische Kommunisten in der Sowjetunion und die westeuropäischen KPs auf diese ideologische Wende? Zwar war die kommunistische Welt eine transnationale Welt, geprägt von gemeinsamen politischen Orientierungen und geteilten kulturellen Werten, Regeln und Vorschriften. Zugleich war sie aber auch eine hierarchische, in der die Sowjetunion für sämtliche KPs das Vorbild war. Und in der Tat beschränkte sich die Rückkehr zu einem bestimmten Konservatismus in Geschlechterfragen nicht auf die Sowjetunion. Vor allem in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre wurde die sowjetische Politik von westeuropäischen Kommunisten adaptiert. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass diese Umstellung nicht nur aufgrund der sowjetischen Entwicklung geschah, sondern auch eine Angleichung an das eigene unmittelbare kulturelle Umfeld war.

Die kognitive Anpassung verlief nicht für alle reibungslos. Das Gesetz „Zum Schutz von Mutterschaft und Kindheit“ vom Mai 1936, das Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellte, und die seiner Verabschiedung vorangegangene Kampagne in den Tageszeitungen „Prawda“ sowie „Iswestija“ stießen zum Teil auf Unverständnis seitens der im Land lebenden westlichen Kommunisten.<sup>14</sup> Häufig wurden prakti-

<sup>13</sup> UdSSR im Bau 6/1935.

<sup>14</sup> Für diese Debatte siehe Rudolf Schlesinger, *The Family in the USSR*, London 1949, S. 251–269; Robert W. Thurston, *The Soviet Family during the Great Terror. 1935–1941*, in: *Soviet Studies* 3/1991, S. 553–574, hier S. 557.

<sup>12</sup> Vgl. Susan E. Reid, *All Stalin's Women: Gender and Power in Soviet Art of the 1930s*, in: *Slavic Review* 1/1998, S. 133–173.

sche Einwände vorgebracht, etwa jene, die in der sowjetischen Presse verschleiert wurden – zum Beispiel das Fehlen von Verhütungsmitteln und Kinderbetreuungsangeboten. Es gab aber auch grundsätzliche Abneigung gegen das Gesetz. Schockiert waren insbesondere Ärztinnen wie Martha Ruben-Wolf, die eine führende Kämpferin in der Kampagne für die Legalisierung der Abtreibung in Deutschland gewesen war und selbst Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen hatte. Wie konnte etwas, das die Kommunistinnen und Kommunisten in der kapitalistischen Welt als emanzipatorisches Recht für Frauen einforderten, in der Sowjetunion abgeschafft werden?

Mochte es hier und da auch Proteste geben, so passten sich die westlichen Parteien der neuen sowjetischen Ausrichtung rasch an. Die Verherrlichung der Familie fand auf bemerkenswerte Weise Ausdruck in der Selbstinszenierung des Vorsitzenden der KP Frankreichs, Maurice Thorez. Auch in der Rhetorik und dem Programm seiner Partei spiegelte sich die Aneignung von „Familienwerten“ wider.<sup>15</sup> Andere Parteien zogen gleich: So verwendete beispielsweise in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre die KP der Schweiz eine Bildsprache, die die mit der Familie assoziierte gesellschaftliche und individuelle Stabilität aufwertete. Dabei wurde zwar suggeriert, die Familie sei für Männer und Frauen gleichermaßen wichtig. Doch die Mutterrolle wurde im Gegensatz zur Vaterrolle weniger als gesellschaftliche Funktion betrachtet, sondern eher als „natürliche“ Eigenschaft von Frauen. Zur damaligen Zeit hatte eine Kommunistin auch eine Mutter zu sein – wie schwierig diese Doppelrolle war, wurde jedoch meist ignoriert.

### MUTTER UND REVOLUTIONÄRIN?

Das Leben als kommunistische Aktivistin brachte insbesondere in der Sowjetunion häufig eine Lebensrealität mit sich, in der sich die Rolle der Kommunistin mit der Rolle der Mutter im Kon-

**15** Siehe Annie Kriegel (Hrsg.), *Communismes au miroir français. Temps, cultures et sociétés en France devant le communisme*, Paris 1974, S. 131–160; Eric D. Weitz, *The Heroic Man and the Ever-Changing Woman: Gender and Politics in European Communism, 1917–1950*, in: Laura L. Frader/Sonya O. Rose (Hrsg.), *Gender and Class in Modern Europe*, Ithaca 1996, S. 311–352.

flikt befand. Da die Verantwortung für die Betreuung und Erziehung der Kinder Frauen zufiel, war ihr politisches Engagement immer auch mit Ambivalenzen und Widersprüchen verbunden – mit Konsequenzen für sie selbst und für die Organisationen. So unentbehrlich Frauen für das Funktionieren der KPs und des Apparats der Komintern sein mochten, wurden sie doch zumeist in untergeordnete Funktionen abgedrängt. Zudem setzten die KPs sie meist in „Frauenjobs“ ein, etwa in den Antikriegs- und Hilfsorganisationen. Diese Bereiche „weiblichen“ politischen Engagements galten in der Hierarchie der Komintern und der KPs als weniger bedeutend als die typischerweise von Männern abgedeckten und als „wirklich“ politisch angesehenen Ämter. Innerhalb der kommunistischen Bewegung deckte sich die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen mit der traditionellen Assoziierung des einen Geschlechts mit dem öffentlichen Bereich und des anderen mit dem privaten.

Frauen selbst neigten zu der Auffassung, ihre politische Tätigkeit sei der von Männern untergeordnet, vor allem der ihres eigenen Mannes. Selbst wenn sie Kader waren und sich als solche bezeichneten, wie beispielsweise Jeannette Vermeersch, die zweite Frau von Maurice Thorez, schränkten sie ihre politische Tätigkeit zugunsten ihrer Rolle als Mutter ein oder, um ihren Mann bei dessen Arbeit zu unterstützen, gaben sie ganz auf.<sup>16</sup> Peggy Dennis, auch sie die Frau eines Parteivorsitzenden, die selbst viele Jahre für die Komintern tätig gewesen war, akzeptierte nach ihrer Rückkehr in die Vereinigten Staaten den Verlust ihrer „individuellen öffentlichen Identität“. Nicht imstande, ihre Rolle als Aktivistin mit der als Ehefrau in Einklang zu bringen, beschloss sie, die Arbeit ihres Ehemanns Gene als die ihre anzunehmen, ihre Hilfsfunktion als Parteiarbeit zu definieren: „Gene, seine Arbeit und seine Bedürfnisse sublimierten sich zu meinem persönlichen politischen Beitrag.“<sup>17</sup>

Die Komintern bot Frauen zwar eine damals seltene Gelegenheit für politisches Engagement und Zugang zu einem öffentlichen Bereich, der ihnen bis dato verwehrt geblieben war. Dort waren Frauen nicht bloß passive Teilnehmerinnen,

**16** Vgl. Annette Wieviorka, *Maurice et Jeannette. Biographie du couple Thorez*, Paris 2010, S. 277.

**17** Peggy Dennis, *The Autobiography of an American Communist*, Westport–Berkeley 1977, S. 89.

sondern Akteurinnen. Aber die politischen Betätigungsfelder, die Frauen offenstanden, waren eng verknüpft mit den privaten und den häuslichen. Trotz wiederholter Absichtserklärungen zugunsten der Gleichstellung von Mann und Frau war das kommunistische System durchdrungen von einer symbolischen Gewalt, die den gesellschaftlichen Wert der Lohnarbeit von Frauen sowie deren politischer Aktivität herunterspielte. In der Geschlechterordnung blieb der Kommunismus in seinen bolschewistischen und stalinistischen Varianten nicht verschont von dem, was der Philosoph Roland Barthes den „Realitätseffekt“ nannte, der Etwas als natürliches Phänomen etabliert und damit aber genau das sozial konstruiert, was angeblich natürlich ist. Auch der Kommunismus ging von „natürlichen“ und somit vermeintlich unabänderlichen Differenzen zwischen den Genossinnen und Genossen aus, womit er diese Differenzen aber eben zementierte.<sup>18</sup>

## SCHLUSS

Weibliche Bilder und soziale Rollen erwiesen sich als flüchtiger und widersprüchlicher im Vergleich zu den stabileren und konsistenteren Darstellungen maskuliner Identität. Das kämpferische Vorbild der frühen 1920er Jahre war auf beide Geschlechter anwendbar, wenn auch unterschiedlich in seinen Auswirkungen hier wie dort. In ähnlicher Weise wurde der nach 1935 ergehende Aufruf, Familienpflichten zu übernehmen, sowohl an Männer als auch an Frauen gerichtet. Zudem beharrte der kommunistische Diskurs in der Sowjetunion wie in Westeuropa ständig darauf, die Ehe sei eine Beziehung zwischen „gleichberechtigten“ Genossen. Es war nur so, dass die Prioritäten, die dies implizierte, unterschiedlich waren. Wenn Männer zur Ordnung gerufen wurden, geschah dies in erster Linie, um Arbeitsdisziplin voranzutreiben – die Mitarbeiterfluktuation stellte eines der großen Probleme der UdSSR dar. Doch die Stabilisierung von Zuhause wie Arbeitsplatz war ein Ziel, das auch die Länder des Westens verfolgten – allerdings forderte man in der Sowjetunion, im Gegensatz zu anderswo, Frauen nicht dazu auf, ihre Arbeit aufzugeben, es sei denn, es handelte sich um Kader. Man erwartete von ihnen vielmehr, die Mutterschaft mit der Lohnarbeit in

Einklang zu bringen, ein Modell, das von Parteien in anderen Ländern diskursiv teilweise übernommen wurde.

In dieser Hinsicht stellte das von den Kommunisten in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre geförderte familienzentrierte kulturelle Modell keine schlichte Rückkehr zu konservativen Werten dar, sondern drückte aus, was die Historikerin Barbara Evans Clements „modernisierten Patriarchalismus“ nannte.<sup>19</sup> Darüber hinaus stellte es den Keim eines modernen Verständnisses der Rolle der Frauen dar, wie es sich in den Industriegesellschaften der Nachkriegszeit allmählich durchsetzte. Doch diese neue Darstellung der Identität von Frauen hielt an der alten Hierarchie zwischen verschiedenen Rollen fest: Die Mutter kam vor der Arbeiterin, die Gattin gab der politischen Arbeit ihres Mannes Vorrang vor der eigenen, und die Kommunistin handelte zuallererst, um ihre Kinder und diejenigen zu beschützen, die sich nicht selbst helfen konnten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: In der Selbstdarstellung des sowjetischen Staates waren die Bemühungen zur Emanzipation äußerst erfolgreich. Tatsächlich verlautete in der neuen Verfassung von Dezember 1936, die Gleichstellung von Frauen und Männern sei erreicht – ein Standpunkt, den die kommunistische Presse in aller Welt verbreitete. Doch das Verhältnis zwischen dem Egalitarismus in den politischen Vorstellungen einerseits und der gesellschaftlichen Praxis andererseits war zwiespältig und konfliktgeladen. Trotz der offiziell verkündeten Gleichstellung waren weibliche Kader in der Komintern immer wieder mit schwierigen Entscheidungen zwischen politischen und familiären Pflichten konfrontiert.

Übersetzung aus dem Englischen: Peter Beyer, Bonn.

## BRIGITTE STUDER

ist Professorin für Schweizer und Neueste Allgemeine Geschichte am Historischen Institut der Universität Bern. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Sozial- und Kulturgeschichte des Kommunismus und Stalinismus.

brigitte.studer@hist.unibe.ch

<sup>18</sup> Roland Barthes, *Le discours de l'histoire*, Paris 1967.

<sup>19</sup> Clements (Anm. 11), S. 275.



# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Call for Papers

### ZUM THEMA „MEERE UND OZEANE“

Meere und Ozeane sind nicht nur komplexe Ökosysteme und vielfältige Lebensräume für unzählige Arten, sondern auch für den Menschen extrem wichtig: Seit Jahrtausenden dienen sie als Nahrungsquelle und Rohstofflieferant, zudem sind sie ein entscheidender Faktor im Weltklimageschehen. Sie sind zugleich globalisierte Wirtschaftsräume, Schauplätze kriegerischer Auseinandersetzungen, Rückzugs- und Sehnsuchtsorte, Inspiration für Kunst und Literatur sowie vielfach schlicht Müllkippen. Mit all den unterschiedlichen und zunehmenden Nutzungen durch den Menschen sind häufig politische Fragen verbunden, weshalb Meere und Ozeane immer wieder Gegenstand internationaler Verhandlungen und Regulierungsbemühungen sind. Die natur- und sozialwissenschaftliche Erforschung der Meeresräume und ihrer historischen, gegenwärtigen und zukünftigen Verbindung mit Land und Menschen spielt dabei eine wichtige Rolle, liefert sie doch die Wissensgrundlage, auf der politische Entscheidungen getroffen werden.

Zum Ende des gleichnamigen Wissenschaftsjahres widmet sich die Ausgabe 52/2017 von „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) dem Thema „Meere und Ozeane“. Dafür suchen wir sechs wissenschaftliche Beiträge (bis zu 26 000 Zeichen inkl. Fußnoten), die sich aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven mit dem Thema in Geschichte und Gegenwart auseinandersetzen.

Exposés mit einem Umfang von höchstens 4000 Zeichen können bis zum 15. September 2017 per E-Mail an [apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de) eingereicht werden. Aus den Exposés sollen die zugrunde liegenden Leitfragen, die Struktur des Beitrags und die Vorgehensweise der Autor(inn)en klar hervorgehen. Bitte fügen Sie auch einen Kurzlebenslauf bei.

Die Auswahl aus den Exposés wird von der APuZ-Redaktion vorgenommen. Kriterien sind Wissenschaftlichkeit, Originalität und politische Relevanz. Die Autor(inn)en haben anschließend bis Anfang November 2017 Zeit, ihre Beiträge zu schreiben. Diese werden in der Print- wie auch in der Online-Ausgabe der APuZ veröffentlicht.

Bundeszentrale für politische Bildung  
Redaktion „Aus Politik und Zeitgeschichte“  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn

[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)  
[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[twitter.com/apuz\\_bpb](https://twitter.com/apuz_bpb)





Fachtagung

## Im Schatten von Auschwitz ...

Studienfahrten planen zu fast vergessenen Orten nationalsozialistischer Massenverbrechen

20.–21. November 2017, Umweltforum, Berlin

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde das Konzentrationslager Auschwitz zum Synonym des industriellen Massenmordes. Inzwischen besuchen jährlich fast zwei Millionen Menschen die Gedenkstätte. Sie ist zu einem Tourismusmagneten geworden.

Doch nur einen Teil der Opfer nationalsozialistischer Massenverbrechen ermordeten die Nationalsozialisten in Auschwitz-Birkenau. Viele weitere vergasteten sie in Kulmhof, Belzec, Treblinka und anderen Vernichtungslagern oder erschossen sie in Kamjanez-Podilskyj, Blagowestschina und vielen weiteren Orten.

Der Fokus auf Auschwitz verengt die Perspektive auf die Schauplätze nationalsozialistischer Massenver-

brechen und sorgt dafür, dass diese Orte heute weitestgehend unbekannt sind – geographisch wie erinnerungskulturell.

Die Fachtagung möchte die weniger präsenten Vernichtungslager und -orte in Osteuropa in das öffentliche Bewusstsein rücken und Möglichkeiten aufzeigen, wie sie im Rahmen von Studienfahrten besucht werden können.

Angesprochen sind Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die Studienfahrten zu Gedenkstätten und Orten nationalsozialistischer Massenverbrechen planen, organisieren oder durchführen, sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen, Stiftungen, Vereinen und Verbänden, die Gedenkstättenfahrten fördern und finanzieren.

Anmeldung und weitere Informationen online unter:  
[www.bpb.de/im-schatten](http://www.bpb.de/im-schatten)

 **bpb**:  
Bundeszentrale für  
politische Bildung

Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn  
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 11. August 2017

#### REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Anne-Sophie Friedel  
Jonas Geske (Praktikant)  
Christina Lotter (Volontärin)  
Johannes Piepenbrink  
Anne Seibring  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
twitter.com/APuZ\_bpb

APuZ  
Nächste Ausgabe  
37/2017, 11. September 2017

EUROPA

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung  
Das **Parlament** ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
fs-medien@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte  
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;  
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter  
einer Creative Commons Lizenz vom Typ  
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine  
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)